

Monatsbericht des BMF Februar 2013





Monatsbericht des BMF Februar 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Sollbericht 2013	6
Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europ	
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2012	
Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	
Finanzpolitik im Euroraum	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	58
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	58
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2013	65
Entwicklung des Bundeshaushalts im Januar 2013	68
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	74
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	81
Statistiken und Dokumentationen	83
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	117
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen eröffnet allen Ländern zusätzliche Chancen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Diese positiven Entwicklungen sind aber nicht selbstverständlich. Sie erfordern eine Stärkung des Wettbewerbsrahmens auf internationaler Ebene. Dazu gehören auch steuerliche Regelungen. Viele Unternehmen sind in immer mehr Ländern mit Produktionsstätten, Forschungsabteilungen oder Vertriebseinrichtungen vertreten. Dies stellt das internationale Steuerrecht vor besondere Herausforderungen, da die Unternehmen die Aufteilung ihrer Gewinne zwischen den Staaten gestalten können. Der rasant wachsenden Internationalisierung der Wirtschaft müssen deshalb international abgestimmte Regelungen folgen, damit die Besteuerung von Unternehmen dort erfolgt, wo die Wertschöpfung und die ökonomischen Gewinne erbracht werden. Die Bundesregierung möchte ein Steuerregime, das die unternehmerische Tätigkeit multinationaler Firmen in Deutschland interessant macht. Diese sollen aber auch ihren Beitrag zum Steueraufkommen leisten.

Die Bundesregierung hat sich intensiv dafür eingesetzt, das Thema "Gewinnverlagerungen" auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Denn das Ziel einer fairen Steuerverteilung kann nur durch gemeinsame politische Anstrengungen auf internationaler Ebene erreicht werden. Nicht zuletzt deswegen haben sich die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure bei ihrem Treffen in Moskau am vergangenen Wochenende erneut mit diesem Thema befasst. Die Bundesregierung unterstützt insbesondere das Projekt der OECD "Base Erosion and Profit Shifting" (BEPS) zur Bekämpfung von Steuerschlupflöchern. Damit sollen



die Ursachen für niedrige effektive Steuerbelastungen von multinationalen Unternehmen ermittelt und wirksame Maßnahmen gegen Gewinnverlagerungen international vereinbart werden. Aktiv angeangen werden sollen insbesondere schädliche Regelungen, die darauf abzielen, die Steuerbasis aus anderen Ländern abzuziehen. Ebenso wird gegen die Nichtbesteuerung von Unternehmensgewinnen vorgegangen, die durch gezielte Ausnutzung der Gesetze mehrerer Staaten entsteht. Zudem geht es darum, künstliche Gewinnverlagerungen bei mobilen Einkünften wie Zinsen, Dividenden und Lizenzen zu verhindern.

Die OECD-Initiative hat von allen Industriestaaten sowie von den G8 und G20 Unterstützung erfahren und Bewegung in die Diskussion um internationale Steuergerechtigkeit gebracht. Die Beratungen haben gezeigt, dass der Prozess zwar langwierig sein wird, aber nachhaltige Ergebnisse erreichbar sind. Darin sind sich insbesondere Deutschland, Frankreich und Großbritannien einig.

h. St. -

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die gesamtwirtschaftliche Aktivität ist im 4. Quartal um 0,6 % zurückgegangen. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass es sich nur um eine temporäre Schwäche handelt.
- Der Beschäftigungsaufbau setzte sich zum Jahresende fort. Im Januar war ein leichter Rückgang der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen. Eine Vielzahl von Indikatoren deutet darauf hin, dass der Arbeitsmarkt – trotz Konjunkturabschwächung – stabil bleibt.
- Die moderate Preisentwicklung in Deutschland setzte sich auch zum Jahresbeginn 2013 fort.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) lagen im Januar 2013 um 1,8 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Hierzu trugen insbesondere die Bundessteuern und die Ländersteuern bei. Die Gemeindesteuern blieben in etwa auf dem Vorjahresniveau.
- Im Januar 2013 lagen die Ausgaben des Bundes bei 37,5 Mrd. € und unterschritten damit den Wert des Vorjahreszeitraum um 5,1 Mrd. €. Die Einnahmen beliefen sich auf 17,7 Mrd. €.
- Für das Jahr 2012 beläuft sich das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit auf 5,6 Mrd. € und unterschreitet damit den Vorjahreswert um rund 3,7 Mrd. €.
- Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende Januar 1,67%, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,23%.

Europa

- Am 7. und 8. Februar 2013 trafen sich die Staats- und Regierungschefs zur Tagung des Europäischen Rates in Brüssel. Erzielt wurde eine Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, in dem die Obergrenzen und Prioritäten für den EU-Haushalt für die Jahre 2014 bis 2020 festgelegt sind. Im Hinblick auf die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Haushaltskonsolidierung wurde eine reale Kürzung der EU-Mittel gegenüber dem derzeitigen Finanzrahmen vereinbart. Um das Wachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen, wurden die Mittel für Forschung, Innovation und Bildung aufgestockt. Ferner soll mit einer neuen Initiative das drängende Problem der Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden. Vor Inkrafttreten im Januar 2014 muss noch eine Einigung mit dem Europäischen Parlament erzielt werden.
- Am 12. Februar 2013 tagte in Brüssel der ECOFIN-Rat. Ein wesentlicher Punkt der Beratungen war die Vorstellung der Empfehlungen der ersten Studie zum EU-Finanzsektor im Rahmen des IWF-Programms zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program - FSAP). Weiterer Schwerpunkt war u. a. die Verabschiedung der Leitlinien für die Aufstellung des EU-Haushalts 2014.
- Am 12. Februar 2013 beriet sich die Eurogruppe. Im Vordergrund der Beratungen standen das weitere Vorgehen bei den Programmländern (insbesondere Griechenland), beim Programmantrag Zyperns sowie weitere Gespräche über die Errichtung eines Instruments zur direkten Bankenrekapitalisierung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

SOLLBERICHT 2013

Sollbericht 2013

Ausgaben und Einnahmen des Bundes für das Haushaltsjahr 2013

- Mit dem Bundeshaushalt 2013 wird die Bundesregierung die Politik der wachstumsfreundlichen Konsolidierung fortsetzen. Die Neuverschuldung wird weiter abgebaut und sinkt auf 17,1 Mrd. €.
- Wichtige Kennziffern zeigen eine weitere Gesundung der Bundesfinanzen an.
- Der Bund hält bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2013 erneut die erst ab 2016 verbindlich geltende Obergrenze der Schuldenregel im Grundgesetz ein.
- Einen Schwerpunkt bilden auch 2013 gezielte Investitionen in den Bereichen Infrastruktur,
 Bildung und Forschung. Damit wird die Zukunftsfähigkeit Deutschlands weiter ausgebaut.

1	Ausgangslage	6
2	Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel	8
2.1	Ermittlung der Konjunkturkomponente	9
2.2	Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme	9
3	Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2013	10
3.1	Steuerpolitik	10
3.2	Sozialpolitik	11
3.3	Entlastung der Kommunen	11
4	Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen	11
4.0	Allgemeine Dienste	12
4.1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	15
4.2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	15
4.3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	16
4.4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	16
4.5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17
4.6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	17
4.7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	17
4.8	Finanzwirtschaft	17
5	Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes	18
5.1	Steuereinnahmen	19
5.2	Sonstige Finnahmen	20

1 Ausgangslage

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 und die wachstumsfreundliche Konsolidierungspolitik der Bundesregierung spiegeln sich im Haushaltsabschluss 2012 wider. Bereits im vergangenen Jahr – und damit vier Jahre früher als gesetzlich vorgeschrieben – wurde die ab 2016 für das strukturelle Defizit geltende Obergrenze der

Schuldenregel des Grundgesetzes von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unterschritten. Die erfolgreiche Konsolidierungsstrategie hat das Vertrauen von Finanzanlegern und Investoren in die Schuldentragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gestärkt und damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass das Wirtschaftswachstum insbesondere in den beiden Jahren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise kräftig anzog und sich selbst in einem schwierigen weltwirtschaftlichen

SOLLBERICHT 2013

Umfeld im vergangenen Jahr robust zeigte. Deutschland weist heute den höchsten Beschäftigungsstand seiner Geschichte auf, und die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit der deutschen Einheit.

Die Wirtschaft profitiert von ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit, der anhaltenden Nachfrage nach deutschen Produkten – insbesondere in aufstrebenden Schwellenländern – und von einer zunehmend tragfähigen Inlandsnachfrage. Das globale Umfeld dürfte in diesem Jahr noch schwierig bleiben. In ihrer Jahresprojektion vom Januar 2013 erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um real 0,4%. Dabei wird die deutsche Wirtschaft nach einer temporären Konjunkturdelle um den Jahreswechsel 2012/2013, die eine Vorbelastung für die Entwicklung des BIP im Jahresdurchschnitt 2013 darstellt, voraussichtlich im Verlauf des Jahres wieder an Schwung gewinnen.

Trotz der insgesamt positiven
Prognosen hinsichtlich der zukünftigen
konjunkturellen Entwicklung ist es
für einen tragfähigen Staatshaushalt
weiterhin unbedingt notwendig, an den
Konsolidierungsanstrengungen festzuhalten
und solide Haushaltspositionen auch in den
nächsten Jahren zu sichern.

Gesamtübersicht

Das Haushaltsgesetz 2013 wurde am 23. November 2012 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 20. Dezember 2012 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2757). Tabelle 1 zeigt wesentliche Werte zum Bundeshaushalt 2013.

Ausgaben und Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2013 sind mit 302 Mrd. € geplant und liegen damit unter dem Ist-Ergebnis des Vorjahres (- 4,8 Mrd. €,

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Ermittlung des Finanzierungssaldos	Soll 2013	lst 2012	Veränderung gegenüber Vorjahr		
		in Mio. €¹		in %	
1. Ausgaben zusammen	302 000	306 775	-4 775	-1,6	
2. Einnahmen zusammen	284 590	283 956	634	0,2	
Steuereinnahmen	260 611	256 086	4 525	1,8	
Sonstige Einnahmen ²	23 979	27 870	-3 891	-14,0	
Einnahmen / Ausgaben = Finanzierungssaldo	-17 410	-22 774	5 364	-23,6	
Deckung des Finanzierungssaldos					
Nettokreditaufnahme	17 100	22 480	-5 380	-23,9	
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	310	293	17	+5,9	
nachrichtlich:					
(Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen, Kapitaleinzahlungen an ESM und Ähnliches)	34804	36 324	-1 520	-4,2	

¹Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

²Ohne Münzeinnahmen.

SOLLBERICHT 2013

beziehungsweise - 1,6 %). Die Verwaltungsund Steuereinnahmen sind mit 284,6 Mrd. €
veranschlagt. Damit ergibt sich gegenüber
den Ist-Einnahmen 2012 ein geringfügiger
Einnahmenzuwachs von 0,6 Mrd. €
(+ 0,2 %). Diese Steigerung ist auf die
positive Entwicklung der Steuereinnahmen
zurückzuführen, die mit veranschlagten
260,61 Mrd. € das Vorjahresergebnis
um 1,8 % übersteigen (+ 4,5 Mrd. €). Dagegen
reduzieren sich die Verwaltungseinnahmen
im Vorjahresvergleich um 3,9 Mrd. €
auf 24,0 Mrd. €.

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für das Haushaltsjahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von 17,4 Mrd. €. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgt über eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 17,1 Mrd. € sowie über Münzeinnahmen aus Umlaufmünzen in Höhe von 0,3 Mrd. €. Damit wird die Nettokreditaufnahme 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Mrd. € reduziert werden. Diese betrug im Jahr 2012 noch 22,5 Mrd. €.

Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Wichtige Kennziffern des Bundeshaushalts 2013 zeigen erhebliche Fortschritte des Bundes bei der Konsolidierung seiner Finanzen. Allerdings wird auch deutlich, dass weitere Konsolidierungsschritte erforderlich sind, um die aus der Schuldenbremse erwachsenden Ziele dauerhaft zu sichern.

Ausgabenquote zum nominalen BIP:
Die Ausgabenquote zum nominalen BIP
(Schätzung 2013: 2 704,5 Mrd. €) setzt
die Bundesausgaben in Relation zur
Wirtschaftsleistung in Deutschland.
Mit 11,2 % verringert sich dieser
Wert im aktuellen Haushalt 2013
um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 11,6 % auf
Basis des Ist-Ergebnisses 2012.

- Zinsausgabenquote: Die
 Zinsausgabenquote zeigt den Anteil der
 Zinsausgaben an den Gesamtausgaben
 des Bundes. Mit 10,5 % für 2013 steigt diese
 gegenüber dem Ist 2012 (9,9 %). Hierbei ist
 allerdings zu berücksichtigen, dass sich
 allein schon aufgrund des um 4,8 Mrd. €
 verringerten Ausgabenniveaus 2013
 gegenüber 2012 eine rechnerische
 Steigerung ergibt.
- Zins-Steuer-Quote: Die Zins-Steuer-Quote zeigt den Anteil der Steuereinnahmen, der für Zinsausgaben aufzuwenden ist. Dieser Anteil liegt 2013 bei 12,1% und verbessert sich um 0,2 Prozentpunkte auf 11,9% gegenüber 2012.
- Steuerquote: Die Steuerquote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Bundesausgaben. Dieser Anteil liegt 2013 bei 86,3% und verbessert sich gegenüber 83,5%) deutlich um 2,8 Prozentpunkte. Somit erhöht sich der Anteil der durch laufende Steuereinnahmen gedeckten Ausgaben spürbar.
- Primärsaldo: Der Primärsaldo ist die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) und öffentlichen Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden. Diese wichtige Größe eröffnet somit den Blick auf den Haushalt ohne die Altlasten hier Zinslasten der Vergangenheit. Der Bundeshaushalt 2013 zeigt einen Primärüberschuss von 14,2 Mrd. €. Gegenüber 2012 mit einem Primärüberschuss von 7,7 Mrd. € konnte dieser Wert nochmals um 6,5 Mrd. € verbessert werden.

2 Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel

Zur Berechnung der für 2013 geltenden Defizitobergrenze wird ausgehend von der strukturell zulässigen Nettokreditaufnahme

SOLLBERICHT 2013

eine Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen und anhand einer Konjunkturkomponente eine Konjunkturbereinigung des Bundeshaushalts durchgeführt. So wird gewährleistet, dass die Finanzpolitik durch das vollständige Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren sowohl in wirtschaftlich guten als auch in wirtschaftlich ungünstigeren Zeiten symmetrisch reagiert.

2.1 Ermittlung der Konjunkturkomponente

Die Konjunkturkomponente errechnet sich als das Produkt aus Produktionslücke und Budgetsensitivität. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der wirtschaftlichen Aktivität von der konjunkturellen Normallage. Dabei gibt die Schätzung der Produktionslücke – als Abweichung des tatsächlichen beziehungsweise erwarteten Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der

konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt.¹

Im Haushaltsjahr 2013 berechnet sich die Konjunkturkomponente wie folgt: Die bei der Haushaltsaufstellung für 2013 geschätzte (nominale) Produktionslücke beträgt - 16,2 Mrd. € beziehungsweise 0,6 % in Relation zum Produktionspotenzial. Durch Multiplikation der Produktionslücke mit der Budgetsensitivität des Bundes von rund 0,19 ergibt sich eine Konjunkturkomponente von rund - 3,1 Mrd. €.

2.2 Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme

Die Berechnung der im Haushaltsjahr 2013 zulässigen Nettokreditaufnahme ist in Tabelle 2 dargestellt: Ausgehend von der maximal zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme (33,2 Mrd. €) erfolgt eine Bereinigung um die Konjunkturkomponente (-3,1 Mrd. €) und um den Saldo der finanziellen Transaktionen (-5,2 Mrd. €). Damit ergibt sich eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 41,4 Mrd. €. Diese nach der Schuldenregel

¹Siehe auch: http://www.bundesfinanzministerium. de/Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel_ Migration/2011/02/analysen-und-berichte/ b03-konjunkturkomponente-des-bundes/ Konjunkturkomponente-des-Bundes.html

Tabelle 2: Komponenten zur Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2013 (Stand: Haushaltsaufstellung im Herbst 2012)

1. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP)	1,28
2. Nominales Bruttoinlandsprodukt der Haushaltsaufstellung des vorangegangenen Jahres (in Mrd. €)	2592,6
3. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in Mrd. €) (Zeile 1. x Zeile 2.)	33,2
4. Abzüglich Konjunkturkomponente (in Mrd. €)	-3,1
5. Abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen (in Mrd. €)	- 5,2
6. Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	41,4
7. Nettokreditaufnahme in Mrd. €	17,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

SOLLBERICHT 2013

errechnete zulässige Neuverschuldung stellt jedoch keinen politischen Zielwert dar, sondern eine maximale Obergrenze, die nicht ausgeschöpft wird. Die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2013 ist daher mit 17,1 Mrd. € deutlich niedriger veranschlagt. Damit hält der Bund bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2013 die erst ab 2016 verbindlich geltende Obergrenze der Schuldenregel im Grundgesetz ein.

3 Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2013

3.1 Steuerpolitik

Gesetz zum Abbau der kalten Progression

Das Gesetz zum Abbau der kalten Progression leistet einen Beitrag zur Begrenzung der Steuer- und Abgabenlast. Bei unverändertem Eingangssteuersatz wird der Grundfreibetrag in zwei Schritten – im Jahr 2013 um 126 € auf 8 130 € und ab dem Jahr 2014 um 224 € auf 8 354 € – erhöht. Damit sind jährliche Steuermindereinnahmen von bis zu 2,6 Mrd. € (Bund: rund 1,2 Mrd. €) verbunden.

Verkehrsteueränderungsgesetz

Das Verkehrsteueränderungsgesetz enthält Änderungen zum Versicherungsteuergesetz und zum Kraftfahrzeugsteuergesetz. Die Änderungen des Versicherungsteuergesetzes dienen dem Bürokratieabbau und der Steuervereinfachung, der Sicherung des Steueraufkommens sowie der Schaffung von mehr Rechtssicherheit. Mit den Änderungen des Kraftfahrzeugsteuergesetzes wird unter anderem eine Maßnahme des "Regierungsprogramms Elektromobilität" umgesetzt, darunter insbesondere die Verlängerung der Steuerbefreiung für reine Elektro-Pkw. Mit dem Gesetz sind jährliche Steuermindereinnahmen vom mehr als 40 Mio. € für den Bund verbunden.

Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes sowie zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes

Das Gesetz zur Änderung des Energiesteuerund des Stromsteuergesetzes sowie zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I Nr. 57 S. 2436) schafft u. a. die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Fortführung des sogenannten Spitzenausgleichs für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes über den 31. Dezember 2012 hinaus. Entsprechend den Vorgaben im Energiekonzept der Bundesregierung und in der Energiesteuerrichtlinie ist die Steuerbegünstigung nunmehr davon abhängig, dass die Unternehmen Energieoder Umweltmanagementsysteme betreiben und gemeinschaftlich bestimmte Energieeffizienzziele erfüllen. Damit sind jährliche Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 2.3 Mrd. € für den Bund verbunden.

Mit der Gesetzesänderung ist zudem die Steuerbegünstigung für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) neu geregelt worden, nachdem die beihilferechtliche Genehmigung der bisherigen Regelung am 31. März 2012 ausgelaufen ist. Danach können künftig alle KWK-Anlagen unter den bisherigen Voraussetzungen eine Steuerentlastung bis auf die Mindeststeuersätze nach der Energiesteuer-Richtlinie erhalten. Eine vollständige Steuerentlastung bleibt nunmehr dagegen solchen KWK-Anlagen vorbehalten, die zusätzlich das Hocheffizienzkriterium der KWK-Richtlinie erfüllen, und ist zeitlich auf die Dauer der steuerlichen Absetzung für Abnutzung beschränkt.

Darüber hinaus wird das Luftverkehrsteuergesetz zum 1. Januar 2013 u. a. geändert: Die Pflicht zur Benennung eines steuerlichen Beauftragten für Luftverkehrsunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU entfällt, und die Steuersätze werden – je nach

SOLLBERICHT 2013

Entfernung – dauerhaft auf 7,50 €, 23,43 € und 42,18 € abgesenkt. Eine (weitere) Absenkung der Luftverkehrsteuersätze im Rahmen einer Luftverkehrsteuer-Absenkungsverordnung ist deshalb für das Jahr 2013 ausgeschlossen worden.

3.2 Sozialpolitik

Die Sozialversicherungen konnten in den vergangenen Jahren zunehmend eine positive Einnahmeentwicklung verzeichnen. Im Jahr 2012 erzielte die Rentenversicherung einen Einnahmenüberschuss. Daher hat die Bundesregierung beschlossen, die Bürger durch eine substanzielle Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zu entlasten. Zum 1. Januar 2013 sinkt der Beitragssatz um 0,7 Prozentpunkte auf 18,9 %. Das ist der niedrigste Beitrag seit 1996. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sparen dadurch jeweils rund 3 Mrd. €.

3.3 Entlastung der Kommunen

Der Bund entlastet die Länder und Kommunen finanziell an vielen Stellen. Insbesondere übernimmt der Bund schrittweise die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig. In den Vorjahren beteiligte sich der Bund prozentual an den entsprechenden Nettoausgaben des Vorvorjahres (2012: 45 %, 2011: 15 %). Für 2013 ist nun eine 75 %ige Beteiligung auf Basis der Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres durch den Bund vorgesehen. Ab dem Jahr 2014 erstattet der Bund 100 % der Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres. Durch die Übernahme dieser Kosten werden die Kommunen nachhaltig entlastet, und der Bund trägt damit in erheblichem Maße dazu bei, dass die Kommunen zusammengenommen bereits einen Haushaltsüberschuss aufweisen.

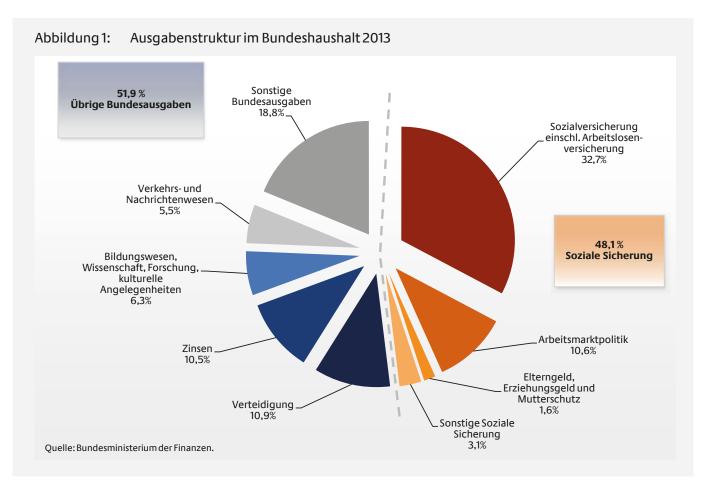
4 Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen

Als Teil der Haushaltssystematik des Bundes enthält der Funktionenplan die Gliederungsmerkmale für eine systematische Darstellung nach einzelnen Aufgabenbereichen. Ermöglicht wird so eine Auskunft über die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben unabhängig von der institutionellen (ressortorientierten) Darstellungsweise im Bundeshaushalt. So zeigt die dem Haushaltsplan als Anlage beizufügende Funktionenübersicht die Ausgabensumme aller Haushaltstitel für die jeweilige staatliche Aufgabe, ungeachtet der einzelplan- beziehungsweise ressortorientierten Veranschlagung im Bundeshaushaltsplan. Abweichungen der Zahlen gegenüber anderen Berichten mit anderer Zuordnung beziehungsweise anderer Berechnungsmethode sind daher möglich.

Zwischen Bund und Ländern wurde der Standardfunktionenplan insbesondere mit dem Ziel der Straffung, strikten Orientierung an Aufgabenbereichen sowie internationalen Anforderungen überarbeitet. Der überarbeitete Funktionenplan² wird beim Bund erstmals für den Bundeshaushalt 2013 angewandt. Nachfolgend werden wesentliche Aufgabenbereiche anhand des neuen Funktionenplans dargestellt. Der vollständige Bundeshaushaltsplan für das

²Siehe auch: http://www.verwaltungsvorschriftenim-internet.de/bsvwvbund_07082012_ IIA3H11041210001FPL.htm

SOLLBERICHT 2013



Haushaltsjahr 2013 ist im Internetangebot des Bundesministeriums der Finanzen verfügbar.³ Auf Vergleiche mit den Haushaltsdaten der Vorjahre auf Basis des alten Funktionenplans wird an dieser Stelle verzichtet. Dies würde den Rahmen dieser Veröffentlichung übersteigen und könnte zu Fehlinterpretationen führen.

Abbildung 1 zeigt einen Überblick der Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt 2013. Erkennbar wird, dass nahezu die Hälfte der Bundesausgaben (48,1%) im Bereich "Soziale Sicherung" getätigt werden. Die übrigen Bundesausgaben haben einen Anteil von 51,9% an den Ausgaben. Tabelle 3 zeigt die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen und deren Anteil an den Gesamtausgaben. Die Nummerierung und Darstellung erfolgt aufgrund der Systematik des Funktionenplans.

4.0 Allgemeine Dienste

Der Bundeshaushalt 2013 sieht Ausgaben für den Bereich Allgemeine Dienste in Höhe von 72,9 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 24,2% an den Gesamtausgaben des Bundes. Hier handelt es sich um zentrale staatliche Aufgabenbereiche wie Politische Führung und Verwaltung, Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigungsausgaben oder Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

³http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/ Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/ Bundeshaushalt_2013/bundeshaushalt_2013.html

SOLLBERICHT 2013

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2013 (in Mio. €) ¹	Anteil in % der Ausgaben
Ausgaben zusammen	302 000	100,
0. Allgemeine Dienste	72 949	24,7
Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	4,4
Politische Führung	3 121	1,
Versorgung einschließlich Beihilfen	8 717	2,9
Auswärtige Angelegenheiten	17 950	5,
Auslandsvertretungen	774	0,
Beiträge an Internationale Organisationen	9 5 3 3	3,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6181	2,
Verteidigung	32 807	10,
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 525	1,
Polizei	3 280	1,
Finanzverwaltung	3 878	1,
1. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung	18 952	6,
Hochschulen	4 794	1,
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	4002	1,
Max-Planck-Gesellschaft	716	0,
Fraunhofer-Gesellschaft	554	0,
Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft	2 360	0,
Forschung und experimentelle Entwicklung	5 869	1,
2. Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	48,
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 856	32,
Leistungen an die Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung)	75 643	25,
Knappschaftliche Rentenversicherung	5 5 1 4	1,
Unfallversicherung	313	0,
Krankenversicherung	12 805	4,
Alterssicherung der Landwirte	2 176	0,
Sonstige Sozialversicherungen	2 405	0,
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	6 475	2,
Elterngeld	4900	1,
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,0
Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	18 960	6,
Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4700	1,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik	4215	1,
Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	4 050	1,
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (einschließlich	3 890	1,

SOLLBERICHT 2013

noch Tabelle 3: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

	•	
Aufgabenbereich	Soll 2013 (in Mio. €) ¹	Anteil in % der Ausgaben
3. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	0,6
4. Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,8
5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3
6. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5
Kohlenbergbau	1 326	0,4
Gewährleistungen	1 350	0,4
Regionale Fördermaßnahmen	601	0,2
7. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,5
Straßen und Kompensationszahlungen an die Länder	7 196	2,4
Bundesautobahnen	3 713	1,2
Bundesstraßen	2 050	0,7
Kompensationszahlungen an die Länder	1 336	0,4
Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	0,6
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5
Sonstiges Verkehrswesen	1 986	0,7
8. Finanzwirtschaft	38 649	12,8
Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 598	1,9
Sondervermögen	5 598	1,9
Zinsen (ohne sächliche Verwaltungskosten)	31 596	10,5

¹ Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

Politische Führung und zentrale

Verwaltung: Für Politische Führung und zentrale Verwaltung sind 2013 insgesamt 13,3 Mrd. € veranschlagt. Davon entfallen 3,1 Mrd. € auf Politische Führung. Auf den Bereich Versorgung einschließlich Beihilfen entfallen 8,7 Mrd. €. Hier werden die Ausgaben für Versorgung und Beihilfen für Versorgungsempfänger und deren Hinterbliebene erfasst; u. a. der Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse mit 7,0 Mrd. €. Versorgungsaufwendungen für Soldaten sind dem Verteidigungsbereich zugeordnet.

Auswärtige Angelegenheiten: Auf den Bereich Auswärtige Angelegenheiten entfallen 18,0 Mrd. €. Auf Auslandsvertretungen entfallen 0,8 Mrd. €. Beiträge an Internationale Organisationen sind auf 9,5 Mrd. € veranschlagt. Wesentlich ist hier der Beitrag an die Vereinten Nationen mit 0,6 Mrd. € sowie die Beteiligung am Grundkapital des Europäischen

Stabilitätsmechanismus (ESM) mit 8,7 Mrd. €.
Für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung sind 6,2 Mrd. € veranschlagt.
Bedeutsam sind hier Ausgaben für Bilaterale
Finanzielle Zusammenarbeit (1,6 Mrd. €),
Bilaterale Technische Zusammenarbeit
(1,1 Mrd. €), Beteiligung an der Internationalen
Entwicklungshilfeorganisation (0,7 Mrd. €)
sowie die Beteiligung am Europäischen
Entwicklungsfonds (0,7 Mrd. €).

Verteidigung: Für den Bereich Verteidigung sind 32,8 Mrd. € veranschlagt. Davon entfallen auf Militärische Beschaffungen, Anlagen, Materialerhaltung und Wehrforschung 10,4 Mrd. €, auf die Aktivitätsbezüge der Soldatinnen und Soldaten und des Zivilpersonals 10,3 Mrd. € sowie auf Versorgungsausgaben 5,0 Mrd. €.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung: Auf den Bereich Öffentliche Sicherheit und

SOLLBERICHT 2013

Ordnung entfallen 4,5 Mrd. €. Maßgeblich sind hier Aufwendungen für die Polizeibehörden des Bundes wie Bundeskriminalamt und Bundespolizei mit 3,3 Mrd. €. Der Bereich Rechtsschutz ist auf 0,5 Mrd. € veranschlagt; u. a. für das Bundesamt für Justiz oder den Bundesfinanzhof.

Finanzverwaltung: Im Bereich der Finanzverwaltung sind Ausgaben von 3,9 Mrd. € vorgesehen. Hiervon entfallen 2,9 Mrd. € auf die Steuer- und Zollverwaltung, wie die Bundeszollverwaltung mit 1,9 Mrd. €, oder 0,4 Mrd. € für das Bundeszentralamt für Steuern. Versorgungsausgaben summieren sich hier auf 0,9 Mrd. €.

4.1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten

Der Bundeshaushalt 2013 sieht Ausgaben für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten in Höhe von 19,0 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 6,3 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Hier liegt ein politischer Schwerpunkt des Bundeshaushalts 2013. Bildung, Wissenschaft und Forschung werden als zentrales Element zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesehen, schaffen Arbeitsplätze und sind somit eine Basis für den Wohlstand in Deutschland. Mit dem Bundeshaushalt 2013 wird dieses zentrale politische Ziel konsequent umgesetzt.

Hochschulen: Der Aufgabenbereich Hochschulen sieht Ausgaben von 4,8 Mrd. € vor. Hierin enthalten sind Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben Bildungsplanung und Hochschulbau von 0,7 Mrd. € sowie Mittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) von 1,4 Mrd. €. Mit dem Hochschulpakt 2020 wird u. a. die Schaffung zusätzlicher Studienplätze für die stark gestiegene Zahl von Studienanfängern durch Bundesmittel in Höhe von 2,2 Mrd. € unterstützt.

Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende: Für Förderung von Schülern, Studierenden und Weiterbildungsteilnehmenden sind 2,7 Mrd. € veranschlagt. Dieser Betrag teilt sich in Förderung für Schüler mit 0,6 Mrd. €, für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs mit 1,5 Mrd. € und für Weiterbildungsteilnehmende mit 0,6 Mrd. € auf.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen: Im Bereich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen werden Finanzmittel des Bundes in Höhe von 10,5 Mrd. € bereitgestellt. Die Mittel im Bereich der Gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern von 4,0 Mrd. € verteilen sich im Wesentlichen auf die großen Forschungsinstitute Max-Planck-Gesellschaft (0,7 Mrd. €), Fraunhofer-Gesellschaft (0,6 Mrd. €) und Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (2,4 Mrd. €). Auf Forschung und experimentelle Entwicklung entfallen 5,9 Mrd. €. Diese Bundesmittel fließen in eine Vielzahl innovativer Forschungsprojekte, wobei die Innovationsförderung, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) mit 0,5 Mrd. € oder der Beitrag beziehungsweise die Leistungen an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) in Paris mit 0,6 Mrd. € größere Projekte darstellen.

4.2 Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik

Im Bereich Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik sieht der Bundeshaushalt 2013 Ausgaben in Höhe von 145,1 Mrd. € vor. Mit einem Anteil von 48,1% an den Gesamtausgaben stellt dieser Aufgabenbereich den mit Abstand größten Ausgabenblock des Bundes dar.

Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung: Innerhalb des Bereichs der Sozialen Sicherung stellt der

SOLLBERICHT 2013

Bereich der Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung mit 98,9 Mrd. € rund ein Drittel (32,7%) der Bundesausgaben. Dieser Betrag verteilt sich wie folgt: Leistungen an die Rentenversicherung (75,6 Mrd. €), Knappschaftliche Rentenversicherung (5,5 Mrd. €), Unfallversicherung (0,3 Mrd. €), Krankenversicherung (12,8 Mrd. €), Alterssicherung der Landwirte (2,2 Mrd. €) sowie Sonstige Sozialversicherungen (2,4 Mrd. €). Die Sonstigen Sozialversicherungsleistungen des Bundes beinhalten u. a. die Leistungen des Anspruchsund Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme von 1,8 Mrd. €.

Familienhilfe, Wohlfahrtspflege: Für den Bereich Familienhilfe und Wohlfahrtspflege sind 6,5 Mrd. € vorgesehen, wobei hier das Elterngeld mit 4,9 Mrd. € den größten Anteil darstellt. Dieses erhalten Eltern in den ersten 14 Monaten nach der Geburt eines Kindes als Lohnersatzleistung für den Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit verringert. Auch ist hier das Wohngeld mit 0,2 Mrd. € angesetzt.

Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen: Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen werden 2013 auf 2,4 Mrd. € veranschlagt. Auch wenn sich die Zahl der Leistungsempfänger beständig verringert und zum 31. Dezember 2012 noch bei 225 000 Personen lag, sind 2013 u. a. Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene von 0,8 Mrd. € und Kriegsopferfürsorgeleistungen von 0,3 Mrd. € vorgesehen. Des Weiteren sind Wiedergutmachungsleistungen von 0,1 Mrd. € und Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen von 0,2 Mrd. € enthalten.

Arbeitsmarktpolitik: Der Bereich Arbeitsmarktpolitik stellt mit 31,9 Mrd. € oder rund einem Zehntel (10,6 %) der Bundesausgaben einen weiteren Schwerpunkt im Politikbereich Soziale Sicherung dar. Die Ausgaben betragen für das Arbeitslosengeld II 19,0 Mrd. €, für Leistungen für Unterkunft und Heizung 4,7 Mrd. €, für Aktive Arbeitsmarktpolitik 4,2 Mrd. € sowie für Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende insgesamt 4,0 Mrd. €. Die günstige Wirtschaftsund Beschäftigungsentwicklung wirkte zuletzt dämpfend auf die Bundesausgaben in diesem Bereich. Die Beschäftigung erreichte im Jahresdurchschnitt 2012 mit 41,59 Millionen erwerbstätigen Personen einen neuen Höchststand.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Der Bund beteiligt sich an den Nettoausgaben der Kommunen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2013 mit voraussichtlich rund 3,9 Mrd. € (75 % der Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres). Im Jahr 2012 erstattete der Bund den Kommunen rund 1,9 Mrd. € (45 % der Nettoausgaben des Vorvorjahres 2010).

4.3 Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung

Der Bereich **Gesundheit**, **Umwelt**, **Sport und Erholung** ist für das Jahr 2013 auf 1,7 Mrd. € veranschlagt und hat einen Anteil von 0,6 % der Gesamtausgaben. Für das Gesundheitswesen sind Ausgaben von 0,5 Mrd. € vorgesehen. Aus einer Vielzahl kleinerer Ausgabeposten ragen u. a. Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland mit 0,1 Mrd. € oder die Sportförderung mit 0,1 Mrd. € hervor. Für Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes sind 0,6 Mrd. € veranschlagt.

4.4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste

Der Bereich Wohnungswesen,
Städtebau, Raumordnung und
kommunale Gemeinschaftsdienste
sieht Ausgaben in Höhe von 2,3 Mrd. €
vor. Dies entspricht einem Anteil von 0,8 %
der Gesamtausgaben. Wesentliche
Posten hier sind Darlehen und Zuschüsse

SOLLBERICHT 2013

zur energetischen Gebäudesanierung "CO2-Gebäudesanierungsprogramm" der KfW- Bankengruppe mit 0,8 Mrd. €, Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung mit 0,5 Mrd. € sowie Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz mit 0,4 Mrd. €.

4.5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Aufgabenbereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist auf rund 1,0 Mrd. € oder 0,3 % der Gesamtausgaben veranschlagt. Größter Ausgabeposten ist hier der Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes mit rund 0,6 Mrd. €.

4.6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen

Der Aufgabenbereich Energieund Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen ist auf 4,6 Mrd. € veranschlagt und hat einen Anteil von 1,5 % an den Bundesausgaben. Die Bereiche Kohlenbergbau mit 1,3 Mrd. €, Regionale Förderungsmaßnahmen mit 0,6 Mrd. € sowie Gewährleistungen mit 1,4 Mrd. € bilden die wesentlichen Ausgabeposten.

4.7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Der Bundeshaushalt 2013 sieht Ausgaben für den Bereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen in Höhe von 16,7 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 5,5 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Im Verkehrsbereich liegt der Ausgabenschwerpunkt auf den klassischen Verkehrsinvestitionen.

Straßen und Kompensationsleistungen an die Länder: Hierfür sind 7,2 Mrd. € veranschlagt, davon 3,7 Mrd. € für Bundesautobahnen, 2,0 Mrd. € für Bundesstraßen und 1,3 Mrd. € für Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden.

Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt: Die Aufwendungen für Wasserstraßen, Häfen sowie die Förderung der Schifffahrt werden auf 1,8 Mrd. € veranschlagt.

Eisenbahnen und öffentlicher

Personennahverkehr: Die Aufwendungen für Eisenbahnen und öffentlichen Personennahverkehr sind auf 4,5 Mrd. € veranschlagt. Hierin enthalten sind u. a. Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes mit 1,4 Mrd. € sowie Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes von 2,5 Mrd. €. Darüber hinaus gewährt der Bund Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs für Vorhaben über 50 Mio € zuwendungsfähiger Kosten mit 0.2 Mrd. €.

Sonstiges Verkehrswesen: Im Bereich des Sonstigen Verkehrswesens sind 2,0 Mrd. € veranschlagt. Hier sind u. a. Ausgaben für die Infrastrukturbeschleunigungsprogramme I und II mit 0,9 Mrd. € und mit 0,6 Mrd. € für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private veranschlagt.

4.8 Finanzwirtschaft

Der Bundeshaushalt 2013 sieht Ausgaben im Bereich Finanzwirtschaft in Höhe von 38,6 Mrd. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 12,8 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Hier werden für den Gesamthaushalt relevante Ausgaben erfasst.

Sondervermögen: Im Bereich der Sondervermögen mit 5,6 Mrd. € stellen die Erstattungen von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens mit 5,3 Mrd. € den Ausgabenschwerpunkt.

SOLLBERICHT 2013

Daneben gibt der Bund Zuweisungen an den Entschädigungsfonds von (0,2 Mrd. €).

Zinsen: Die Zinsausgaben des Bundes sind für 2013 auf 31,6 Mrd. € veranschlagt. Mit 10,5 % der Gesamtausgaben bilden diese einen der größten Ausgabenblöcke im Bundeshaushalt. Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. In den vergangenen Jahren profitierte der Bund bei seiner Kreditaufnahme von einem niedrigen Zinsniveau.

5 Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes

Tabelle 4 zeigt die Einnahmen des Bundes im Jahr 2013. Diese sind im Haushalt 2013 auf 284,6 Mrd. € veranschlagt. Zusätzlich sind eine Nettokreditaufnahme von 17,1 Mrd. € sowie Münzeinnahmen von 0,3 Mrd. € zur Finanzierung der Gesamtausgaben des Bundes von 302,0 Mrd. € veranschlagt. Die Steuereinnahmen bilden mit 260,6 Mrd. € die größte Einnahmequelle des Bundes. Im Haushalt 2013 sind 86,3 % der Ausgaben

Tabelle 4: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2013	Ist 2013	Abweichung des Soll 2013 zum Ist 20	
		in Mio. € ¹		in %
Einnahmen zusammen	284 590	283 956	+ 634	+0,2
darunter:				
Steuereinnahmen zusammen	260 611	256 086	+4 525	+1,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	214 391	206 644	+7 747	+3,7
Lohnsteuer	66 768	63 136	+3 632	+5,8
Veranlagte Einkommensteuer	16915	15 838	+1 077	+6,8
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7 243	10 028	-2 785	-27,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 641	3 623	+18	+0,5
Körperschaftsteuer	10 285	8 467	+1 818	+21,5
Steuern vom Umsatz	107 935	103 965	+3 970	+3,8
Gewerbesteuerumlage	1 606	1 587	+19	+1,2
Bundessteuern	99 997	99 794	+ 203	+0,2
Energiesteuer	39 650	39 305	+345	+0,9
Tabaksteuer	14 450	14 143	+307	+2,2
Solidaritätszuschlag	14 050	13 624	+426	+3,1
Versicherungsteuer	11 150	11 138	+12	+0,1
Stromsteuer	6 400	6 9 7 3	-573	-8,2
Branntweinsteuer	2 101	2 123	- 22	-1,1
Kraftfahrzeugsteuer	8 305	8 443	- 138	-1,6
Kaffeesteuer	1 045	1 054	- 9	-0,8
Schaumweinsteuer	474	464	+10	+2,1
Luftverkehrsteuer	970	948	+22	+2,3
Kernbrennstoffsteuer	1 400	1 577	- 177	-11,2
Sonstige Bundessteuern	2	2	-	-
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	146	-	146	-

SOLLBERICHT 2013

noch Tabelle 4: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2013	Ist 2012	Abweichung des S	oll 2013 zum Ist 2012
Limanneart		in Mio. € ¹		in %
Abzugsbeträge	-53 925	-50 351	-3 574	+7,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10842	-11 621	+779	-6,7
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7 191	-7 085	- 106	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 150	-2 027	- 123	+6,1
BNE-Eigenmittel der EU	-23 950	-19 826	-4124	+20,8
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-8 992	-	
Konsolidierungshilfen an Länder	- 800	-800	-	-
Sonstige Einnahmen	23 979	27 870	-3 891	-14,0
Darunter:				
Abführung Bundesbank	1 500	643	+857	+133,4
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	5 640	5 183	+458	+8,8
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	- 250	3 822	-4 072	-106,5
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	4 5 2 3	4362	+161	+3,7

¹Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

über Steuereinnahmen gedeckt. Gegenüber 2012 mit 83,5 % steigt die Steuerquote um 2,8 Prozentpunkte.

5.1 Steuereinnahmen

Basis der Einnahmenplanung des Bundes für 2013 war die 141. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom November 2012. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2012 bis 2017. Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für die Jahre 2012 bis 2017 wurden gegenüber der Schätzung vom Mai 2012 die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Besteuerung von Streubesitzdividenden sowie zur Kindergeldberechtigung europäischer Wanderarbeitnehmer in Deutschland und die Erhöhung des

Grunderwerbssteuersatzes in Mecklenburg-Vorpommern seit dem 30. Juni 2012 berücksichtigt. Der Steuerschätzung lagen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion 2012 der Bundesregierung zugrunde.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage: Die

Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern sind die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und die Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 des Grundgesetzes. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf

SOLLBERICHT 2013

Tabelle 5: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 GG	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	53,2	44,8	2,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	41,4	58,6	-

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Tabelle 5 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2013.

Bundessteuern: Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

5.2 Sonstige Einnahmen

Bundesbankgewinn: Gemäß § 27 Bundesbankgesetz (BBankG) hat die Deutsche Bundesbank den vollen jährlichen Reingewinn an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt nach der Gewinnfeststellung im 1. Quartal des dem Geschäftsjahr folgenden Jahres (Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr). Liegt der Bundesbankgewinn über dem haushälterischen Ansatz, wird die Differenz zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds (ELF) beziehungsweise des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) herangezogen. Der in den Jahren 2011 und 2012 an den Bundeshaushalt überwiesene Reingewinn der Bundesbank lag zum Teil deutlich unter den jeweiligen Ansätzen. Hintergrund hierfür war insbesondere die Erhöhung der Rückstellungen für allgemeine

Wagnisse. Da die Bundesbank auch für dieses Jahr eine erneute Erhöhung der Rückstellungen angekündigt hat, wurden die bisher in der Finanzplanung vorgesehenen Ansätze angepasst. Der Ansatz für das Jahr 2013 beträgt 1,5 Mrd. €.

Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit (BA): Seit dem Jahr 2008 leistet die BA an den Bund einen Eingliederungsbeitrag. Dieser Beitrag betrug bisher 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Aufgrund der Auswirkungen der strukturellen Reformmaßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der anhaltend stabilen Entwicklung am Arbeitsmarkt ist auch die BA finanziell solide aufgestellt. Daher wurde die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung bei gleichzeitigem Wegfall des Eingliederungsbeitrags beschlossen. Ein von der BA im Jahr 2012 zu hoch gezahlter Betrag in

Streckenbezogene Lkw-Maut: Seit dem 1. Januar 2005 werden Einnahmen aus

Höhe von 250 Mio. € wird 2013 erstattet.

der streckenbezogenen Gebühr für die Benutzung von Autobahnen durch schwere Lastkraftwagen (Lkw-Maut) erhoben. Die nach Abzug der Systemkosten und der Ausgaben für Harmonisierungsmaßnahmen verbleibenden Mauteinnahmen werden seit dem Haushaltsjahr 2011 nur noch zur Finanzierung von Maßnahmen für Bundesfernstraßen verwendet. Mit dem am 19. Juli 2011 in Kraft

SOLLBERICHT 2013

getretenen Bundesfernstraßenmautgesetz wurde die rechtliche Voraussetzung geschaffen, dass neben Autobahnen auch bestimmte im Gesetz genau definierte vierund mehrstreifige Bundesstraßenabschnitte in die Mautpflicht einbezogen werden. Diese erweiterte Mautpflicht ist seit dem 1. August 2012 in Kraft.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2013

- Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in eine gemeinsame europäische Zukunft ist der Schlüssel zu einem dauerhaft stabilen Europa. Um Glaubwürdigkeit – und damit auch Vertrauen – zurückzugewinnen, müssen gemeinsame Regeln eingehalten, Verpflichtungen erfüllt und Reformen umgesetzt werden. Der Fiskalvertrag stärkt insbesondere im Euroraum nochmals die Haushaltsdisziplin und vertieft auch die wirtschaftspolitische Koordinierung weiter.
- Die Bundesregierung hat seit Beginn dieser Legislaturperiode Schritt für Schritt den Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte verbessert. Um Banken robuster zu machen, setzt sich die Bundesregierung weiterhin nachdrücklich dafür ein, dass die neuen internationalen Eigenkapitalstandards Basel III zügig in europäisches und nationales Recht umgesetzt werden. Bei gemeinsamen europäischen Finanzmärkten und grenzüberschreitend tätigen Banken ist eine einheitliche europäische Bankenaufsicht folgerichtig. Der am 13. Dezember 2012 von den EU-Finanzministern gefundene Kompromiss gewährleistet eine Trennung von geldpolitischen und bankenaufsichtlichen Aufgaben unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB).
- Deutschland ist mit seiner wachstumsfreundlichen Konsolidierung auf gutem Weg. Die Bundesregierung hält mit dem Bundeshaushalt 2013 und dem Finanzplan bis 2016 an ihrem Kurs fest. Die ab dem Jahr 2016 dauerhaft geltende Obergrenze der Schuldenregel – ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – hielt die Bundesregierung bereits 2012 ein, also vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen vorausgesetzt, will die Bundesregierung den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2014 ohne strukturelles Defizit aufstellen. Dennoch entlastet die Bundesregierung Bürger und Unternehmen in diesem Jahr um insgesamt annähernd 8 Mrd. €.

1	Vorbemerkung	22
2	Eigene Verantwortung im Interesse Europas wahrnehmen	
3	Ein besserer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte	
4	Öffentliche Haushalte konsolidieren – Vertrauen festigen	35
	Internationales Bekenntnis zu Strukturreformen und fiskalischer Stabilität	38

1 Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 16. Januar 2013 den diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht (JWB) der Bundesregierung beschlossen. Der JWB ist gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

(StWG) alljährlich von der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorzulegen. Mit dem JWB stellt die Bundesregierung gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 2013 zur Verfügung, erläutert die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und nimmt auch zum aktuellen Jahresgutachten (JG) des

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) Stellung¹.

Der diesjährige Bericht stellt fest, dass nach einem schwachen Winterhalbjahr das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahresverlauf wieder an Kraft gewinnen wird. Angesichts der robusten Verfassung des Arbeitsmarkts und der positiven Einkommensentwicklung der privaten Haushalte wird die konjunkturelle Dynamik in diesem Jahr im Wesentlichen von der Inlandsnachfrage getragen. Allerdings wird die Wachstumsdelle zum Jahresende 2012 den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt belasten, der mit + 0,4% etwas niedriger als im Vorjahr ausfallen wird. Der Jahreswirtschaftsbericht geht u.a. auf die aktuellen Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euroraum und auf die Fortschritte bei der Regulierung der Finanzmärkte ein, stellt aber auch die Bedeutung funktionierender Rahmenbedingungen z. B. guter Wettbewerbspolitik und solider Haushaltspolitik - für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit dar.

Im Folgenden sind wesentliche Aussagen des Berichts – mit Schwerpunkt auf den finanz-, den finanzmarkt- und den europapolitischen Maßnahmen – zusammengefasst und gegebenenfalls aktualisiert dargestellt.

2 Eigene Verantwortung im Interesse Europas wahrnehmen

Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in eine gemeinsame europäische Zukunft ist der Schlüssel zu einem dauerhaft stabilen Europa. Die Voraussetzung

¹Sachverständigenrat 2012: "Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland", veröffentlicht am 7. November 2012.

dafür, Vertrauen auf europäischer und nationaler Ebene zurückzugewinnen, ist, sich künftig konsequent an gemeinsame Regeln zu halten, Verpflichtungen zu erfüllen und Reformen umzusetzen. Die Mitgliedstaaten des Euroraums müssen jetzt Strukturreformen nachholen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stärken und ihre Haushalte konsolidieren. Subsidiarität, Eigenverantwortung und Reformdisziplin spielen dabei eine zentrale Rolle. Koordinierungs- und Überwachungsverfahren können diese Grundsätze sinnvoll ergänzen; sie können Fehlanreize verringern, Entwicklungen aus europäischer Perspektive in den Blick nehmen und die Korrektur von Fehlentwicklungen – notfalls mit Sanktionen – durchsetzen.

Zu mehr Eigenverantwortung gehört auch, dass die Refinanzierungskosten die Bonität eines Schuldners widerspiegeln. Der Zins für Staatsanleihen bietet – als Preis der Verschuldung und als Maß für das Risiko – wirksame Anreize, dass die Mitgliedstaaten des Euroraums ihre öffentlichen Haushalte konsequent konsolidieren. Jeder Mitgliedstaat muss für die von ihm ausgegebenen Anleihen selbst haften. Vorschläge zu einer gemeinschaftlichen Haftung gehen dagegen in die falsche Richtung. Sie würde Eigenverantwortung untergraben und erneut falsche Anreize setzen.

Was die Schuldenländer anbelangt, ist schnelles und konsequentes Handeln geboten: Denn die finanziellen Hilfen erfordern Verständnis der Bürger für die Unterstützung und die damit verbundene Haftung durch die Geberländer. Die verbesserten und neu eingeführten europäischen Verfahren zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung müssen daher auf europäischer Ebene konsequent umgesetzt werden (vergleiche Abbildung 1). Für Mitgliedstaaten mit gravierenden Fehlentwicklungen darf es grundsätzlich nicht bei Empfehlungen bleiben. Die Möglichkeiten, Reformen einzufordern und in der letzten Stufe auch Sanktionen auszusprechen, sind zu nutzen.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Abbildung 1: Kernelemente der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in Europa

Krisenprävention

Stabile Haushalte	Stabile Wirtschaft	Stabile Finanzmärkte
Neue haushaltspolitische Überwachung	Neue witschaftspolitische Steuerung	Finanzmarktregulierung
 Europäisches Semester 	Europäisches Semester	Bankenaufsicht
 Fiskalvertrag 	 Europa 2020: Gemeinsame Strategie für intelligentes, 	EU-Finanmarktaufsicht
Stabilitäts- und Wachstumspakt	nachhaltiges und integratives Wachstum	 Nationale Regeln zur Banken-abwicklung und nationale Fonds zur
Two Pack	 Verfahren zur Überwachung makroökonimischer 	Bankenrestrukturierung
Euro-Plus-Pakt	Ungleichgewichte	EU-weit koordinierte Stresstests für Banken
	■ Euro-Plus-Pakt	 Strengere Regulierung

Notfallhilfe

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Permanenter "Rettungsschirm" ab 2012

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Temporärer "Rettungsschirm" bis 2013

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die EZB hat mit ihrer Geldpolitik, nicht zuletzt auch durch Rückgriff auf verschiedene unkonventionelle geldpolitische Instrumente, zur Entspannung auf den Finanzmärkten beigetragen. Dennoch wird die Rolle der EZB im Rahmen der kurzfristigen Stabilisierungsmaßnahmen vom Sachverständigenrat kritisch beurteilt (vergleiche JG Tz 192 f.): Sie werde in die Rolle gedrängt, durch die Refinanzierung von

Banken, den Ankauf von Anleihen und die Ankündigung unbegrenzter Anleihekäufe die Stabilität der Finanzmärkte zu gewährleisten. Dies weiche die Trennung zwischen Geld- und Fiskalpolitik auf und könne schwerwiegende Folgen in Form einer langwierigen Wachstumsdepression oder hoher Inflation haben. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik in allen Teilen des Eurogebiets so gestaltet

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

wird, dass die Europäische Zentralbank möglichst schnell wieder zum geldpolitischen Normalmodus zurückkehren kann.

Das Europäische Semester ist das zentrale Verfahren zur Koordinierung der Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken in Europa. Es gibt seit 2011 einen verbindlichen Fahrplan hierfür vor (vergleiche Abbildung 2). 2012 wurde erstmalig das makroökonomische Ungleichgewichteverfahren integriert. Durch diesen gegenseitigen Lernund Überwachungsprozess sollen die
Mitgliedstaaten gesamtwirtschaftliche
Fehlentwicklungen korrigieren, ihre
Wettbewerbsfähigkeit verbessern
und höheres Wachstum erreichen.
Wie im Einzelnen Wachstum und
Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden
können, dazu geben die länderspezifischen
Empfehlungen am Ende jedes Europäischen
Semesters wichtige Leitlinien. Der

Abbildung 2: Zeitplan und Ablauf des Europäischen Semesters

EU-Kommission	Ministerrat	Europäisches Parlament	Europäischer Rat	Mitgliedstaaten
Jahreswachstums- bericht				
	Debatte & Orientierung	Debatte & Orientierung		
			Leitlinien für die Politik	
				Vorlage Nationale Reformprogramme und Stabilitäts- und Konvergenzpro- gramme
Vorschlag länderspezifi- sche Empfeh- lungen				
	Rat diskutiert länderspezifische Empfehlungen		Billigung länderspezifische Empfehlungen	
	Vorschlag länderspezifische Empfeh-	Vorschlag länderspezifische Empfehlungen Rat diskutiert länderspezifische	Vorschlag länderspezifische Empfehlungen Rat diskutiert länderspezifische	Debatte & Orientierung Debatte & Orientierung Leitlinien für die Politik Vorschlag länderspezifische Empfehlungen Rat diskutiert länderspezifische Empfehlungen Billigung länderspezifische Empfehlungen

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Sachverständigenrat beurteilt die bisherigen länderspezifischen Empfehlungen jedoch als unspezifisch und wenig von der Öffentlichkeit wahrgenommen (vergleiche JG Tz 232). Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen, die länderspezifischen Empfehlungen künftig inhaltlich noch differenzierter, präziser und schlagkräftiger auszugestalten. Die Umsetzung der Empfehlungen könnte etwa – soweit angemessen – stärker mit Fristen versehen werden.

Die Strukturreformen, die der Rat der Europäischen Union Deutschland im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen im Jahr 2012 vorgeschlagen hat, wurden umfassend auf den Weg gebracht. Über die Umsetzung der Empfehlungen wird Deutschland im Rahmen seines Nationalen Reformprogramms, das im April 2013 veröffentlicht wird, ausführlich berichten.

2012 wurde erstmalig das Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte in das Europäische Semester integriert. Das Ungleichgewichteverfahren verbessert die Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten; zudem schreibt es die Korrektur struktureller Fehlentwicklungen deutlich verbindlicher als bisher vor. So soll Fehlentwicklungen schneller entgegengewirkt werden. Die Europäische Kommission hat am 30. Mai 2012 die Untersuchungsergebnisse für zwölf Mitgliedstaaten veröffentlicht, bei denen sie - auf Basis des ersten Frühwarnberichts 2012 – eine vertiefte Analyse für notwendig erachtete. Diese Ergebnisse flossen auch in die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters ein. Exzessive Ungleichgewichte hat die Kommission allerdings in keinem der näher untersuchten Mitgliedstaaten festgestellt. Daher wurde kein Land dem korrektiven Arm des Verfahrens unterworfen, in dem Korrekturmaßnahmen verbindlich vereinbart und umgesetzt werden müssen. Bereits im November 2012 hat die Europäische Kommission ihren

Frühwarnbericht 2013 veröffentlicht. Danach sind die Mitgliedstaaten beim Abbau der Ungleichgewichte vorangekommen. Die damit verbundenen Anpassungsprozesse dürften das wirtschaftliche Geschehen aber auf absehbare Zeit weiter prägen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der korrektive Arm des Verfahrens künftig bei Ländern mit übermäßigen Ungleichgewichten konsequent angewendet werden muss. Der Sachverständigenrat betont, dass die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse aus dem Ungleichgewichteverfahren eine positive Rolle bei der Prävention künftiger Ungleichgewichte spielen kann (vergleiche JG Tz 232).

Der Euro-Plus-Pakt sieht vor, dass sich die Staats- und Regierungschefs jährlich selbst zu konkreten Zielen und Maßnahmen -Aktionsprogrammen – verpflichten. Die Programme sollen die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, die Beschäftigung steigern, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern und die Finanzstabilität stärken. Die Wahl der konkreten Ziele und Maßnahmen bleibt in nationaler Verantwortung. Die Umsetzung der ersten Aktionsprogramme aus dem Jahr 2011 wurde von der Kommission, dem Rat der Europäischen Union und der Euro-Gruppe im Rahmen des Europäischen Semesters bewertet. Auf Basis der ersten Erfahrungen mit dem Euro-Plus-Pakt haben die teilnehmenden Staaten beschlossen, dass die neuen Aktionsprogramme 2012 auf wenige, dafür bedeutsame, konkrete und in einem überschaubaren Zeitraum umsetzbare Vorhaben begrenzt werden sollen. Das deutsche Aktionsprogramm 2012 folgt diesen Vorgaben und ist ambitioniert. Es umfasst sieben Verpflichtungen, die alle Zielbereiche des Euro-Plus-Paktes - Haushaltskonsolidierung, Wettbewerbsfähigkeit, Finanzstabilität und Beschäftigung – abdecken. Alle Verpflichtungen haben spürbares gesamtwirtschaftliches Gewicht und wurden ab 2012 von der Bundesregierung neu verabschiedet oder umgesetzt. Zu den

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

deutschen Selbstverpflichtungen gehörte u. a., das mittelfristige Haushaltsziel bereits im Jahr 2012 zu erreichen und den Abbaupfad der deutschen Schuldenregel im Jahr 2013 erneut zu unterschreiten.

Mit dem Pakt für Wachstum und Beschäftigung haben die europäischen Staaten im Juni 2012 die Notwendigkeit von Maßnahmen, die Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stärken, bekräftigt. Der Wachstumspakt ergänzt den Fiskalvertrag und dessen Ausrichtung auf die Konsolidierung der Staatshaushalte. Die Bundesregierung hat einen Katalog von Maßnahmen in den Wachstumspakt eingebracht, der im Einvernehmen mit fast allen Fraktionen vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Sie wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Paktinhalte zur Stärkung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa auch konsequent umgesetzt werden. Der Pakt beinhaltet neben den Reformanstrengungen der Mitgliedstaaten auch Vorhaben, die auf europäischer Ebene umgesetzt werden müssen. Dazu gehört beispielsweise eine Eigenkapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank um 10 Mrd. €. Ein wichtiger Schwerpunkt des Pakts sind Maßnahmen im Bereich Wachstum und Jugendarbeitslosigkeit. Dazu zählt etwa, die Mittel aus den EU-Strukturfonds gezielter auf die Europa-2020-Ziele auszurichten und das Netzwerk der Europäischen Arbeitsverwaltungen (EURES) auszubauen, um die Arbeitskräftemobilität zu stärken. Zum Pakt gehören auch Maßnahmen, die den Binnenmarkt voranbringen.

Die Besteuerung von Finanzmärkten leistet einen Beitrag, um die Kosten der Finanzkrise zu bewältigen und den Finanzsektor an den Kosten dafür zu beteiligen. Eine solche Besteuerung sollte möglichst alle Finanzinstrumente umfassen. Eine breite Bemessungsgrundlage bei einem niedrigen Steuersatz soll die Belastung der einzelnen Finanztransaktionen gering halten und Ausweichreaktionen vermeiden. Dabei gilt es, die Auswirkung der Steuer auf

Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie auf die Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden. Die Bundesregierung hat am 27. Juni 2012 beschlossen, zur Einführung eines gemeinsamen Finanztransaktionssteuersystems einen Antrag auf Verstärkte Zusammenarbeit zu stellen. Neben Deutschland haben zehn weitere Mitgliedstaaten einen entsprechenden Antrag bei der Europäischen Kommission eingereicht. Der ECOFIN-Rat erteilte am 22. Januar 2013 die Ermächtigung für die Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionsteuer. Die Beratungen über die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der Steuer werden nach Vorlage eines Richtlinienvorschlags durch die Europäische Kommission im Frühjahr 2013 beginnen.

Der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) stärkt insbesondere im Euroraum nochmals die Haushaltsdisziplin und vertieft auch die wirtschaftspolitische Koordinierung weiter. Dies würdigt auch der Sachverständigenrat (vergleiche JG Tz 106, 155 ff.). Der Vertrag wurde im März 2012 von allen EU-Staaten außer dem Vereinigten Königreich und Tschechien unterzeichnet. Er ist zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten, nachdem ihn zwölf Eurostaaten ratifiziert hatten. Deutschland hatte seine Ratifizierungsurkunde am 27. September 2012 hinterlegt. Der Fiskalvertrag ist ein klares Bekenntnis der Teilnehmerstaaten, ihre Neuverschuldung zu begrenzen und ihre öffentlichen Haushalte dauerhaft zu konsolidieren.

Mit zwei europäischen Verordnungen – dem Two Pack – sollen die Möglichkeiten, frühzeitig auf wirtschafts- und finanzpolitische Schieflagen zu reagieren, weiter verbessert werden. Europäische Kommission und Rat der Europäischen Union werden die Möglichkeit bekommen, nationale Haushalte bereits im Planungsstadium zu beobachten. Die Europäische Kommission erhält insbesondere die Befugnis,

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Kasten 1: Kernelemente des Fiskalvertrags

- Die Vertragsparteien sind verpflichtet, bis zum 1. Januar 2014 eine dauerhafte und verbindliche Schuldenregel vorzugsweise mit Verfassungsrang in die nationalen Rechtsordnungen einzuführen. Sie sieht die Einhaltung des länderspezifischen mittelfristigen Haushaltsziels vor. Danach darf das gesamtstaatliche strukturelle Defizit 0,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts grundsätzlich nicht übersteigen. Der Fiskalvertrag stärkt die Verbindlichkeit des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts und insbesondere die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten, ihr Mittelfristziel einzuhalten.
- Die Umsetzung der Schuldenbremse in nationales Recht kann im Rahmen eines automatisierten Klageverfahrens vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) durchgesetzt werden.
 Bei Nichtumsetzung der Entscheidung des EuGH können dem betreffenden Mitgliedstaat Sanktionen auferlegt werden.
- Im Fall von Verstößen gegen das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts können quasiautomatisch Sanktionen ausgesprochen werden, d. h. sie können nur durch eine qualifizierte Mehrheit im Rat der Europäischen Union aufgehalten werden. Solche quasiautomatischen Beschlüsse kommen damit nicht nur bei Sanktionen zum Tragen, sondern nun auch bei der Einleitung eines Defizitverfahrens.
- Mitgliedstaaten in einem Defizitverfahren müssen ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm auflegen, das vom Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission genehmigt und überwacht wird.
- Mindestens zweimal im Jahr finden Euro-Gipfel für eine bessere politische Steuerung des Euro-Währungsgebiets statt.

Mitgliedstaaten zur Überarbeitung ihrer Haushaltsentwürfe aufzufordern, wenn diese schwerwiegend gegen die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstoßen. Eine intensivere Überwachung gilt auch Haushalten von Mitgliedstaaten, die sich in einem Defizitverfahren befinden. Länder, die Finanzhilfen vom Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erhalten oder von gravierenden finanziellen Schwierigkeiten betroffen sind, sollen stärker hinsichtlich ihrer gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik überwacht werden. Dies soll eine schnellere Rückkehr der Krisenländer zu einer tragbaren Situation gewährleisten und die übrigen Mitgliedstaaten des Euroraums vor Ansteckungseffekten schützen.

Deutschland haftet in erheblichem Maße für die Finanzhilfen im Rahmen der Rettungsmechanismen (vergleiche Tabelle 1). Dies ist Teil der Solidarität mit den Krisenländern und dient dazu, die Finanzstabilität im Euroraum zu wahren. Die Bundesregierung verbindet diese Solidarität mit der Verantwortung gegenüber dem deutschen Bürger, dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzhilfen in den Krisenländern sinnvoll genutzt werden. Sie begleitet daher die Reformprozesse in den Krisenländern intensiv und setzt sich für weitere Strukturreformen ein. Denn nur, wenn die Finanzhilfen als Hilfe zur Selbsthilfe eingesetzt werden, bleiben die Risiken der Hilfen verantwortbar.

Der Sachverständigenrat wiederholt seinen Vorschlag für einen Schuldentilgungspakt (vergleiche JG Tz 194). Er könne als zeitlich

Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa

Tabelle 1: Volumen der Finanzhilfen in Mrd. €

	EFSF	EFSM	ESM	IWF	Bilateral	Summe
Irland						
zugesagt	17,7	22,5	-	22,5	4,8	67,5
ausgezahlt	12,0	21,7	-	19,0	3,3	56,0
Portugal						
zugesagt	26,0	26,0	-	27,5	-	79,5
ausgezahlt	18,2	22,1	-	21,8	-	62,1
Griechenland ¹						
zugesagt	144,6	-	-	19,8	-	164,4
ausgezahlt	110,2	-	-	4,9	-	115,1
Spanien						
zugesagt/verfügbar	-	-	100,0	-	-	100,0
ausgezahlt	-	-	39,5	-	-	39,5

¹ Im Rahmen des 1. Griechenlandprogramms sind bereits 73 Mrd. € ausgezahlt worden (Anteil Euroraum 52,9 Mrd. €; IWF 20,1 Mrd. €). Stand: Ende Januar 2013.

begrenzte fiskalische Brücke zu einer dauerhaft stabilen Währungsunion führen. Aus Sicht der Bundesregierung würde ein solcher europäischer Schuldentilgungsfonds eine Vergemeinschaftung der Schulden bedeuten. Die Bundesregierung lehnt diesen Vorschlag daher aus rechtlichen und ökonomischen Gründen entschieden ab. Gemeinschaftliche Schulden würden die Anreize zur Konsolidierung und zu Strukturreformen in allen Ländern erheblich beeinträchtigen. Zudem würde nicht nur die deutsche Haftungssumme massiv steigen, Deutschland hätte auch höhere Zinsen für seinen Anteil zu zahlen.

Der Europäische Rat hat sich im Dezember 2012 auf die nächsten Schritte verständigt, um die Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln. Der Fokus lag dabei auf der Integration der Finanzmärkte sowie der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung. Die Staats- und Regierungschefs haben die Bedeutung eines integrierten Finanzrahmens herausgestellt und insbesondere einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus begrüßt. Sie haben sich darüber hinaus dafür ausgesprochen, die bestehenden Regelwerke zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung (u. a. Fiskalvertrag, gestärkter Stabilitäts- und Wachstumspakt) konsequent umzusetzen.

Im Weiteren soll der Präsident des Europäischen Rates bis zum Sommer 2013 in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten prüfen, wie bilaterale Reformverträge zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten umgesetzt werden können. Damit soll die Verbindlichkeit bei der Umsetzung von Strukturreformen und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass mit den Verfahren für eine bessere wirtschaftsund haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung wichtige institutionelle Voraussetzungen für einen stabilen Euroraum geschaffen wurden. Diese Verfahren müssen nun konsequent angewendet und die Erfahrungen ausgewertet werden. Der erst kürzlich verschärfte europäische Stabilitätsund Wachstumspakt darf nicht wieder aufgeweicht werden. Vorschläge, die auf ein Herausrechnen von Investitionsausgaben hinauslaufen, werden abgelehnt; diese müssen auch in Zukunft defizitwirksam bleiben. Die Bundesregierung setzt sich ferner dafür ein, im Rahmen einer weiteren Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion die wirtschaftspolitische Koordinierung weiter qualitativ zu stärken. Ziel ist, dass die notwendigen konkreten Reformmaßnahmen in den Mitgliedstaaten ergriffen und umgesetzt werden. Die Bundesregierung lehnt dagegen Vorschläge ab, die im Ergebnis auf eine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken hinauslaufen.

Der Sachverständigenrat stellt ein Drei-Säulen-Konzept als langfristigen Ordnungsrahmen für einen stabilen Euroraum vor. Dieses thematisierte er in ähnlicher Form bereits im Jahr 2010 (vergleiche JG 2010, Tz 119 ff.)2. Das Konzept basiert auf glaubwürdigen Fiskalregeln, einem stabilen privaten Finanzsystem und einem Regelwerk für Liquiditäts- und Solvenzkrisen für Staaten, auch in Form einer Insolvenzordnung für Staaten (vergleiche JG Tz 173 ff.). Der Rat betont, dass für einen langfristig stabilen Euroraum Haftung und Kontrolle zusammenfallen müssen (vergleiche JG Tz 175). Hierfür, so der Rat, gebe es zwei Möglichkeiten: Erstens ein Modell aus weitgehender nationaler Souveränität bei der Fiskal- und Wirtschaftspolitik – nach den gemeinsamen Regeln – und nationaler Haftung im Rahmen

der Fiskalpolitik. Zweitens ein Modell, das eine umfassende Gemeinschaftshaftung mit einer zentral gesteuerten europäischen Wirtschaftsund Finanzpolitik verbinde. Mischformen seien in jedem Fall problematisch. Die Bundesregierung lehnt eine europäische Gemeinschaftshaftung ab. Wie der Rat hält sie Subsidiarität sowie das Zusammenfallen von Haftung und Kontrolle für zentrale Bestandteile eines dauerhaft stabilen Währungsraums.

3 Ein besserer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte

Die Bundesregierung hat seit Beginn dieser Legislaturperiode Schritt für Schritt den Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte verbessert (vergleiche Kasten 2). Grundlagen dafür sind die G20-Reformagenda und die europäischen Richtlinien und Verordnungen. Ziel ist es, die dienende Funktion der Finanzwirtschaft für die Realwirtschaft wieder in den Vordergrund zu stellen. Die Regulierung muss deshalb Fehlanreizen entgegentreten und dafür sorgen, dass Finanzmarktakteure auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse handeln.

Bis zur Finanzkrise konnten Banken hohe Risiken mit wenig haftendem Eigenkapital und einem hohen Verschuldungsgrad eingehen. Um Banken robuster zu machen, setzt sich die Bundesregierung weiterhin nachdrücklich dafür ein, dass die neuen internationalen Eigenkapitalstandards Basel III zügig in europäisches und nationales Recht (CRR und CRD IV) umgesetzt werden. Sie wird bei den EU-Verhandlungen darauf achten, dass die Unternehmensfinanzierung durch die neuen Anforderungen nicht beeinträchtigt wird. Die Bundesregierung hat bereits im August 2012 einen Gesetzentwurf vorgelegt, damit Basel III rechtzeitig umgesetzt werden kann: Banken müssen künftig schrittweise höhere Eigenkapitalanforderungen und strengere Liquiditätsstandards erfüllen. Die Quote des harten Kernkapitals (Tier 1) muss bis

²Sachverständigenrat 2010: "Chancen für einen stabilen Aufschwung", veröffentlicht am 10. November 2010.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

2015 mehr als verdoppelt und bis 2019 mehr als verdreifacht werden.

Grundsätzlich hält der Sachverständigenrat die geplanten Verschärfungen für geeignet. Er schlägt allerdings erneut vor, die Bilanzsumme eines Finanzinstituts auf das 20-fache des Kernkapitals (Leverage Ratio) zu begrenzen (vergleiche JG Tz 270, 274 und 328). Zudem fordert er, die privilegierte Rolle von Staatsanleihen bei den aufsichtsrechtlichen Regelungen abzuschaffen. Dies sei Voraussetzung, um Risiken von Banken und Staaten besser zu trennen (vergleiche JG Tz 318 und 328). Die Bundesregierung sieht insbesondere in der Fragestellung, ob Banken

Kasten 2: Die wichtigsten bereits wirksamen Finanzmarktreformen 2009 bis 2012

- Für Banken wurden Verbriefungs-Transaktionen reglementiert, hybride Kapitalinstrumente nur noch eingeschränkt als Eigenkapital anerkannt und Großkreditvorschriften verschärft.
- Auf europäischer Ebene wurde den großen europäischen Banken aufgegeben, bis zum
 30. Juni 2012 eine harte Kernkapitalquote von 9 % aufzubauen.
- Banken und Versicherungen sind verpflichtet, angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungssysteme einzuführen.
- Zur geordneten Abwicklung systemrelevanter Banken wurden neue Instrumente geschaffen. Zudem sorgt die Bankenabgabe dafür, dass Banken Schritt für Schritt zum Aufbau eines Fonds beitragen, der im Fall einer Bankenrestrukturierung zum Einsatz kommt.
- In Europa wurden Transparenzvorschriften und eng konditionierte Verbote für Handelsgeschäfte mit Aktien und Staatsanleihen eingeführt, wenn Marktteilnehmer diese verkaufen, ohne sie zu besitzen (ungedeckte Leerverkäufe).
- Bestimmte Derivategeschäfte, die bisher direkt zwischen den Geschäftspartnern abgewickelt wurden, müssen nun über zentrale Clearing-Stellen geleitet und in Transaktionsregistern dokumentiert werden.
- Die in der EU t\u00e4tigen Ratingagenturen m\u00fcssen sich registrieren lassen und strenge Informationspflichten erf\u00fcllen. Zudem d\u00fcrfen Ratingagenturen keine Beratungsleistungen f\u00fcr Unternehmen erbringen, die sie bewerten.
- Verbraucher müssen bei einer Anlageberatung zu Wertpapieren und Vermögensanlagen übersichtliche Produktinformationsblätter erhalten und selbständige Vermittler ihre Qualifikation nachweisen.
- Die Schnittstellen in der deutschen Bankenaufsicht zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank sind klarer ausgestaltet. Ein Ausschuss für Finanzstabilität ist gegründet worden, dessen Aufgabe u. a. in der Analyse der für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte liegt. Er ist befugt, Warnungen und Empfehlungen auszusprechen.
- Der erste Grundstein eines Europäischen Finanzaufsichtssystems wurde mit dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) und den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden über Banken (EBA), Versicherungen (EIOPA) und Wertpapiermärkte (ESMA) gelegt.

Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa

in ihrer Bilanz befindliche EU-Staatsanleihen – dem jeweiligen Risiko entsprechend – mit Eigenkapital unterlegen müssen, ein wichtiges Thema. Änderungen der aktuellen Regularien sollten ins Auge gefasst werden, nachdem sich die derzeitigen Spannungen auf den Finanzmärkten aufgelöst haben. Zur Verbesserung der bis dahin geltenden Regularien werden insbesondere die neuen Eigenkapitalvorschriften gemäß den Basel-III-Standards beitragen. Die Widerstandskräfte der Banken werden dadurch gestärkt.

Wenn eine Bank in Schieflage gerät, kann die enge Vernetzung zwischen den Finanzinstituten erhebliche Ansteckungsgefahren hervorrufen. Je stärker die Vernetzung und je höher die eingegangenen Risiken sind, desto größer ist die Gefahr für die Stabilität des gesamten Finanzsystems. Deshalb hat die Bundesregierung für sogenannte systemrelevante Banken besonders strenge Regulierungsauflagen auf den Weg gebracht. Auf europäischer Ebene setzt sich die Bundesregierung derzeit dafür ein, dass die jeweilige nationale Finanzaufsicht vergleichbar mit der deutschen – den national systemrelevanten Banken zusätzliche Kapitalanforderungen über die allgemein geltenden hinaus auferlegen kann. Zudem drängt sie darauf, die Verhandlungen zum Richtlinienentwurf zur Sanierung und Abwicklung grenzüberschreitender Banken zügig abzuschließen.

Für Versicherungsunternehmen wird auf europäischer Ebene an neuen Eigenkapitalvorschriften gearbeitet. Die Bundesregierung hat bereits einen Regierungsentwurf für die Umsetzung des sogenannten Solvabilität-II-Projekts in nationales Recht vorgelegt, damit die Versicherungsunternehmen eine ausreichende Vorlaufzeit erhalten, die neuen Vorschriften umzusetzen. Das Gesetzgebungsvorhaben wird jedoch erst fortgeführt werden können, nachdem auf europäischer Ebene die sogenannte OMNIBUS-II-Richtlinie verabschiedet worden ist. Durch

diese Richtlinie werden Anpassungen der ursprünglichen Solvabilität-II-Richtlinie umgesetzt, die seit ihrer Verabschiedung 2009 erforderlich geworden sind.

Ohne eine effektive Überwachung und Kontrolle durch eine wirksame Finanzaufsicht nützen die besten Regeln nichts. Die Bundesregierung stärkt mit dem Gesetz zur Reform der nationalen Finanzaufsicht die sogenannte makroprudenzielle - auf die Stabilität des Finanzsystems als Ganzes ausgerichtete – Aufsicht. Ziel ist es, frühzeitig vor Gefahren für die Finanzsystemstabilität zu warnen und gegebenenfalls Empfehlungen aussprechen zu können. Dafür werden die Schnittstellen in der Bankenaufsicht zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank klarer ausgestaltet. Darüber hinaus werden Verbraucherfragen bei der Finanzaufsicht stärker berücksichtigt. Die Möglichkeit für Verbraucher und Verbraucherverbände, sich bei der BaFin zu beschweren, wurde auf eine gesetzliche Grundlage gestellt, und ein Verbraucherbeirat bei der Bundesanstalt wird eingerichtet.

Um gegen eine systemische Krise gewappnet zu sein, hat die Bundesregierung mit dem Dritten Finanzmarktstabilisierungsgesetz bis Ende 2014 die Möglichkeit verlängert, Banken nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz Garantien zur Refinanzierung und direkte Kapitalhilfen zu gewähren. Zugleich wurde der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) mit dem Restrukturierungsfonds verzahnt: Für Verluste aus künftigen Stabilisierungsmaßnahmen werden die Banken über die von ihnen zu zahlende Bankenabgabe herangezogen; dies entlastet den Steuerzahler.

Es hat sich wiederholt gezeigt, dass der computergesteuerte Hochfrequenzhandel von Aktien und Finanzprodukten extreme Kursbewegungen hervorrufen kann. Zugleich eröffnet der Hochfrequenzhandel aufgrund

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

seiner technischen Anfälligkeit erhebliche Möglichkeiten für Marktmissbrauch. Die Bundesregierung hat daher das Gesetz zur Vermeidung von Gefahren und Missbräuchen im Hochfrequenzhandel auf den Weg gebracht. Damit soll den besonderen Risiken entgegengewirkt werden, die der auf Algorithmen gestützte Hochfrequenzhandel an deutschen Börsen birgt. Hierzu sieht das Gesetz insbesondere eine Zulassungspflicht für Hochfrequenzhändler vor und verbietet manipulative Handelsstrategien.

Die Komplexität finanzwirtschaftlicher Produkte hat in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. Die Höhe und Verteilung der eingegangenen Risiken waren nicht nur für die Aufsicht, sondern auch für die Finanzmarktakteure selbst immer schwerer einzuschätzen. So haben beispielsweise intransparente außerbörsliche Derivategeschäfte während der Finanzkrise zu großem Misstrauen zwischen den Banken beigetragen und die Funktionsfähigkeit der Märkte beeinträchtigt. Die Europäische Union setzt deshalb mit einer entsprechenden Verordnung (EMIR) Beschlüsse der G20 zur Regulierung des OTC-Derivatehandels um. Dabei geht es um bestimmte Derivategeschäfte außerhalb von Börsen. Die Bundesregierung hat ein Ausführungsgesetz zur EU-Verordnung EMIR beschlossen. Diese Derivategeschäfte dürfen künftig nicht mehr direkt zwischen den Geschäftspartnern abgewickelt, sondern müssen über zentrale Clearing-Stellen geleitet und in Transaktionsregistern dokumentiert werden.

Infolge der verschärften Bankenregulierung und der neuen Regeln für systemisch relevante Finanzinstitute besteht die Gefahr von Ausweichreaktionen. Aktivitäten aus dem Bankensektor könnten vermehrt in das sogenannte Schattenbankensystem verlagert werden, das – anders als der Bankensektor – bisher kaum mit Blick auf die mit ihm verbundenen Risiken für das Finanzsystem reguliert ist. Akteure in diesem Schattenbankensystem sind u. a.

Verbriefungsgesellschaften, Geldmarktfonds, Hedgefonds und Wertpapierhändler. Soweit Verlagerungen von Risiken nicht durch sachliche Gründe gerechtfertigt sind, gilt es, ihnen entgegenzuwirken. Zudem müssen Banken widerstandsfähiger gegen Risiken aus dem Schattenbankensystem gemacht werden. Eine Reihe der seit dem Ausbruch der Finanzkrise bereits beschlossenen Reformen wird eine bessere Kontrolle von Schattenbank-Aktivitäten bewirken beispielsweise die bis zum Sommer 2013 umzusetzende europäische Regulierung von Managern alternativer Investmentfonds (AIFM-RL). Darüber hinaus hat das von der G20 beauftragte Financial Stability Board (FSB) Anfang November 2012 erste Empfehlungen zur Regulierung bestimmter Schattenbank-Akteure (z. B. Geldmarktfonds) und Aktivitäten (z. B. Wertpapierleihen und Wertpapierpensionsgeschäfte, Repurchase Agreements oder Repos) vorgelegt. Die Bundesregierung hat diese Empfehlungen als erste wichtige Schritte begrüßt. Sie wird sich sowohl international als auch auf europäischer Ebene intensiv dafür einsetzen, Schattenbank-Aktivitäten weltweit gezielter als bisher zu erfassen und mit Blick auf die mit ihnen verbundenen Risiken zu regulieren.

Anleger in Deutschland werden derzeit hauptsächlich provisionsgestützt beraten. Den Kunden ist hierbei oftmals nicht bewusst, dass der Berater durch den Anbieter des Finanzproduktes vergütet wird. Im Gegensatz zur provisionsgestützten Anlageberatung fehlen für die Beratung auf Honorarbasis bisher noch gesetzliche Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung hat daher das Gesetz zur Förderung und Regulierung einer Honorarberatung über Finanzinstrumente auf den Weg gebracht. Für Honorarberatung gelten zukünftig weitergehende Anforderungen. Den Kunden soll durch die begriffliche Trennung von (in der Regel provisionsgestützter) Anlageberatung und der Honorar-Anlageberatung deutlich werden, welche Art von Dienstleistung ihnen angeboten und wie diese Dienstleistung

Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa

vergütet wird. Ziel ist es, die Transparenz der Anlageberatung für den Kunden zu erhöhen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Finanzaufsicht ist Voraussetzung, um Wettbewerbsverzerrungen und Stabilitätsrisiken durch ein internationales Regulierungsgefälle einzugrenzen. Eine effiziente Aufsicht und ein effektives Krisenmanagement erfordern eine Angleichung der nationalen Aufsichtspraktiken und Durchgriffsrechte bei der Umsetzung einheitlicher Regeln.

Mit ihrer Gipfelerklärung vom Juni 2012 haben die Staats- und Regierungschefs des Euroraums der Europäischen Kommission den Auftrag erteilt, einen Vorschlag für eine europäische Bankenaufsicht vorzulegen, um zu verhindern, dass sich Banken- und Staatschuldenkrise gegenseitig verstärken. Erst wenn ein effektiver Bankenaufsichtsmechanismus eingerichtet ist, hätte der ESM nach einem ordentlichen Beschluss die Möglichkeit, Banken direkt zu rekapitalisieren. Der ECOFIN-Rat hat sich im Dezember 2012 über die allgemeine Ausrichtung in Bezug auf die Rechtstexte zur Errichtung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus geeinigt. Eine formelle Einigung ist erst nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament möglich. Die EZB soll ihre operative Aufsichtstätigkeit ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung, frühestens im März 2014, aufnehmen.

Effektive Aufsicht braucht eindeutige, klar definierte Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten. Interessenkonflikte mit der Geldpolitik müssen verhindert werden, insbesondere wenn die Bankenaufsicht bei der EZB angesiedelt ist. Der am 13. Dezember 2012 von den Finanzministern gefundene Kompromiss gewährleistet eine Trennung von geldpolitischen und bankaufsichtlichen Aufgaben unter dem Dach der EZB. Zu diesem Zweck wird bei der EZB ein Mediationsgremium neu eingerichtet, das – im Fall einer Ablehnung von Entscheidungen des

EZB-Aufsichtsgremiums durch den EZB-Rat – den Streit auflösen soll.

Bei gemeinsamen europäischen
Finanzmärkten und grenzüberschreitend
tätigen Banken ist eine einheitliche
europäische Bankenaufsicht folgerichtig.
Dabei muss allerdings das Subsidiaritätsprinzip
gewahrt bleiben. Nach dem Beschluss der
EU-Finanzminister vom Dezember 2012
unterliegen diejenigen Banken der direkten
EZB-Aufsicht, die von besonderer Relevanz
für die Finanzstabilität sind. Für alle anderen
Banken erhält die EZB ein Informationsrecht
sowie die Möglichkeit, die direkte Aufsicht
an sich zu ziehen, wenn dies für die
Finanzstabilität notwendig ist.

Auch wenn die Bankenaufsicht etabliert ist, kann insbesondere der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) erst dann die Möglichkeit erhalten, Direkthilfen an Banken zu vergeben, wenn alle anderen Mittel der Restrukturierung ausgeschöpft sind. Zuerst stehen die Banken selbst, dann die Gläubiger, dann nationale Bankenrestrukturierungsfonds und anschließend die betroffenen Staaten in der Verantwortung. Erst wenn die finanziellen Mittel der jeweiligen Mitgliedstaaten ausgeschöpft sind und die Stabilität des europäischen Finanzsystems insgesamt und seiner Mitgliedstaaten bedroht ist, kann der ESM als Ultima Ratio konditionierte Hilfen bereitstellen.

Eine einheitliche europäische Bankenaufsicht muss einheitlichen Regeln folgen. Zwar besteht bereits ein weitgehend einheitliches europäisches Bankenrecht. Allerdings gibt es weiteren Harmonisierungsbedarf etwa bei den Eigenkapitalanforderungen. Das betrifft in erster Linie den Abschluss der Verhandlungen zur CRR und CRD IV. Weiterhin sollten die Verhandlungen über die Richtlinienvorschläge zur Überarbeitung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie und zur Harmonisierung der nationalen Abwicklungsregime von Kreditinstituten

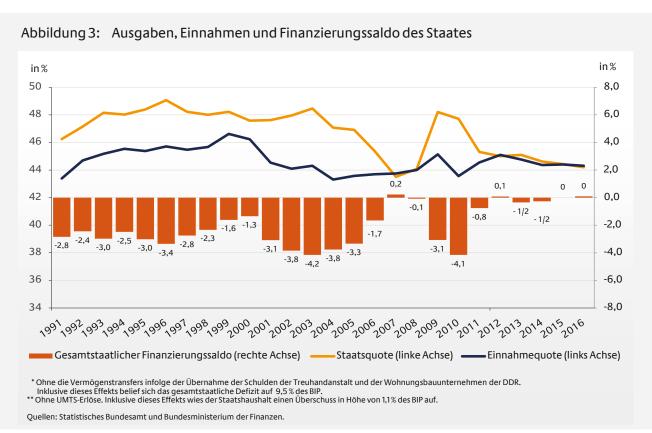
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

rasch abgeschlossen werden. Dabei lehnt die Bundesregierung eine gegenseitige Unterstützungspflicht der nationalen Restrukturierungs- und Abwicklungsfonds und der nationalen Einlagensicherungssysteme ab, da dadurch falsche Anreize gesetzt würden. Diese ablehnende Haltung bezüglich Restrukturierungs- und Abwicklungsfonds wird vom Sachverständigenrat geteilt (vergleiche. JG Tz 291 und 312, 326 bis 327).

4 Öffentliche Haushalte konsolidieren – Vertrauen festigen

Deutschland ist mit seiner wachstumsfreundlichen Konsolidierung auf gutem Weg – dies bestätigt auch der Sachverständigenrat. Die auf nationaler und internationaler Ebene eingegangenen Konsolidierungsverpflichtungen werden konsequent eingehalten. Dazu gehören die im deutschen Grundgesetz verankerte Schuldenregel, der Europäische Stabilitäts-

und Wachstumspakt sowie der Euro-Plus-Pakt. Mit den nationalen und europäischen Verpflichtungen zur strukturellen Konsolidierung und dem weiteren nationalen fiskalpolitischen Regelwerk hält Deutschland die Anforderungen des europäischen Fiskalvertrags ein. Die deutsche Haushalts- und Finanzpolitik leistet damit weiterhin einen zentralen Beitrag, um das Vertrauen in die Stabilität des Euroraums zu stärken. Darüber hinaus wird Deutschland auch die im Jahr 2010 von den G20-Staaten proklamierten und 2012 bestätigten Konsolidierungsziele – die Halbierung der Haushaltsdefizite bis zum Jahr 2013 und die Stabilisierung beziehungsweise Rückführung der Schuldenstandsquoten bis zum Jahr 2016 einhalten. Deutschland hat nicht nur in Europa, sondern auch unter den großen Industrienationen weltweit eine Vorreiterrolle dabei eingenommen, die öffentlichen Haushalte nachhaltig und stabilitätsorientiert zu gestalten.



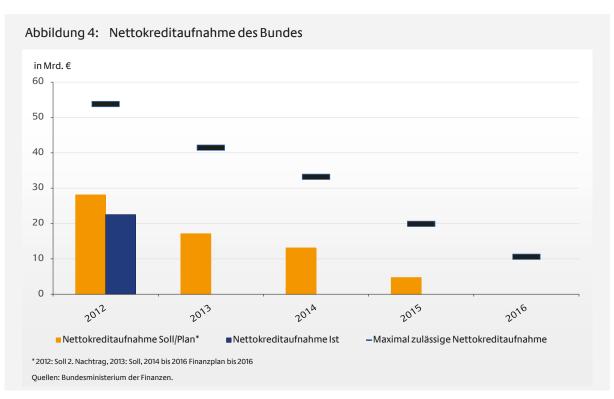
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Der Staatshaushalt wies im Jahr 2012 einen Überschuss von 0,1% des BIP auf (vergleiche Abbildung 3). Das gesamtstaatliche Defizit – von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen insgesamt – konnte bereits im Jahr 2011 gegenüber 2010 um 3,3 Prozentpunkte auf 0,8% des BIP reduziert werden. Damit unterschritt Deutschland den Maastricht-Referenzwert von 3% des BIP bereits zwei Jahre früher, als im Defizitverfahren aus dem Jahr 2009 von der Europäischen Union gefordert worden war; Deutschland wurde daher bereits im vergangenen Jahr aus dem Verfahren entlassen.

Der strukturelle, also um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigte Finanzierungssaldo hat sich im vergangenen Jahr sogar stärker verbessert als der tatsächliche Saldo. Deutschland konnte sein mittelfristiges Haushaltsziel – ein strukturelles Defizit von höchstens 0,5 % des BIP – bereits 2012 mit deutlichem Abstand einhalten. Der strukturelle Finanzierungssaldo wies im vergangenen Jahr einen Überschuss von 0,3 % des BIP auf; 2011 gab es noch ein strukturelles Defizit von 0,9 % des BIP. Wenn alle Ebenen – Bund, Länder,

Kommunen und Sozialversicherungen – am Ziel solider Finanzen festhalten, wird Deutschland diese Verpflichtung auch in Zukunft erfüllen können.

Die Bundesregierung hält mit dem Bundeshaushalt 2013 und dem Finanzplan bis 2016 an ihrem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs fest. Die Nettokreditaufnahme sinkt in den nächsten Jahren deutlich (vergleiche Abbildung 4). In diesem Jahr wird sie auf 17,1 Mrd. € zurückgehen. Dabei ist die Einzahlung von zwei weiteren Raten in den ESM berücksichtigt. Stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen vorausgesetzt, will die Bundesregierung den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2014 ohne strukturelles Defizit aufstellen; dies soll im März 2013 mit dem Kabinettbeschluss zu den Eckwerten des Bundeshaushalts 2014 umgesetzt werden. Im Jahr 2015 wird die Neuverschuldung nach dem derzeitigen Finanzplan den niedrigsten Stand seit über vier Jahrzehnten erreichen. Im Jahr 2016, dem letzten Jahr des Finanzplanungszeitraums, soll der Bundeshaushalt ohne neue Schulden



WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

auskommen. Dabei ist eine Zuweisung in Höhe von 1 Mrd. € an den Investitionsund Tilgungsfonds vorgesehen, die zur Schuldentilgung verwendet wird.

Das Haushaltsbegleitgesetz 2013 entlastet den Bundeshaushalt im laufenden Jahr per Saldo um über 5 Mrd. €. U. a. wird der Zuschuss des Bundeshaushalts an den Gesundheitsfonds, der erhebliche Rücklagen aufweist, im Jahr 2013 um 2,5 Mrd. € auf 11,5 Mrd. € verringert.

Die Bundesregierung hat in den ersten beiden Anwendungsjahren der Schuldenregel den vorgeschriebenen Abbaupfad für die strukturellen Defizite deutlich unterschritten. Ab dem Jahr 2016 darf der Bund dauerhaft nur noch ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35 % des BIP veranschlagen. Diese dauerhaft geltende Obergrenze der Schuldenregel hielt die Bundesregierung bereits 2012 ein, also vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben.

Auch der Sachverständigenrat würdigt, dass die Bundesregierung die Vorgaben der Schuldenregel deutlich erfüllt (vergleiche JG Tz 370). Er mahnt allerdings, dass die Schuldenregel in den Landesverfassungen zu zögerlich verankert werde (vergleiche JG Tz 369). Der Sachverständigenrat betont, dass vor dem Hintergrund konjunktureller Risiken und demografisch bedingter Mehrausgaben noch mehr Ehrgeiz bei der Konsolidierung notwendig sei (vergleiche JG Tz 15, 342 ff.). Steuererhöhungen seien jedoch ein Irrweg. Vielmehr gelte es, die staatlichen Konsumausgaben zu senken, Steuervergünstigungen und Subventionen abzubauen und mögliche Ineffizienzen bei den Sozialausgaben aufzudecken (vergleiche JG Tz 363 ff.). Explizit kritisiert der Rat in diesem Zusammenhang die Einführung des Elterngeldes, die Ausweitung der Kindergeldzahlungen auf Kinder mit eigenem, die Existenz sicherndem Einkommen, das Betreuungsgeld, die Idee der Zuschussrente und die Großelternzeit (vergleiche JG Tz 367). Die Bundesregierung ist sich der Mehrbelastungen durch die genannten

Maßnahmen bewusst. Sie hat sich zugleich als Ziel gesetzt, den Bundeshaushalt 2014 ohne strukturelles Defizit aufzustellen. Die Bundesregierung teilt grundsätzlich das Ziel, die öffentlichen Haushalte konsequent, wachstumsfreundlich und insbesondere über die Ausgabenseite zu konsolidieren.

Konsequente und wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung sowie die gute Lohn- und Beschäftigungsentwicklung haben es möglich gemacht, die Steuer- und Beitragsbelastung erheblich zu senken. Die Bundesregierung entlastet daher Bürger und Unternehmen in diesem Jahr um insgesamt annähernd 8 Mrd. €. Mit dem Gesetz zum Abbau der kalten Progression werden weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer eingeleitet. In zwei Schritten soll der Grundfreibetrag für das Jahr 2013 auf 8 130 € und für das Jahr 2014 auf 8 354 € erhöht werden. Er muss – auf Grundlage des Neunten Existenzminimumberichts der Bundesregierung – aus verfassungsrechtlichen Gründen an das gestiegene Existenzminimum angeglichen werden. Der Eingangssteuersatz wird zugleich konstant auf 14% gehalten. Die aus dem Gesetz resultierenden Mindereinnahmen sind bereits in der Haushalts- und Finanzplanung berücksichtigt. Der Beitragssatz in der allgemeinen Rentenversicherung ist zum 1. Januar 2013 von derzeit 19,6 % auf 18,9 %, in der knappschaftlichen Rentenversicherung von derzeit 26,0% auf 25,1% erneut gesenkt worden. Dies entlastet nicht nur Arbeitnehmer und Unternehmer im Jahr 2013 deutlich um jeweils 3,2 Mrd. €; auch Bund, Länder und Kommunen profitieren durch geringere Rentenbeiträge.

Mit dem Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts wird die Unternehmensbesteuerung wachstums- und wettbewerbsfreundlich weiterentwickelt. Aufkommensneutrale Vereinfachungen bei der ertragsteuerlichen Organschaft entlasten Verwaltung und Steuerpflichtige. Die Anhebung des Verlustrücktrags verschafft Unternehmen in

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Krisenzeiten zusätzliche Liquidität. Zudem wird das steuerliche Reisekostenrecht in den Bereichen Fahrtkosten, Verpflegungsmehraufwendungen und Übernachtungskosten deutlich vereinfacht.

5 Internationales Bekenntnis zu Strukturreformen und fiskalischer Stabilität

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer kritischen Phase. Ausgeprägte Spannungen an den Finanzmärkten und hartnäckige strukturelle Probleme belasten die globalen Wachstumsaussichten. Um diese Herausforderungen zu bewältigen und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dauerhaft zu stabilisieren, bleibt es wichtigste Aufgabe, Vertrauen zurückzugewinnen. Wenn Reformen und Vereinbarungen – gerade auch auf internationaler Ebene – umgesetzt werden, sind deshalb aus Sicht der Bundesregierung Konsequenz, Stetigkeit und Verlässlichkeit essenziell. Die Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft liegt auf vielen Schultern. Das macht eine internationale Zusammenarbeit wichtiger denn je. Dies wurde in diesem Jahr sowohl im G8- als auch im G20-Prozess besonders deutlich.

Die Staats- und Regierungschefs der G8 verständigten sich im Mai 2012 in Camp David (USA) auf wirtschaftspolitische Grundzüge, mit denen die G8 zur Erholung der Weltwirtschaft beitragen will. Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als zentraler Bestandteil einer wachstumsförderlichen Politik berücksichtigt wird. Strukturelle Reformen

sowie Investitionen in Bildung und moderne Infrastruktur wurden von der G8 als weitere entscheidende Faktoren herausgestellt.

Auch die Abschlusserklärung des G20-Gipfels im Juni 2012 in Los Cabos enthält ein klares Bekenntnis zu finanzieller und fiskalischer Stabilität. Wachstum und Vertrauen. Im Los Cabos Action Plan haben sich alle G20-Staaten u. a. zu den bereits 2010 formulierten Toronto-Zielen der Fiskalkonsolidierung, weiterer Strukturreformen und weiterer Wechselkursflexibilisierung bekannt. Mit diesen Zielen haben sich die Industriestaaten der G20 - mit Ausnahme von Japan dazu verpflichtet, ihre Haushaltsdefizite bis zum Jahr 2013 zu halbieren und die Schuldenstandsquoten bis zum Jahr 2016 zu stabilisieren beziehungsweise zurückzuführen. Die Finanzminister der G20-Staaten haben bei ihrem Treffen am 15. und 16. Februar 2012 in Moskau die Bedeutung nachhaltiger öffentlicher Finanzen bekräftigt und sich zur Umsetzung glaubwürdiger mittelfristiger Konsolidierungspläne verpflichtet. Damit wollen sie zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum beitragen und globale Ungleichgewichte abbauen. Deutschland schreitet bei der Umsetzung der Verpflichtungen mit gutem Beispiel voran. So haben die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung und der Beschäftigungsaufschwung das Zukunftsvertrauen der Bürger und die Binnennachfrage gestärkt, die zu einer tragenden Säule des deutschen Wachstums geworden ist. Darüber hinaus setzt die G20 zusammen mit dem Financial Stability Board (FSB) die Agenda zur globalen Finanzstabilität und Finanzmarktregulierung um.

Kasten 3: Zentrale Ergebnisse der G8- und G20-Gipfel im Jahr 2012

G20-Gipfel in Los Cabos (18./19. Juni 2012)

Mit dem Los Cabos Growth and Jobs Action Plan verpflichten sich die G20-Länder dazu, zu einem starken, nachhaltigen und ausgeglichenen Wachstum beizutragen. Zentrale Elemente sind das Festhalten an den bereits 2010 in Toronto formulierten Zielen der Fiskalkonsolidierung sowie Strukturreformen in allen G20-Ländern.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT – SCHLÜSSEL FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

- Deutschland hat erfolgreich darauf gedrängt, die Selbstverpflichtung der G20, von der Errichtung neuer Handels- und Investitionsbeschränkungen abzusehen, bis Ende 2014 zu verlängern.
- Beim Thema Beschäftigung lag der Fokus auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Schaffung von Arbeitsplätzen mit Sozialversicherungsschutz und fairem Einkommen.
- Die G20-Länder verpflichteten sich erneut, die beschlossenen Reformen im Bereich der Finanzmarktregulierung fristgerecht, vollständig und konsistent umzusetzen. Das Financial Stability Board (FSB) wurde gestärkt, indem es einen klaren und dauerhaften institutionellen Rahmen erhalten hat.
- Die bei der IWF-Frühjahrstagung beschlossene Aufstockung der IWF-Ressourcen um 430 Mrd. US-Dollar wurde durch konkrete Zusagen der Schwellenländer umgesetzt und mit insgesamt 456 Mrd. US-Dollar sogar noch übertroffen.
- Im Bereich Entwicklung lag der Fokus auf der Verbesserung der Infrastruktur und auf der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen. Zur Ernährungssicherung wurde das neue Finanzierungsinstrument "AgResults" indossiert, um Privatinvestitionen im Agrarsektor in Entwicklungsländern zu fördern und um Marktverzerrungen entgegenzuwirken.
- Auch Strategien für sogenanntes Grünes Wachstum waren Teil der G20-Agenda; so wurde z. B. für Entwicklungsländer die Entwicklung von entsprechenden Analyse- und Umsetzungsinstrumenten angeregt und eine Dialogplattform für ökologisch nachhaltige Investitionen eingerichtet. Beim Thema Klima standen die Klimaschutzfinanzierung sowie das erneute Bekenntnis der G20 zur Umsetzung der internationalen Vereinbarungen aus den VN-Klimakonferenzen von Cancún und Durban im Vordergrund.
- Um die Korruption zu bekämpfen, wurden neue Leitlinien zu Einreiseverboten und zur Offenlegung der Vermögensverhältnisse hochrangiger Amtsträger sowie ein Handbuch über Rechtshilfeverfahren veröffentlicht.

G8-Gipfel in Camp David (18./19. Mai 2012)

- Die G8 verständigte sich auf eine wachstumsfördernde Politik mit den Elementen Haushaltskonsolidierung, strukturelle Reformen und Investitionen in Bildung und moderne Infrastruktur.
- Im Bereich Klimapolitik erneuerte die G8 ihr Bekenntnis, die 2-Grad-Obergrenze einzuhalten und ein rechtsverbindliches internationales Klimaschutz-Abkommen bis 2015 zu schaffen. Deutschland trat der "Climate and Clean Air Coalition" bei, um den Kampf gegen kurzlebige Klimagifte wie Ruß und Methan zu verstärken.
- Zur Förderung der Ernährungssicherung in Afrika hat die G8 in Nachfolge der 2012 auslaufenden Initiative von L'Aquila – die "New Alliance" ins Leben gerufen. Ziel ist es, afrikanische Partnerländer bei der Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen zu unterstützen. Die G8 erneuerte ihr Bekenntnis zu der 2011 gegründeten "Deauville-Partnerschaft" mit den Reformstaaten in Nordafrika und Nahost.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2012

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2012

- Im Jahr 2012 sind die Einnahmen der Länder aus den Gemeinschaftsteuern ohne Umsatzsteuer und den Ländersteuern, die die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuerverteilung als erste Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bilden, im Vergleich zum Vorjahr mit knapp 8 % wiederum deutlich gestiegen.
- Das Umverteilungsvolumen der horizontalen Umsatzsteuerverteilung der Länder blieb im Jahr 2012 mit 7,3 Mrd. € gegenüber 2011 unverändert; das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs stieg 2012 gegenüber 2011 um 0,6 Mrd. € an auf 7,9 Mrd. €.
- Der bundesstaatliche Finanzausgleich hat auch 2012 dazu beigetragen, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.

1	Bundesstaatlicher Finanzausgleich	40
	Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern	
1.2	Länderfinanzausgleich	41
	Bundesergänzungszuweisungen	
	Fraebnisse 2012	

1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich hat die Aufgabe, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen und somit auch ihre Eigenstaatlichkeit zu entfalten. Die aufeinander aufbauenden Elemente des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sind Umsatzsteuerverteilung, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen. Durch die Annäherung der Einnahmen der Länder soll die Herstellung und Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet ermöglicht werden.

Die Grundzüge des Finanzausgleichs sind im Grundgesetz festgelegt; die nähere Ausgestaltung erfolgt einfachgesetzlich. Das abstrakt gehaltene Maßstäbegesetz konkretisiert die betreffenden finanzverfassungsrechtlichen Regelungen und bildet die Grundlage für das Finanzausgleichsgesetz, das die Einzelheiten des Finanzausgleichs bestimmt. Maßstäbegesetz und Finanzausgleichsgesetz gelten seit 2001 beziehungsweise 2005 und sind bis Ende 2019 befristet.

1.1 Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern

In der ersten Stufe des Ausgleichssystems wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen den einzelnen Ländern zugeordnet. Dabei werden vorab höchstens 25 % des Länderanteils an der Umsatzsteuer als sogenannte Ergänzungsanteile verteilt. Die Ergänzungsanteile sind für diejenigen Länder bestimmt, deren Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des Länderdurchschnitts liegen. Dadurch wird die Lücke zwischen den Steuereinnahmen steuerschwacher Länder und dem Länderdurchschnitt teilweise geschlossen. Die genaue Höhe der Ergänzungsanteile hängt davon ab, wie stark die Steuereinnahmen ie Einwohner eines Landes unter den durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner aller Länder liegen. Der noch verbleibende Länderanteil an der Umsatzsteuer wird nach der Einwohnerzahl auf alle Länder verteilt. Die Ergänzungsanteile führen zu einer Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern, die von einer Verteilung des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen vollständig nach Einwohnern abweicht;

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2012

diese Abweichung wird (horizontaler) Umsatzsteuerausgleich genannt.

1.2 Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich bildet die zweite Stufe des Ausgleichssystems. Durch den Länderfinanzausgleich werden die Einnahmeunterschiede zwischen den Ländern weiter verringert; die finanzschwachen Länder erhalten Ausgleichszuweisungen, die von den finanzstarken Ländern aufgebracht werden.

Ausgangspunkt für den Länderfinanzausgleich ist die Finanzkraft der einzelnen Länder. Die Finanzkraft eines Landes ist die Summe seiner Einnahmen und zu 64% die Summe der Einnahmen seiner Gemeinden. Bei der Bestimmung der Finanzkraft sind grundsätzlich alle Einnahmearten der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen. Tatsächlich werden als ausgleichsrelevant jedoch nur die Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern, die Einnahmen der Länder aus den Landessteuern und anteilig die Steuereinnahmen der Gemeinden angesehen.

Im Grundsatz wird im Länderfinanzausgleich von einem gleichen Finanzbedarf je Einwohner in allen Ländern ausgegangen. Für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist diese Annahme jedoch nicht sachgerecht. Es hat sich gezeigt, dass der Finanzbedarf je Einwohner in Stadtstaaten deutlich höher ist als in Flächenländern. Die rechnerische Umsetzung dieses höheren Finanzbedarfs erfolgt durch die fiktive Erhöhung der Einwohnerzahl der Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich auf 135% (Einwohnergewichtung). Ein geringfügig höherer Finanzbedarf je Einwohner besteht auch in den drei besonders dünn besiedelten Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Deshalb wird auch ihre Einwohnerzahl im Länderfinanzausgleich fiktiv geringfügig erhöht.

Im Länderfinanzausgleich werden solche Länder als finanzschwach angesehen, deren Finanzkraft je (gewichtetem)

Einwohner im Ausgleichsjahr unterhalb des Durchschnitts liegt; sie haben Anspruch auf Ausgleichszuweisungen. Demgegenüber gelten Länder als finanzstark, wenn sie im Ausgleichsjahr eine Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner oberhalb des Durchschnitts aufweisen; sie sind zur Zahlung von Ausgleichsbeiträgen verpflichtet. Die genaue Höhe der Ausgleichszuweisungen für finanzschwache Länder hängt davon ab, wie weit ihre jeweilige Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner unterschreitet. Durch die Ausgleichszuweisungen wird die Lücke zum Durchschnitt – auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs – anteilig geschlossen. Analog dazu ist die Höhe der Ausgleichsbeiträge, die finanzstarke Länder zu leisten haben, davon abhängig, wie weit ihre jeweilige Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner übersteigt. Symmetrisch zum Ausgleichstarif wird die überdurchschnittliche Finanzkraft – wiederum auf der Basis eines progressiven Tarifs anteilig abgeschöpft. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass sich die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht verändern kann.

1.3 Bundesergänzungszuweisungen

Bundesergänzungszuweisungen, als dritte Stufe des Ausgleichssystems, sind den Länderfinanzausgleich ergänzende Zuweisungen des Bundes an leistungsschwache Länder. Als ungebundene Mittel dienen sie der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dieser Länder. Zu unterscheiden ist zwischen allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

Durch allgemeine Bundesergänzungszuweisungen wird bei leistungsschwachen Ländern die nach dem Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke zur durchschnittlichen Finanzkraft weiter verringert. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2012

Länder, deren Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner nach dem Länderfinanzausgleich unter 99,5 % des Durchschnitts liegt. Die nach Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke hierzu wird zu 77,5 % aufgefüllt.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zielen demgegenüber auf den Ausgleich besonderer Finanzbedarfe leistungsschwacher Länder aufgrund spezifischer Sonderlasten. Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sind unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen und auch der Höhe nach im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben.

2 Ergebnisse 2012¹

Die vorläufige Jahresrechnung 2012 über den bundesstaatlichen Finanzausgleich liegt nunmehr vor. Die wichtigsten Ergebnisse sind nachfolgend dargestellt.

Im Jahr 2012 sind die Einnahmen der Länder aus den Gemeinschaftsteuern – ohne Umsatzsteuer – und den Ländersteuern, die zusammen die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuerverteilung als der ersten Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bilden, im Vergleich zum Vorjahr² mit knapp 8 % wiederum deutlich gestiegen, sodass nunmehr auch das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 (um 5 %) überschritten ist.

Dieses Steueraufkommen ist in den einzelnen Ländern nach wie vor sehr unterschiedlich. So lag es je Einwohner in den neuen Flächenländern 2012 lediglich zwischen 51,2 % (Sachsen) und 62,9 % (Brandenburg) des Länderdurchschnitts; gleichwohl hat sich die Tendenz zur Angleichung der relativen Steueraufkommensunterschiede zwischen neuen und alten Ländern auch

¹Grundlage: Vorläufige Jahresrechnung 2012.

2012 fortgesetzt. Bei den steuerstarken Ländern konnte Baden-Württemberg sein relatives Steueraufkommen je Einwohner von 118,3 % auf 121,6 % weiter erhöhen; in Hessen und Hamburg hingegen fiel das relative Steueraufkommen von 124,5 % beziehungsweise 155,6 % auf 117,8 % beziehungsweise 149,4 % des Länderdurchschnitts.

Das Volumen des Umsatzsteuerausgleichs betrug 2012 wie im Vorjahr 7,3 Mrd. € und kam wegen des erheblichen West-Ost-Steuergefälles mit 96 % nahezu vollständig den neuen Ländern und Berlin zugute.

Vor der zweiten Ausgleichsstufe – dem Länderfinanzausgleich – stellt sich 2012 die relative Finanzkraft der Länder (Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts) wie folgt dar: Verbesserungen ihrer relativen Position konnten vor allem Baden-Württemberg (von 109,1% auf 112,5%), das Saarland (von 93,1% auf 94,7%) und Bremen (von 72,2% auf 73,6%) vermelden. Eine Abschwächung ihrer relativen Finanzkraft wiesen insbesondere Hessen (von 115,1% auf 111,1%) und Hamburg (von 101,8 % auf 99,4 %) auf. Die Spanne zwischen dem finanzstärksten und dem finanzschwächsten Land hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht. Die insgesamt in den Länderfinanzausgleich einbezogene Finanzkraft ist 2012 um 6,0 % und damit wiederum deutlich gestiegen.

Im Jahr 2012 betrug das Umverteilungsvolumen im Länderfinanzausgleich 7,9 Mrd. €;
dabei gab es drei Zahlerländer (Bayern,
Baden-Württemberg und Hessen) und
13 Empfängerländer. Größtes Zahlerland war
erneut Bayern mit 3,9 Mrd. € (2011: 3,7 Mrd. €).
Baden-Württemberg verzeichnete gegenüber
dem Vorjahr einen starken Zuwachs seiner
Zahlungsverpflichtungen um 0,9 Mrd. € auf
2,7 Mrd. € und war damit 2012 zweitgrößtes
Zahlerland. Demgegenüber gingen die
Zahlungsverpflichtungen Hessens 2012 um
0,5 Mrd. € auf 1,3 Mrd. € zurück. Hamburg war
erstmalig seit Bestehen des gesamtdeutschen
Finanzausgleichs Empfängerland mit

² Grundlage: Vorläufige Jahresrechnung 2011.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2012

Ausgleichszuweisungen von 21 Mio. €. Größtes Empfängerland war wiederum Berlin mit Ausgleichszuweisungen in Höhe von 3,3 Mrd. € (2011: 3,0 Mrd. €). 6,4 Mrd. € von 7,9 Mrd. € an Ausgleichsleistungen erhielten die neuen Länder; dies entspricht einem Anteil von rund 80 %. Das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen als dritter Stufe des Ausgleichssystems ist 2012 auf rund 2,9 Mrd. € angestiegen und lag damit um 0,3 Mrd. € über Vorjahresniveau. 2,3 Mrd. € (rund 80%) kamen davon den ostdeutschen Ländern zugute. Größter Empfänger war wiederum Berlin mit rund 1 Mrd. €.

Tabelle 1: Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2012

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP		ST
Character deal and an arrange	INVV	Βĭ	DVV	INI	HE	SIN	KP		J1
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in % des Durchschnitts)	100,8	126,2	121,6	89,2	117,8	51,2	99,8	5	2,7
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	-2 436	-1 724	-1 477	117	-833	2 369	-540	1	270
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (vor Finanzausgleich)	98,5	115,1	112,5	98,5	111,1	88,3	96,5	8	8,2
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	402	-3 904	-2 694	173	-1 327	963	224	5	547
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich)	99,2	105,4	104,6	99,2	104,2	95,6	98,3	9	5,6
Allgemeine BEZ in Mio. €	134	-	-	55	-	395	121	2	224
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	99,4	-	-	99,4	-	98,6	99,2	9	8,6
	SH	TH	ВВ	MV	SL	BE	НН	НВ	Insgesamt
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in % des Durchschnitts)	91,9	52,0	62,9	52,2	79,4	84,8	149,4	92,1	100,0
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	-70	1 243	999	912	160	277	-246	-19	±7345
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (vor Finanzausgleich)	97,1	87,8	89,1	86,5	94,7	68,6	99,4	73,6	100,0
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	129	541	542	452	92	3 323	21	517	±7925
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich)	98,5	95,5	95,8	95,1	97,5	90,6	99,7	91,8	100,0
Allgemeine BEZ in Mio. €	67	219	227	178	49	1 048	-	169	2 886
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	99,3	98,6	98,7	98,5	99,1	97,5	-	97,8	-

¹ Genauer: in % der Ausgleichsmesszahl. Grundlage: Vorläufige Jahresrechnung 2012.

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD

Ergebnisse der aktuellen Ausgabe 2012 der OECD-Studie "Revenue Statistics"

- Die deutsche Steuerquote im Jahr 2010 betrug 22 %. Die Abgabenquote (Steuern zuzüglich Sozialabgaben) lag bei 36,1 %. Damit liegt Deutschland weiterhin über dem OECD-Durchschnitt.
- Die Entwicklung der Steuern und Abgaben in Deutschland wies in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise (2008/2009) große Unterschiede zu wichtigen anderen OECD-Staaten auf.

1	Einleitung	44
	Methodische Grundlagen	
	Steuer- und Abgabenquoten im Jahr 2010 im OECD-Vergleich	
4	Entwicklung in fünf OECD-Mitgliedstaaten im Vergleich	47
	Fazit	53

1 Einleitung

Eine fundierte Analyse der Steuer- und Abgabenbelastung im internationalen Vergleich benötigt als Grundlage vergleichbare Zahlen über Steuern und Abgaben. Neben der EU ("Taxation Trends in the European Union") stellt auch die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit der regelmäßigen Veröffentlichung der Studie "Revenue Statistics" entsprechende Daten im gesamtwirtschaftlichen Maßstab zur Verfügung. Im Oktober 2012 hat die OECD die aktuelle Ausgabe der Studie mit den endgültigen Zahlen für das Jahr 2010 publiziert. Die Ergebnisse der Studie werden im Folgenden – nach einem kurzen Hinweis auf die methodischen Grundlagen - vorgestellt. Beginnend mit einer knappen Darstellung der Steuer- und Abgabenbelastung im Jahr 2010 im OECD-Vergleich geht der Aufsatz danach auf einige Aspekte der Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung für die fünf OECD-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA und Japan zwischen 2007 und 2010 ein.

Dieser Zeitraum erscheint von besonderem Interesse hinsichtlich der Auswirkungen der im Jahr 2008 beginnenden Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Aufkommen der Steuern und Abgaben.

2 Methodische Grundlagen

Die "Revenue Statistics" basieren auf einem sehr differenzierten System zur Umwandlung der nationalen Kennziffern zu Steuern und Abgaben in das Gliederungsschema der "Revenue Statistics". Die einheitlichen und transparenten Vorgaben gewährleisten dabei ein hohes Maß an Vergleichbarkeit der Länderdaten. Für eine nähere Erläuterung der methodischen Grundlagen wird auf den entsprechenden Abschnitt in dem Aufsatz "Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung" (Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen vom März 2010) hingewiesen. Zudem ist jeder Ausgabe der "Revenue Statistics" als Anlage ein ausführlicher Beitrag über die aktuell in der Studie verwendete Klassifikation der

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

Steuern und die Grundsätze der Zuordnung und Berechnung der Steuern ("Interpretative Guide") beigegeben.

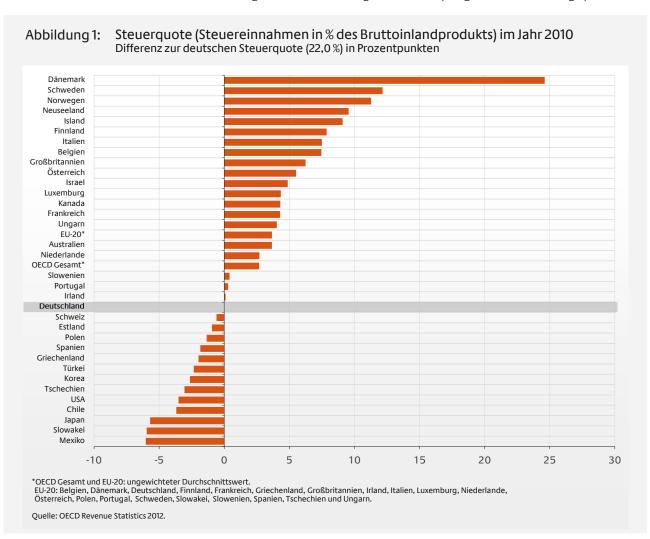
Die in den "Revenue Statistics" erreichte internationale Vergleichbarkeit der Daten hat allerdings ihren Preis. Bedingt durch zum Teil umfängliche Transformationen ist die Vergleichbarkeit der OECD-Kennziffern mit den ursprünglichen nationalen Berichtssystemen erheblich eingeschränkt. So ist es bei einem Vergleich der Steuerquoten unabdingbar, auf die Datenquelle hinzuweisen. Ebenso verbieten sich Vergleiche mit auf Basis anderer Referenzsysteme ermittelten Quoten.

Ungeachtet der vorgenannten Einschränkung ist festzuhalten: Für internationale Vergleiche

der Steuer- und Abgabenbelastung in den mittlerweile 34 beteiligten OECD-Mitgliedstaaten sind die "Revenue Statistics" erste Wahl.

3 Steuer- und Abgabenquoten im Jahr 2010 im OECD-Vergleich

Die Steuer- und Abgabenquoten der OECD-Staaten im Jahr 2010 sind in den Abbildungen 1 und 2 jeweils als Abweichung zur deutschen Steuer- und Abgabenquote dargestellt. Die deutsche Steuerquote im Jahr 2010 betrug 22,0 %. Sowohl der OECD-Durchschnitt (+ 2,7 Prozentpunkte) als auch der EU-Durchschnitt (+ 3,7 Prozentpunkte) liegen darüber (vergleiche Abbildung 1).

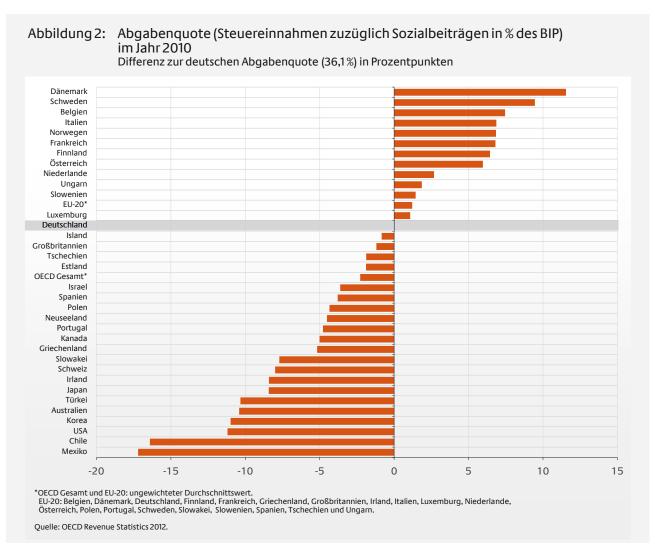


ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

Dänemark weist mit einer Abweichung von + 24,6 Prozentpunkten gegenüber Deutschland die höchste Steuerquote auf, Mexiko mit - 6,0 Prozentpunkten dagegen die niedrigste.

In Deutschland spielen allerdings die Sozialversicherungsbeiträge eine wesentlich stärkere Rolle bei der Finanzierung von Sozialleistungen als in den meisten anderen Staaten. So finanziert Dänemark fast die gesamten staatlichen Ausgaben über Steuern; die Sozialversicherungsbeiträge umfassen hier lediglich 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Für internationale Steuerbelastungsvergleiche

ist daher die Abgabenquote aussagekräftiger, die sowohl Steuern als auch Sozialbeiträge umfasst (vergleiche Abbildung 2). Der EU-Durchschnitt im Jahr 2008 liegt zwar mit + 1,2 Prozentpunkten über der deutschen Abgabenquote von 36,1%, der OECD-Durchschnitt liegt jedoch um 2,3 Prozentpunkte darunter. Wie bei den Steuern, so weist Dänemark auch bei den Abgaben die höchste Quote auf. Die Differenz zu Deutschland ist allerdings mit + 11,5 Prozentpunkten bereits erheblich geringer als beim Vergleich der Steuerquoten. Die geringste Abgabenquote hat Mexiko; sie liegt um 17,2 Prozentpunkte unter der deutschen Quote.



ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

4 Entwicklung in fünf OECD-Mitgliedstaaten im Vergleich

Im Folgenden wird die Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote in Deutschland der in Frankreich, Großbritannien, den USA und Japan gegenübergestellt. Die langfristige Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten in diesen fünf Staaten war bereits Gegenstand eines früheren Artikels zu den "Revenue Statistics". Die aktuellen Ausführungen geben daher hierzu nur einen kurzen Überblick und gehen dann detaillierter auf die Entwicklung in den Jahren 2008 bis 2010 ein.

Überblick

Die Entwicklung der Abgabenquote im Zeitraum von 1965 bis 2010 weist für die fünf ausgewählten Staaten erhebliche Schwankungen auf (vergleiche Abbildung 3). Bei allen fünf Staaten liegt die Abgabenquote im Jahr 2010 höher als im Jahr 1965. Die Differenzen zwischen den beiden Jahren reichen allerdings von + 9,8 Prozentpunkten für Japan bis zu lediglich + 0,2 Prozentpunkten für die USA (vergleiche Tabelle 1). In den letzten Jahren ergibt sich hinsichtlich der Entwicklungstrends ein interessanter Unterschied zwischen Deutschland und

¹Siehe Monatsbericht des BMF vom Februar 2011: "Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD".

den anderen Staaten sowie auch der OECD insgesamt: In den Jahren 2004 bis 2006 kam es in Frankreich, Großbritannien, den USA und Japan sowie auch im OECD-Durchschnitt nach vorhergehenden mehrjährigen Rückgängen zu einem Anstieg der Abgabenquote. Deutschland wies hingegen in diesem Zeitraum einen leichten Rückgang um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Basisjahr 2003 auf. In den folgenden drei Jahren (2007 bis 2009) kehrte sich diese Entwicklung um: Während in Deutschland die Abgabenquote um 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2006 anstieg, sank sie in den anderen betrachteten Staaten und im OECD-Durchschnitt zum Teil beträchtlich. Auch im Jahr 2010 entwickelte sich die Abgabenquote in Deutschland gegen den Trend in anderen Ländern - während sie hier um 1,2 Prozentpunkte sank, stieg sie in den anderen Staaten sowie im OECD-Durchschnitt.

Für die Jahre 2007 bis 2010 bietet die aktuelle Ausgabe der "Revenue Statistics" detailliertes Datenmaterial für eine differenziertere Betrachtung der Entwicklungstrends.

Der durchschnittliche Rückgang in den Jahren 2007 bis 2009 in den betrachteten Staaten außer Deutschland täuscht darüber hinweg, dass sich auch hier hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs Unterschiede ergeben.

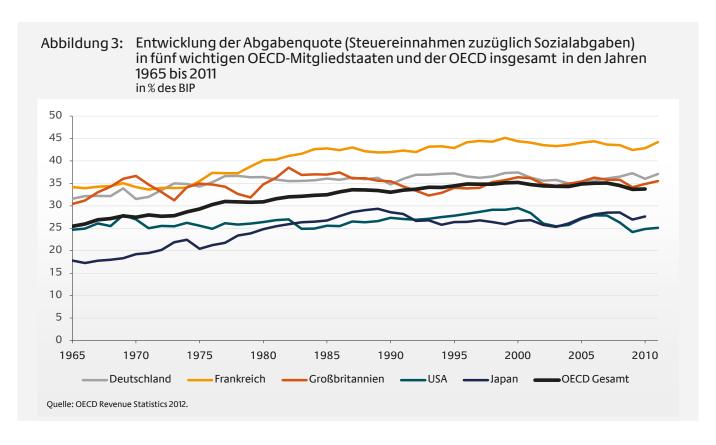
So weist die Abgabenquote in Frankreich mit - 0,7 Prozentpunkten und Großbritannien mit - 0,5 Prozentpunkten bereits im Jahr 2007 Rückgänge auf, während sie in den USA stagniert und in Japan noch leicht zunimmt. Im Jahr 2008 geht sie auch in den USA

Tabelle 1: Änderung der Abgabenquote in Prozentpunkten

Zeitraum	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA	Japan	OECD insgesamt
1965 bis 2010	+4,5	+8,7	+4,4	+0,2	+9,8	+8,3
2003 bis 2006	-0,1	+1,0	+1,9	+2,4	+2,8	+0,7
2006 bis 2009	+1,6	-1,9	-2,2	-3,7	-1,1	-1,4
2009 bis 2010	-1,2	+0,4	+0,7	+0,7	+0,7	+0,1

Quelle: OECD Revenue Statistics 2012.

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD



zurück (-1,6 Prozentpunkte). Hier hatte die damalige Regierung Bush zur Bekämpfung der bereits schwelenden Immobilienkrise ein Maßnahmenpaket mit Steuererleichterungen verabschiedet. Die Wirtschaftskrise konnte damit allerdings nicht verhindert werden. Die Abgabenquote ging infolgedessen im Jahr 2009 noch stärker zurück (-2,1 Prozentpunkte). In Japan ergibt sich erst im Jahr 2009 ein Rückgang der Abgabenquote um 1,6 Prozentpunkte, welcher auf die weltweite Rezession zurückgeführt werden kann. Auch in Frankreich und Großbritannien geht die Abgabenquote in diesem Jahr in Verbindung mit der Krise erheblich zurück (-1,1 Prozentpunkte in Frankreich; -1,7 Prozentpunkte in Großbritannien).

Im Jahr 2010 führten in Deutschland u. a. Steuersenkungsmaßnahmen, insbesondere das Bürgerentlastungsgesetz, bei kräftig anziehender Konjunktur zu einem Rückgang der Steuerquote um 1,2 Prozentpunkte. In den anderen Staaten lag das Wachstum des Steueraufkommens über dem Wachstum des

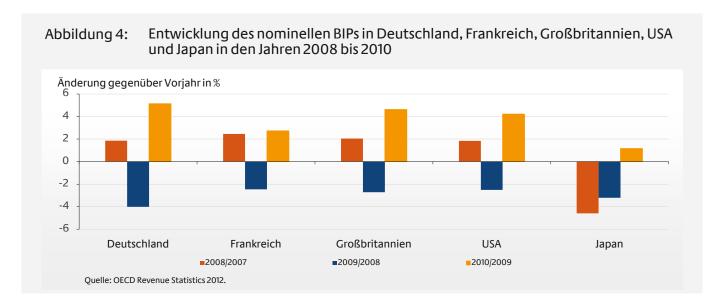
BIP - dadurch ergab sich bei diesen Staaten eine Zunahme der Abgabenquote.

Entwicklungstrends in den Jahren 2008 bis 2010

Obwohl die Finanz- und Wirtschaftskrise sich bereits im Verlauf des Jahres 2008 in den betrachteten Ländern bemerkbar machte, ergab sich in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA im Durchschnitt des Jahres 2008 noch ein Zuwachs des nominalen BIP – siehe Abbildung 4. In Japan schlug die Krise bereits 2008 mit einem Rückgang des BIP um 4,6 % durch. Die anderen Staaten folgten im Jahr 2009, wobei Deutschland in diesem Jahr den höchsten Rückgang des BIP mit 4% aufwies. Im Jahr 2010 war in allen Ländern wiederum ein Zuwachs des BIP zu verzeichnen, der in Deutschland mit 5,1% am stärksten ausfiel.

Ein Vergleich der BIP-Entwicklung mit der Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und Abgaben (vergleiche Abbildung 5a) zeigt für

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD



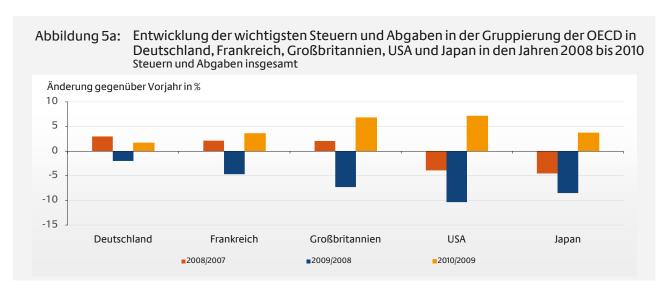
Deutschland ebenfalls Besonderheiten in der Einnahmeentwicklung auf: Wuchs das Aufkommen aus Steuern und Abgaben im Jahr 2008 noch erheblich stärker als in den anderen Ländern, so war der Rückgang im Krisenjahr 2009 wesentlich geringer als in den anderen Staaten. Im darauffolgenden konjunkturellen Aufschwung im Jahr 2010 war dann allerdings auch der Zuwachs des Aufkommens niedriger. Den stärksten Rückgang der Einnahmen im Jahr 2009 haben die USA zu verzeichnen. Neben dem oben erwähnten Steuersenkungsprogramm schlagen sich auch hohe Einnahmerückgänge aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nieder.

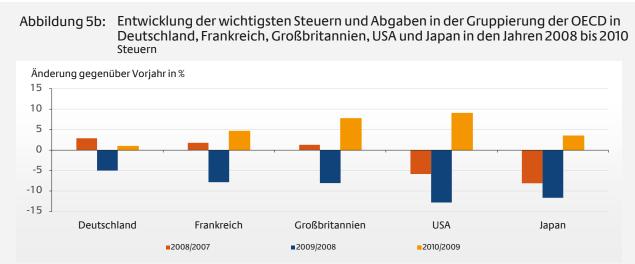
Eine differenzierte Analyse des Abgabenaufkommens nach seinen Hauptkomponenten Steuern und Sozialabgaben (vergleiche Abbildungen 5b und 5c) ergibt, dass die Zunahme der Einnahmen aus den Sozialabgaben in Deutschland das Gesamtaufkommen im Jahr 2009 stabilisierte. In einem begrenzten Ausmaß trifft dies auch für Frankreich zu. In Großbritannien, den USA und Japan sind hingegen auch die Sozialausgaben im Krisenjahr 2009 in erheblichem Umfang zurückgegangen. Die Steuereinnahmen sind im Jahr 2009 in allen Staaten eingebrochen, obgleich Deutschland mit - 5,0 % den geringsten Rückgang zu verzeichnen hatte.

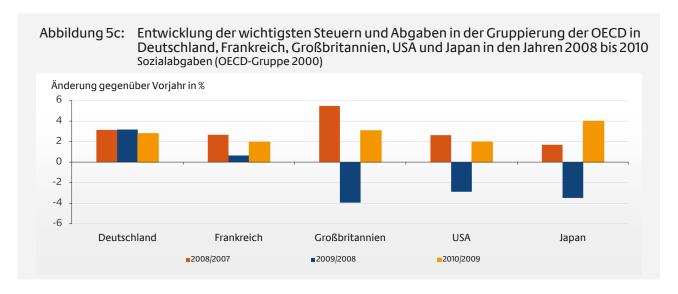
In den Abbildungen 5d bis 5f zeigt sich, dass die Krise und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung im Jahr 2009 sich in den verschiedenen Staaten jeweils auch unterschiedlich auf die Komponenten des Steueraufkommens ausgewirkt haben. Während die USA bei den Steuern auf Einkommen der natürlichen Personen den höchsten relativen Einnahmeausfall (-20,3%) zu verkraften hatten, brachen in Frankreich die Steuern auf Einkommen der Körperschaften am stärksten ein (-51,1%). Die auf den Verbrauch erhobenen Steuern auf Güter und Dienstleistungen sahen in den meisten Staaten die niedrigsten Rückgänge; lediglich in Großbritannien war der Rückgang hier mit 6,8 % größer als der Rückgang bei den Steuern auf Einkommen der natürlichen Personen (-6,0%). Großbritannien hatte zur Bekämpfung der Krise zum 1. Dezember 2009 den allgemeinen Umsatzsteuersatz zeitweilig von 17,5 % auf 15 % abgesenkt und erst zum 1. Januar 2010 wieder auf den alten Wert zurückgeführt.

In Deutschland war der Rückgang der Steuern auf Einkommen der natürlichen Personen im Jahr 2009 mit 5,7 % eher mäßig. Der weitere Rückgang im Jahr 2010 (-1,8 %) kann allein auf die Auswirkungen des Bürgerentlastungsgesetzes (Vollanrechnung der Sozialversicherungsausgaben

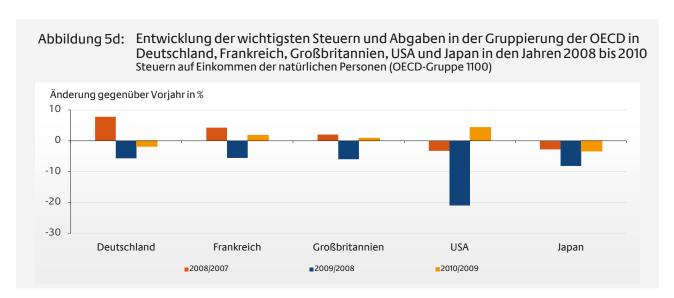
Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD

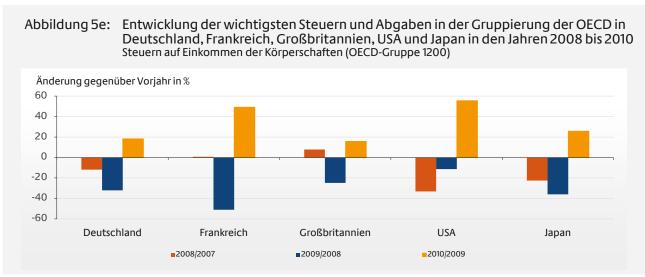


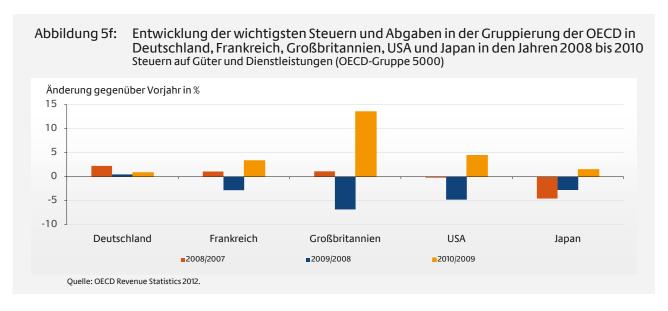




Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD







Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD

als Sonderausgaben) zurückgeführt werden. Die Steuern auf Einkommen der Körperschaften sind um 32,0 % gesunken. Hier hat neben der Krise auch noch das Unternehmensteuerreformgesetz zu den Mindereinnahmen beigetragen. Die Steuern auf Güter und Dienstleistungen (Umsatzsteuer und Verbrauchsteuern) stellten ebenso wie die Sozialabgaben eher einen aufkommensstabilisierenden Faktor dar. Sie wuchsen in Deutschland im Krisenjahr 2009 um 0,5 % an und wiesen dann aber auch im Aufschwungjahr 2010 lediglich einen Zuwachs von 0,9 % auf.

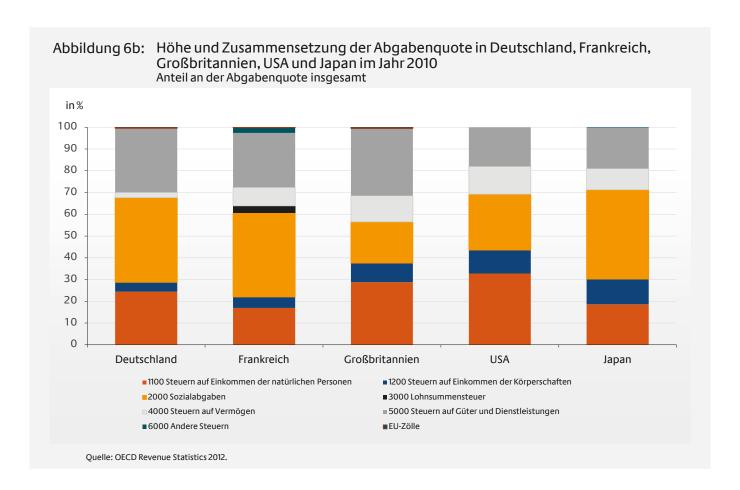
Abbildung 6 zeigt die Höhe und Zusammensetzung der Abgabenquote für das Jahr 2010 im Vergleich der fünf Staaten. In Deutschland und Frankreich haben die Sozialversicherungsbeiträge seit langer Zeit eine große Bedeutung für das Aufkommen an Steuern und Abgaben. In Deutschland machten die Sozialabgaben im Jahr 2010 39,0 % der Steuern und Abgaben

aus (Frankreich: 38,7%). Allerdings liegt in Frankreich die Sozialabgabenquote ebenso wie die Abgabenquote insgesamt höher als in Deutschland. In Japan ist in den vergangenen Jahren die Bedeutung der Sozialabgaben immer stärker gestiegen. Bei einer insgesamt immer noch recht niedrigen Abgabenquote (27,6%) liegt die Sozialabgabenquote bei 11,4%, womit der Anteil der Sozialabgaben an den gesamten Abgaben 41,1% beträgt. In Großbritannien und den USA spielen die Sozialabgaben eine wesentlich geringere Rolle für das Gesamtaufkommen. Bei relativ geringen Sozialabgabenguoten (Großbritannien: 6,6%; USA: 6,4%) liegt der Anteil an den gesamten Abgaben bei 19,0% (Großbritannien) beziehungsweise 25,7% (USA).

Für Deutschland ist die im Gegensatz zu den anderen Ländern geringe Bedeutung der Steuern auf Vermögen auffällig (2,3 % des Aufkommens). Bei den anderen Staaten liegt der Anteil am Aufkommen zwischen 8,5 % (Frankreich) und 12,7 % (USA).

Abbildung 6a: Höhe und Zusammensetzung der Abgabenquote in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA und Japan im Jahr 2010 Anteil am nominalen Inlandsprodukt in% 45 40 35 30 25 20 15 10 5 0 Deutschland Großbritannien USA Frankreich Japan ■1100 Steuern auf Einkommen der natürlichen Personen ■1200 Steuern auf Einkommen der Körperschaften 2000 Sozialabgaben ■3000 Lohnsummensteuer 4000 Steuern auf Vermögen ■ 5000 Steuern auf Güter und Dienstleistungen ■ 6000 Andere Steuern ■EU-Zölle

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD



5 Fazit

Die Steuer- und Abgabenbelastung blieb auch im Jahr 2010 in Deutschland auf einem Niveau, das mit dem vieler anderer Industriestaaten vergleichbar ist. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedeutung der Finanzierung sozialer Leistungen durch den Staat ist ein verhältnismäßig hoher Staatsanteil am BIP ein Charakteristikum hochentwickelter Industriestaaten. Die Finanzierungsquellen der OECD-Mitgliedstaaten unterscheiden sich dabei in ihrer Zusammensetzung.

Insbesondere in Deutschland und Frankreich haben die Sozialabgaben einen traditionell hohen Anteil an den Abgaben.

Der relativ stabile Zufluss an Steuern und Abgaben in Deutschland in den Jahren 2008 bis 2010 war zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, dass negative Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf das Beschäftigungsniveau ausblieben. Ferner hielt sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit – gemessen an der Stärke der gesamtwirtschaftlichen Abwärtsbewegung – in engen Grenzen. Dies trug zur Stabilisierung der Binnennachfrage bei.

FINANZPOLITIK IM EURORAUM

Finanzpolitik im Euroraum

Die Wirkung fiskalischer Multiplikatoren bei Konsolidierungen

- In der längeren Frist sind Multiplikatoren von Konsolidierungen häufig positiv. Dies stützt den eingeschlagenen Kurs der strukturellen Verbesserung der Haushaltslage im Euroraum.
- Vier Faktoren sind bei der Bewertung fiskalischer Multiplikatoren entscheidend: Die verwendete Berechnungsmethode, der betrachtete Zeithorizont, das haushaltspolitische Konsolidierungsinstrument und die Qualität einer Konsolidierung.

1	Einleitung	.54
	Definition eines Fiskalmultiplikators	
3	Aktuelle Studien	55

1 Einleitung

Der jüngste World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat die Diskussion um die Wirkung von Konsolidierungen auf die Dynamik der Schuldenquoten und somit auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen insbesondere der Peripherieländer im Euroraum neu entfacht.¹

Im Zentrum steht dabei die Frage nach der Wirkung sogenannter Fiskalmultiplikatoren, d. h. dem Effekt fiskalpolitischer Impulse auf den Wachstumspfad einer Volkswirtschaft. Wirken diskretionäre Konsolidierungsprogramme im Umfeld einer wirtschaftlichen Rezession in so einem Maße kontraktiv auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), dass die Schuldenquote eines Landes trotz Einsparungen stagniert oder gar weiter zunimmt? Kann eine Konsolidierung um 1€ zu Einbußen in der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung eines Landes von mehr als 1€ führen?

In der aktuellen Debatte um die Auswirkung von Konsolidierungen werden hohe Fiskalmultiplikatoren von bis zu -1,7 – dies ist

¹Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, Oktober 2012.

der vom IWF präsentierte Wert – häufig als Argument für fiskale Expansion beziehungsweise weniger ambitionierte Konsolidierungsziele verwendet.

Dieser Beitrag wertet aktuelle Studien aus, um mehr Klarheit in diese Diskussion um die Wachstumswirkung von Haushaltskonsolidierungen zu bringen. Es zeigt sich, dass insbesondere vier Faktoren entscheidend für den Umfang fiskalischer Multiplikatoren sind: Die verwendete Berechnungsmethode, der Zeithorizont (kurze oder längere Frist), das betrachtete haushaltspolitische Konsolidierungsinstrument und die Qualität einer Konsolidierung (glaubwürdig oder unglaubwürdig). Insgesamt sind kurzfristige negative Multiplikatoren höher als - 1, so wie vom IWF berechnet, als wenig plausibel einzustufen. Langfristig sind die Effekte aus Konsolidierungen häufig sogar positiv. Zudem steigern sie die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eines Staates mit hoher Verschuldung.

2 Definition eines Fiskalmultiplikators

Zur Einordnung verschiedener Studien ist zunächst eine klare, am heutigen Standard der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur orientierte Definition eines fiskalischen Multiplikators erforderlich: Ein

FINANZPOLITIK IM EURORAUM

fiskalischer Multiplikator beschreibt die Auswirkung eines über die automatische Stabilisierung hinausgehenden (und somit diskretionären) fiskalpolitischen Impulses auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität einer Ökonomie. Der Impuls kann dabei von der Veränderung verschiedener fiskalpolitischer Entscheidungsaggregate (Primärausgaben oder -einnahmen) ausgehen. Seine Auswirkung auf die wirtschaftliche Aktivität kann wiederum an verschiedenen Aktivitäts-Kennziffern gemessen werden (z. B. am BIP, dem Privatkonsum, privaten Investitionen oder den Importen). Dabei kann die Wirkung mit dem wirtschaftlichen Umfeld (z. B. Aufschwung oder Rezession) oder dem jeweils betrachteten fiskalpolitischen Instrument variieren.

Besonders wichtig ist schließlich, dass die zur Messung des Multiplikators verwendete Konzeption die folgenden vier Kriterien erfüllt, die in jahrzehntelanger Entwicklung zu den Standards moderner und angewandter Wirtschaftsforschung geworden sind:

- Dem ermittelten Multiplikator liegt eine dynamische Berechnungsmethode zugrunde, die mehr als nur einen statischen, zeitpunktbezogenen Zusammenhang erfasst, d. h. es kann zwischen kurzfristigen und längerfristigen Effekten unterschieden werden.
- Die Berechnungsmethode berücksichtigt die Endogenität – das sogenannte Feedback – zwischen den verwendeten makroökonomischen Variablen.
- Der ermittelte Multiplikator stellt den Gesamteffekt einer diskretionären fiskalpolitischen Maßnahme dar und nicht etwa nur einen temporär erreichten Maximal- oder Minimalwert.
- Der ermittelte Multiplikator basiert im optimalen Fall auf einer länderspezifischen Datengrundlage, da Durchschnitte von

Ländern sehr unterschiedlicher Struktur die Reaktion in der Aktivität eines bestimmten Landes nur verzerrt abbilden können (mit abnehmendem Gewicht eines betrachteten Landes in einem Pool wird dieser Aspekt somit wichtiger).

Insbesondere in den Bereichen der angewandten Analyse fiskalpolitischer Entscheidungen und in der aktiven Politikberatung sollte der Fokus auf Kennziffern für fiskalische Multiplikatoren gelegt werden, die diese Kriterien zumindest annähernd erfüllen. Alternativ bestünde die Gefahr, dass willkürlich und in hoher Frequenz Zahlen generiert werden, die jeweils situationsabhängig als Rechtfertigungsgrundlage für bestimmte fiskalpolitische Entscheidungen - häufig Fiskalexpansion oder abgemilderte Konsolidierungen - herangezogen werden könnten, diese jedoch keiner ökonomisch fundierten Herleitung entstammen. Genau das spiegelt sich auch in den hier ausgewerteten vier aktuellen Studien zur derzeitigen Debatte über die Wachstumsauswirkungen von Konsolidierungen wider.

3 Aktuelle Studien

Die empirische Untersuchung im Rahmen des World Economic Outlook des IWF kommt zu dem Ergebnis, dass der Multiplikator für den Euro-Krisenfall bedeutend höher sei als die ursprünglich angenommenen - 0,5 und sogar bis zu - 1,7 betrage. Demzufolge wäre der Verlust an wirtschaftlicher Dynamik signifikant größer als das Volumen der staatlichen Einsparungen. In einem solchen Fall könnten starke Haushaltskonsolidierungen eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Diese Ergebnisse sind jedoch sowohl in der Wissenschaft als auch in der angewandten Politikanalyse aus verschiedenen Gründen umstritten. Der Untersuchung mangelt es an einer ausreichenden dynamischen Betrachtung.

FINANZPOLITIK IM EURORAUM

Auch werden die makroökonomischen Endogenitäten in der Berechnungsmethode nicht hinreichend berücksichtigt. Zudem beinhaltet der Ansatz nur eine sehr geringe Anzahl an Beobachtungen, und die Resultate hängen stark von der Auswahl der Länder in der Stichprobe ab. Schließlich trägt eine Querschnittsanalyse der sehr unterschiedlichen Lage in den einzelnen Ländern nicht ausreichend Rechnung.

Auch eine andere Studie von Cinzia Alcidi und Daniel Gros aus dem Dezember 2012 argumentiert für das Krisenland Griechenland im derzeitigen wirtschaftlichen Umfeld – keynesianische "Liquiditätsfalle", ein nicht funktionierender Bankensektor und eine geringe Exportneigung – mit einem hohen Multiplikator von - 1,4.² Jedoch entspricht auch der hier angewandte Modellierungsansatz nicht dem heutigen Standard einer fundierten ökonomischen Analyse (siehe die vier Kriterien), was die Belastbarkeit dieser Aussage signifikant verringert.³

Die oben genannten Untersuchungen haben gemeinsam, dass lediglich die kurzfristigen statischen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität abgebildet werden. Bedeutend belastbarere Studien weisen hingegen die kurz- und langfristigen Effekte einer Haushaltskonsolidierung aus. Analysen, die dies berücksichtigen, finden häufig, dass die Multiplikatoren während einer Krise – beispielsweise gekennzeichnet durch Haushaltskürzungen auf breiter Front und nominale Zinssätze nahe der Nullgrenze – geringer als -1,0 sind.

So zeigt die Europäische Kommission in zwei Beiträgen aus den Jahren 2010 und 2012 auf Grundlage ihres referierten QUEST-Simulationsmodells, dass der Effekt eines gleichmäßig zusammengesetzten permanenten Konsolidierungsimpulses auf EU-Ebene kurzfristig einen Gesamteffekt von ungefähr - 0,4 ergibt. Langfristig werden sogar positive Effekte erzielt und Werte bis zu 0,2 erreicht. Das "Pooling" der Daten für die Länder der EU schließt allerdings nicht aus, dass in einzelnen Ländern der fiskalische Multiplikator höher oder geringer liegen kann.

Die Zusammensetzung der Konsolidierung kann ebenfalls eine gewichtige Rolle spielen. Die aktuellen modellgestützten Simulationsrechnungen im Dezember-Monatsbericht 2012 der Europäischen Zentralbank (EZB) greifen dies für den Euroraum auf und zeigen die Effekte verschiedener haushaltspolitischer Konsolidierungsinstrumente auf das reale BIP.⁵ Zusätzlich werden Faktoren identifiziert, die die Qualität der Konsolidierung insgesamt beschreiben und so für deren Auswirkung entscheidend sind. Insgesamt kann die EZB-Studie vor dem Hintergrund der hier genannten Kriterien als sehr weitreichend und belastbar eingestuft werden.

⁴Boussard, J., de Castro, F. und M. Salto, 2012, Fiscal Multipliers and Public Debt Dynamics in Consolidations, Economic Papers 460, European Commission. Roeger, W. und J. in't Veld J., 2010, Fiscal stimulus and exit strategies in the EU: a model-based analysis, Economic Papers 426, European Commission.

⁵ Europäische Zentralbank, Monatsbericht, Dezember 2012. Die Simulationen basieren auf einer erweiterten Version des neuen Euroraum-Modells (New Area-Wide Model) von G. Koenen, P. McAdam und R. Straub. Details zu diesem Ansatz sind in folgendem Beitrag zu finden: Tax reform and labour market performance in the euro area: a simulation-based analysis using the New Area-Wide Model, in: Journal of Economic Dynamics and Control, Nr. 32(8), S. 2543-2583, 2008.

²Aldici, C. und D. Gros, 2012, Why is the Greek economy collapsing? A simple tale of high multipliers and low exports, CEPS Commentary, Centre for European Policy Studies.

³ Für Spanien finden die Autoren Werte von -1,0. In Irland und Portugal beträgt der ermittelte Multiplikator -0,9 und in Italien -0,8.

FINANZPOLITIK IM EURORAUM

erhöhen, teilweise sogar mit Multiplikatoren größer als 1,0. Unterstellt wird dabei, dass bei langfristig infolge der Konsolidierung entstehenden Haushaltsspielräumen Einkommenssteuersätze gesenkt werden und dadurch das Angebot an Arbeit steigt. Lediglich ein Rückgang in den Investitionen hat langfristig einen negativen Effekt von ungefähr - 1,0. Implizieren Konsolidierungen langfristig zusätzlich geringere Risikoprämien auf Staatsanleihen, überwiegt der positive Effekt der Konsolidierung sogar den Effekt der Reduzierung der investiven Ausgaben, und der Multiplikator wird positiv.

Betrachtet man nur die kurzfristigen Wirkungen einer Haushaltskonsolidierung, zeigen sich deutliche Unterschiede bei den einzelnen finanzpolitischen Instrumenten (Staatskonsum, öffentliche Investitionen, Transferleistungen, Einkommensteuern und Verbrauchsteuern). Verringerungen der staatlichen Transferleistungen und Erhöhungen

der direkten und indirekten Steuern haben kleinere kurzfristige Multiplikatoren als Konsolidierungen über staatliche Ausgaben für Konsum oder Investitionen. Die Studie führt weiter an, dass in einem Umfeld unvollkommener Glaubwürdigkeit einer Konsolidierung (z.B. wenn Märkte den Willen der Regierung anzweifeln, die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen vollständig umzusetzen) die Multiplikatoren am höchsten sind. Doch selbst in diesem Fall sind Werte von mehr als - 1,0 eine Ausnahme (lediglich Kürzungen der Investitionen haben einen Effekt von ungefähr - 1,2). Steigt die Glaubwürdigkeit der Konsolidierung, sinken auch diese Effekte auf bis zu - 0,5. Damit kann die Qualität der Konsolidierung kurzfristige Wirkungen von Einsparungen deutlich beeinflussen.

Tabelle 1 fasst die Ergebnisse der hier betrachteten aktuellen Studien und ihre Belastbarkeit hinsichtlich der eingeführten Kriterien abschließend zusammen:

Tabelle 1: Fiskalischer BIP-Multiplikator bei Konsolidierungen

Studie	Konsolidierungsinstrument Multiplikator (statisch, dynamisch)	Belastbarkeit der Ergebnisse
IWF (2012)	Struktureller Finanzierungssaldo	Gering:
	Statisch: -1,7 bis -0,9	Statische Querschnittsanalyse
Alcidi und Gros (2012)	Gesamtausgaben	Gering:
	Statisch: -1,4 bis -0,8	Statische Längsschnittanalyse
EU-Kommission (2010, 2012)	Finanzierungssaldo	Hoch:
	Kurzfristig:-0,4	QUEST-Modell
	Langfristig: 0,2	
EZB (2012)	Staatskonsum	Hoch:
	Kurzfristig: -0,9 bis -0,4	New Area-Wide Modell
	Langfristig: 0,9 bis 3,0	
	Öffentliche Investitionen	
	Kurzfristig: -1,2 bis -0,5	
	Langfristig: -1,2 bis 1,0	
	Transferleistungen	
	Kurzfristig: 0,0 bis 0,2	
	Langfristig: 1,5 bis 4,0	
	Einkommensteuern	
	Kurzfristig: -0,5 bis -0,2	
	Langfristig: 0,5 bis 3,0	
	Verbrauchsteuern	
	Kurzfristig: -0,5 bis -0,2	
	Langfristig: 0,8 bis 3,0	

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Bruttoinlandsprodukt war im Schlussquartal 2012 rückläufig. Vor allem die außenwirtschaftliche Entwicklung wirkte dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität.
- Der Beschäftigungsaufbau und der Anstieg der Reallöhne im 4. Quartal begünstigten die private Konsumnachfrage im Schlussquartal.
- Der Verbraucherpreisindex überschritt im Januar das Vorjahresniveau um 1,7% und lag damit merklich unter der Zweiprozentmarke.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland blieb im Schlussquartal des vergangenen Jahres deutlich hinter dem Niveau des Vorquartals zurück. Diese Entwicklung hatte sich bereits durch die rückläufige industrielle Nachfrage und die Verschlechterung der Unternehmensstimmung in der zweiten Jahreshälfte angekündigt.

Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung gegenüber dem 3. Quartal 2012 um 0,6 %. Damit entspricht das Jahresergebnis des BIP mit preisbereinigt + 0,7 % den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes vom Januar dieses Jahres.

Zur gesamtwirtschaftlichen Abschwächung im Schlussquartal 2012 hat nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes insbesondere ein Rückgang der Exporte beigetragen, der spürbar stärker ausfiel als die Abnahme des Importvolumens. Damit ging vom Außenbeitrag im Vorquartalsvergleich ein negativer Wachstumsbeitrag aus. Auch der erneut deutliche Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen dämpfte die wirtschaftliche Entwicklung, während eine Ausweitung der Konsumausgaben stabilisierend wirkte. Detailergebnisse nach Verwendungsaggregaten und Wirtschaftsbereichen werden am 22. Februar 2013 veröffentlicht.

Vor dem Hintergrund eines eingetrübten Indikatorenbildes war die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion bereits von einem BIP-Rückgang im Schlussquartal 2012 in ähnlicher Größenordnung ausgegangen. Aufgrund des resultierenden statistischen Unterhangs ergibt sich rein rechnerisch eine Vorbelastung für die jährliche Wachstumsrate in diesem Jahr. Die Bundesregierung erwartet daher für 2013 einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,4%. Dabei dürfte die deutsche Wirtschaft im Verlauf dieses Jahres wieder spürbar an Schwung gewinnen. Diese Einschätzung wird durch die Trendwende einer Vielzahl von Stimmungsindikatoren sowie die Stabilisierungstendenz bei den Industrieindikatoren gestützt. Insgesamt steht das aktuelle Konjunkturbild damit im Einklang mit den Erwartungen, die der Jahresprojektion zugrunde liegen.

Die Exportdynamik hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2012 deutlich verringert. Im 4. Quartal 2012 waren die nominalen Warenausfuhren – trotz des leichten Anstiegs im Dezember – klar abwärtsgerichtet. Im vergangenen Jahr lag das nominale Ausfuhrergebnis jedoch insgesamt noch um 3,4% über dem Niveau des Jahres 2011. Damit war der Anstieg aber wesentlich geringer als im Jahr zuvor, in dem die nominalen Warenexporte um 11,5% zugenommen hatten. Die Ausweitung der Exporte wurde 2012 vor allem durch die

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Zunahme der Ausfuhren in Drittländer gestützt (+ 8,8 %). Die Ausfuhren in den Euroraum gingen dagegen infolge der wirtschaftlichen Abschwächung in einigen Handelspartnerländern deutlich zurück (-2,1%).

Auch die Importtätigkeit neigte im vergangenen Jahr zur Schwäche. Hierzu dürfte – aufgrund des hohen Importgehalts der Ausfuhren – die Abschwächung des Exportgeschäfts beigetragen haben. Die nominalen Warenimporte waren im Dezember 2012 gegenüber dem Vormonat zum zweiten Mal in Folge rückläufig. Im 4. Quartal war somit ein Minus von saisonbereinigt 0,8 % gegenüber dem Vorquartal zu verzeichnen. Insgesamt wurden die Einfuhren im vergangenen Jahr nur leicht ausgeweitet (+0,7% gegenüber 2011). Dabei war die Importzunahme aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+1,4%) etwas höher als aus anderen Regionen (Euroraum: +0,7%, Drittländer: +0,4%).

Aus der Differenz der nominalen Warenexporte und -importe ergibt sich für das 4. Quartal 2012 ein Handelsbilanzüberschuss (nach Ursprungswerten) von 44,6 Mrd. €, der damit das Vorjahresniveau um 5,0 Mrd. € überschreitet. Da der Anstieg der Importe im Jahr 2012 wesentlich geringer ausfiel als die Ausweitung der Exporte, war der Handelsbilanzüberschuss im vergangenen Jahr insgesamt um 29,4 Mrd. € höher als im Jahr davor.

Die insgesamt spürbar geringere Zunahme der Außenhandelstätigkeit im vergangenen Jahr ist vor allem auf die nachlassende globale weltwirtschaftliche Dynamik – insbesondere die wirtschaftliche Abschwächung im Euroraum – zurückzuführen. Eine Vielzahl von Indikatoren deutet jedoch darauf hin, dass die weltwirtschaftliche Aktivität im Verlaufe dieses Jahres wieder etwas an Schwung gewinnen dürfte. So hat sich die Lage an den Finanzmärkten entspannt. Die Vereinigten Staaten dürften ihren Erholungskurs fortsetzen, und für die Schwellenländer –

insbesondere China – werden wieder höhere Wachstumsraten als im Vorjahr prognostiziert. Zusammen mit der erwarteten allmählichen Erholung im Euroraum dürfte damit auch die Verunsicherung der Marktteilnehmer abnehmen. Der zweite Anstieg des OECD Composite Leading Indicators sowie die Erwärmung des ifo Weltwirtschaftsklimas sprechen ebenfalls dafür, dass sich die Wachstumsaussichten für die Welt insbesondere für die Industrieländer wieder erhöht haben.

Angesichts der Anzeichen eines sich verbessernden weltwirtschaftlichen Umfeldes gehen die deutschen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe von günstiger werdenden Absatzperspektiven aus. So sind beispielsweise die ifo Exporterwartungen bereits zum dritten Mal in Folge angestiegen. Auch die vom DIHK befragten Industrieunternehmen bewerten ihre Exportaussichten nunmehr besser als noch in der Herbstumfrage. Der langjährige Durchschnitt wird dabei jedoch - wie auch bei den ifo Exporterwartungen weiterhin unterschritten, was auf ein erst allmähliches Anziehen der Exporttätigkeit im Verlaufe dieses Jahres hindeutet. Die günstigeren Exportaussichten wurden im Schlussquartal 2012 bereits durch einen im Quartalsdurchschnitt zu verzeichnenden Anstieg der Auslandsbestellungen bestätigt, wenngleich sich das Bestellvolumen im Quartalsverlauf noch als sehr volatil erwies.

Die Nachfrageabschwächung in den vergangenen Sommermonaten spiegelt sich im Vorquartalsvergleich nun in einem deutlichen Rückgang der Industrieproduktion im 4. Quartal 2012 wider. Die Produktionseinbußen belasteten damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Schussquartal deutlich. Im Quartalsverlauf zeigt sich bei der Industrieproduktion jedoch eine Abflachung des Abwärtstrends. Durch die Ausweitung der industriellen Erzeugung im Dezember 2012 konnte der vorangegangene Rückgang allerdings nicht aufgeholt werden. Die industrielle

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012			Veränderung ir	n % gegenüb	er	
Gesamtwirtschaft/Einkommen ¹	Mrd. €		Vorpe	eriode saisor		Vorjahr		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,0	+0,7	+0,3	+0,2	-0,6	+0,5	+0,4	+0,1
jeweilige Preise	2 645	+2,0	+0,6	+0,6	-0,3	+1,7	+1,8	+1,6
Einkommen								
Volkseinkommen	2 023	+1,9	-0,5	-0,6		+2,7	+1,0	
Arbeitnehmerentgelte	1376	+3,6	+1,2	+0,4		+3,8	+3,5	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	647	-1,4	-4,0	-2,6		+0,4	-3,5	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 668	+2,3	-0,7	+0,3		+1,9	+1,3	
Bruttolöhne ugehälter	1 124	+3,7	+1,3	+0,2		+4,0	+3,7	
Sparen der privaten Haushalte	175	+1,6	+0,1	-1,3		+2,2	+1,3	
		2012			Veränderung ir	n % dedenüh	ner	
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf								
tragseingänge	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorpe	eriode saisor	_		Vorjahr	
	bzw. Index	in %	Nov 12	Dez 12	Dreimonats- durchschnitt	Nov12	Dez 12	Dreimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 097	+3,4	-2,2	+0,3	-2,0	-0,1	-6,9	+1,3
Waren-Importe	909	+0,7	-3,8	-1,3	-0,8	-1,1	-7,3	-0,7
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	111,2	-0,8	-0,2	+0,3	-3,0	-3,1	-1,1	-2,5
Industrie ³	112,9	-0,9	+0,0	+1,2	-3,1	-3,6	-1,1	-3,0
Bauhauptgewerbe	121,5	-1,3	+1,3	-8,9	-2,9	-1,5	-7,4	-2,4
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2005 = 100) ³	109,5	-1,0	-0,9	-0,9	-3,4	-3,6	-3,1	-3,2
Inland	104,3	-1,9	-0,3	-3,2	-4,4	-4,8	-6,3	-5,4
Ausland	115,5	+0,1	-1,7	+1,6	-2,3	-2,2	+0,5	-0,8
Auftragseingang (Index 2005 = 100)								
Industrie ³	109,5	-3,9	-1,8	+0,8	+1,0	-0,9	-1,8	-1,8
Inland	104,1	-5,6	+1,5	-1,2	-0,8	-4,4	-4,9	-5,4
Ausland	114,3	-2,5	-4,2	+2,4	+2,4	+2,1	+0,5	+1,2
Bauhauptgewerbe			-20,5		+1,9	-7,8		+5,8
Umsätze im Handel								
(Index 2005 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,1	-0,3	+0,6	-1,7	-1,1	-0,6	-4,7	-1,6
Handel mit Kfz			-0,4		-1,0	-4,9		-3,7

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2012		Veränderung in Tausend gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen		Vorpe	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					
	Mio.	ggü. Vorj. in %	rj. in % Vorperiode saisonbereinigt Vor Nov 12 Dez 12 Jan 13 Nov 12 Dez 1 -2,6 +3 -2 -16 +38 +60 +1,0 +21 +22 +0 +321 +289 +1,9 +19 +365 Veränderung in % gegenüber rj. in % Vorperiode Vor Nov 12 Dez 12 Jan 13 Nov 12 Dez 1 +2,1 +0,0 -0,5 . +1,1 +0,3 +2,1 -0,1 -0,3 . +1,4 +1,5 +2,0 -0,1 +0,9 -0,5 +1,9 +2,5 saisonbereinigte Salden	Dez 12	Jan 13				
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	+3	-2	-16	+38	+60	+54	
Erwerbstätige, Inland	41,59	+1,0	+21	+22	+0	+321	+289	+0	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,92	+1,9	+19			+365			
	2012		Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2005 = 100		aaü Vori in≪	Vorperiode			Vorjahr			
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Nov 12	Dez 12	Jan 13	Nov 12	Dez 12	Jan 13	
Importpreise	119,4	+2,1	+0,0	-0,5		+1,1	+0,3		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	-0,1	-0,3		+1,4	+1,5		
Verbraucherpreise ⁴	112,9	+2,0	-0,1	+0,9	-0,5	+1,9	+2,1	+1,7	
ifo Geschäftsklima	sais on bereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Jan 13	
Klima	+3,0	-0,8	-2,7	-4,3	-6,9	-4,1	-2,3	+1,2	
Geschäftslage	+16,0	+11,6	+10,6	+9,1	+3,4	+4,9	+3,1	+4,9	
Geschäftserwartungen	-9,2	-12,4	-15,1	-16,8	-16,7	-12,7	-7,5	-2,5	

¹ Jahresdurchschnitt: Stand Januar 2013; Quartale: Stand November 2012.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Erzeugung wurde im 4. Quartal bei allen drei Gütergruppen zurückgefahren. Besonders hoch fiel das Minus bei den Herstellern von Investitions- und Vorleistungsgütern aus (-4,4% beziehungsweise - 2,7%). Auch der Umsatz in der Industrie ging im Schlussquartal deutlich zurück. Sowohl Inlands- als auch Auslandsumsätze verzeichneten Einbußen, die ebenfalls bei Vorleistungs- und Investitionsgütern sehr kräftig ausfielen.

Die in die Zukunft weisenden Indikatoren signalisieren überwiegend eine Erholung der industriellen Aktivität in den kommenden Monaten. So begünstigt bereits der durch die jüngste Ausweitung der Industrieproduktion bedingte statistische Überhang rein rechnerisch das Produktionsergebnis für das 1. Vierteljahr 2013. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Auftragseingänge im Schlussquartal eine gute Voraussetzung für eine günstigere Entwicklung der

Industrieproduktion zu Beginn dieses Jahres bietet. Zwar gingen die Bestellungen aus dem Inland zurück. Der Abwärtstrend hat sich jedoch – aufgrund einer sich stabilisierenden Nachfrage nach Investitionsgütern abgeflacht. Die Inlandsaufträge für die Herstellung von Vorleistungsgütern gaben allerdings erneut deutlich nach. Dagegen zogen die Auslandsorder insgesamt – ebenfalls insbesondere im Investitionsgüterbereich deutlich an. Darüber hinaus sind die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe bereits zum vierten Mal in Folge angestiegen und zeigen damit eine Trendwende zum Besseren an. Die industrielle Aktivität dürfte sich jedoch nur allmählich erholen. Darauf deuten zumindest der Rückgang der Auftragseingänge sowie der Produktion von Vorleistungsgütern hin, die ebenfalls als vorlaufende Indikatoren betrachtet werden können. Auch die Ergebnisse der Umfrage des DIHK deuten

² Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

³Ohne Energie.

⁴ Januar 2013 zu Preisen 2010 = 100.

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

in diese Richtung. So haben sich zwar die Geschäftsaussichten wieder etwas aufgehellt, aber gut zwei Drittel der befragten Unternehmen erwarten zunächst eine gleichbleibende Geschäftsentwicklung.

Im Bauhauptgewerbe verringerte sich die Produktion im Dezember 2012 unerwartet kräftig (saisonbereinigt - 8,9 % gegenüber dem Vormonat). Im 4. Quartal war damit insgesamt ein deutlicher Rückgang der Bauproduktion gegenüber dem Vorquartal zu beobachten. Die ifo Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe stiegen dagegen zuletzt so kräftig an wie seit Januar 2011 nicht mehr. Damit überwiegt nun die Zahl der Unternehmen, die eine Ausweitung der baulichen Aktivitäten in den nächsten sechs Monaten erwarten. Auch der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe zeigt eine Aufwärtsbewegung. Dagegen ist der Wert der Baugenehmigungen im Oktober/ November gegenüber August/September aufgrund einer Verringerung des Wertes von Baugenehmigungen für Wohngebäude zurückgegangen. Für Nichtwohngebäude ist jedoch eine spürbare Zunahme zu beobachten.

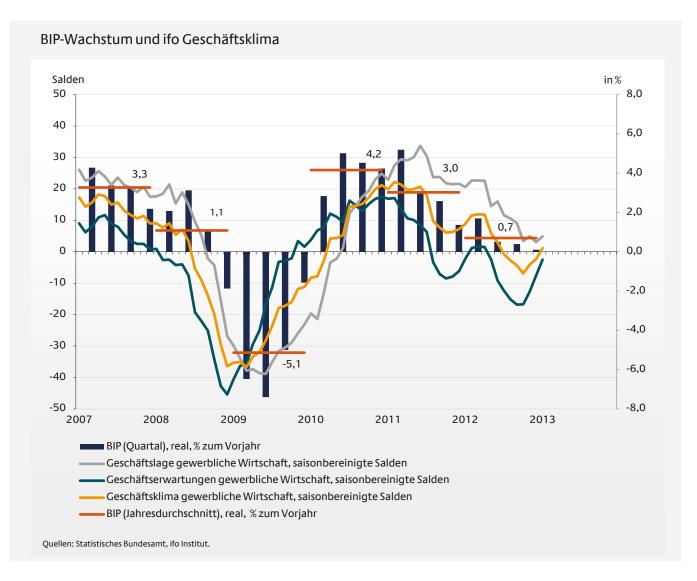
Die Bedingungen für eine Ausweitung der privaten Konsumnachfrage waren im Schlussquartal 2012 gegeben. So setzte sich der Beschäftigungsaufbau bis zum Jahresende fort. Darüber hinaus waren die Reallöhne im 4. Quartal 2012 um 1,2 % höher als im Jahr zuvor. Gleichzeitig deutete der im Wesentlichen stabile Indikator GfK-Konsumklima auf ein weiterhin hohes Verbrauchervertrauen hin. Die den privaten Konsum bestimmenden Faktoren signalisieren, dass auch im 1. Quartal 2013 von den privaten Konsumausgaben Wachstumsimpulse ausgehen dürften. Nach einem marginalen Rückgang des GfK-Konsumklimas im Januar wird für Februar ein geringfügiger Anstieg erwartet. Dabei zeigen auch die einzelnen Komponenten des Indikators deutliche Verbesserungen. Der Vertrauensrückgang hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung könnte zum Stillstand gekommen sein. Die Zunahme des Vertrauens in die Wirtschaftsentwicklung

in diesem Jahr dürfte zusammen mit dem hohen Beschäftigungsniveau und dem erwarteten leichten Beschäftigungsaufbau die Einkommenserwartungen beflügelt haben. In ihrer Jahresprojektion geht die Bundesregierung von einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um durchschnittlich 2,7% aus. Darüber hinaus können durch das gemäßigte Preisklima erneut auch in realer Betrachtung spürbare Einkommenszuwächse realisiert werden. Dies erhöht die Konsummöglichkeiten der Verbraucher. Die deutliche Zunahme der Anschaffungsneigung zeigt, dass die Konsumenten dieses Potenzial offenbar nutzen wollen. Dafür spricht auch die laut GfK-Umfrage sehr geringe Sparneigung.

Der Arbeitsmarkt befindet sich – trotz der konjunkturellen Abschwächung im Verlaufe des vergangenen Jahres – weiterhin in einer robusten Verfassung. Mit einer Erwerbstätigenzahl von 41,59 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt 2012 wurde das höchste Niveau seit der deutschen Einheit erreicht (+ 422 000 Personen gegenüber Vorjahr). Allerdings hat sich der Anstieg der Beschäftigung in saisonbereinigter Rechnung in der zweiten Jahreshälfte 2012 gegenüber den ersten sechs Monaten nahezu halbiert. Im Dezember nahm die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen um 22 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Nach Ursprungswerten erreichte die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) im Dezember ein Niveau von 41,81 Millionen Personen (+ 0,7 % gegenüber dem Vorjahr). Der Vorjahresabstand hat sich damit weiter verringert. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im November 2012 gegenüber dem Vormonat ebenfalls leicht an. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresniveau gab es (nach Ursprungswerten) einen Zuwachs von 1,3%. Nach Branchen betrachtet verzeichneten die Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) das größte Plus gegenüber dem Vorjahr (+5,3%), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (+1,1%). Einen starken Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es dagegen bei

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Arbeitnehmerüberlassungen (- 8,4%). Die Unternehmen sind bestrebt, ihr Fachpersonal zu halten. Daher stiegen laut Schätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Anzeigen für konjunkturelle Kurzarbeit im Januar auf ein leicht erhöhtes Niveau von 40 000 Personen, nachdem es in der ersten Jahreshälfte noch monatsdurchschnittlich 26 000 Personen waren.

Der Beschäftigungsaufbau im Vorjahresvergleich trug auch zu einem weiteren Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer bei. So überschritt das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld) im Januar 2013 das Vorjahresniveau um 7,2%.

Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) stieg zu Beginn dieses Jahres auf 3,14 Millionen Personen an. Das Vorjahresniveau wurde damit um 1,8 % überschritten. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,4% (+0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im Januar 2013 im Vergleich zum Vormonat jedoch um 16 000 Personen. Tendenziell stagnierten die Arbeitslosenzahlen im 4. Quartal des vergangenen Jahres nahezu. Zu dem jüngsten Rückgang könnte gemäß der BA beigetragen haben, dass es bis zum Zähltag (Monatsmitte) vergleichsweise wenig witterungsbedingte Einschränkungen gegeben hat.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Stellenindex der BA (BA-X) ist tendenziell rückläufig; dennoch befindet er sich nach wie vor auf einem hohen Niveau. Das ifo Beschäftigungsbarometer ist nach zwei Anstiegen in Folge zuletzt leicht gesunken. Beide Indikatoren deuten damit darauf hin, dass der Arbeitsmarkt – trotz einer temporären Konjunkturabschwächung – in diesem Jahr stabil bleibt. Dies erwartet auch die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion, in der sie von einem leichten Anstieg der erwerbstätigen Personen um 15 000 ausgeht bei gleichzeitig geringfügigem Anstieg der Arbeitslosenzahl (+ 60 000 Personen).

Auf den dem Verbrauch vorgelagerten Produktionsstufen hat sich im vergangenen Jahr der Preisniveauanstieg spürbar abgeschwächt. So nahm der Erzeugerpreisindex im Durchschnitt des Jahres 2012 um 2,1% gegenüber dem Vorjahr zu. Ohne Berücksichtigung der Energiekomponente überschritten die Erzeugerpreise das Vorjahresniveau um 1,3%. Im Dezember verteuerte sich die Erzeugung

gewerblicher Produkte um 1,5 %. Der Importpreisindex stieg im Jahresdurchschnitt 2012 um 2,1% gegenüber dem Vorjahr an. Die Preisentwicklung bei Energieträgern hat den Importpreisanstieg besonders geprägt. Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse gerechnet überschritten die Importpreise das Vorjahresniveau um 1,1%. Im Dezember war ein besonders niedriger Preisniveauanstieg für Importe zu verzeichnen (+ 0,3 % gegenüber dem Vorjahr).

Die Abflachung des Preisniveauanstiegs im vergangenen Jahr ist insbesondere auf die Verringerung der weltwirtschaftlichen Dynamik und eine damit einhergehenden Verbilligung von Energiepreisen zurückzuführen. Auch zum Jahresbeginn 2013 verlief die Preisniveauentwicklung in Deutschland in ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisindex überschritt nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Januar das Vorjahresniveau um 1,7% und lag damit merklich unter der Zweiprozentmarke.

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Januar 2013 im Vorjahresvergleich um 1,8 % gestiegen. Zu dem positiven Gesamtergebnis trugen insbesondere die Bundessteuern (12,1%) und die Ländersteuern (10,5%) bei, während die gemeinschaftlichen Steuern das Vorjahresniveau lediglich um 0,4% übertrafen. Der Bund musste mit einem Einnahmenrückgang von 6,4% allerdings erhebliche Einbußen hinnehmen, die auf den höheren Beitrag bei den EU-BNE-Eigenmittelabführungen sowie auf den Einbruch beim Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zurückzuführen waren. Die Länder unterschritten das Niveau des Vergleichsmonats lediglich um 0,3 %.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Januar um 8,9 % über dem Ergebnis vom Januar 2012. Das Aufkommen im Januar 2013 ist aufgrund der zeitlichen Verzögerung in der Kassenwirksamkeit erhebungsmäßig dem Jahr 2012 zuzuordnen. Der sich unter Berücksichtigung der Verminderung der Vorjahresbasis durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 ergebende Zuwachs von 7% entspricht dem Durchschnitt der Monate Februar bis Dezember 2012 und spiegelt damit die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2012 wider. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Kindergeldzahlungen lagen um 0,7% über dem Vorjahresniveau. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes stieg um 7,2%.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im Vorjahresmonatsvergleich um 40,6 %. Mit circa 0,7 Mrd. € ist der Anteil der Steuereinnahmen im Januar am Jahresaufkommen allerdings gering. Die Entwicklung der Einnahmen wird im Januar durch das normale Veranlagungsgeschäft geprägt. Einschätzungen über den Trend lassen sich erst anhand des aufkommensstarken Vorauszahlungsmonats März abgeben. Die aus den gegenwärtig laufenden Veranlagungen des Jahres 2011 resultierenden nachträglichen Vorauszahlungen für das Vorjahr 2012 nahmen um über 10 % zu. Nachzahlungen und Erstattungen blieben im Saldo unverändert. Auch das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto weist mit 13,6 % einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG unterschritten das Niveau des Vorjahreszeitraums mit 0,8 % nur geringfügig.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im Berichtsmonat Januar 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat mehr als verdoppelt. Auch hier bestimmten wie bei der veranlagten Einkommensteuer die Ergebnisse der Veranlagungen des Jahres 2011 das Aufkommen. Die nachträglichen Vorauszahlungen für das Vorjahr nahmen um über 10 % zu. Der Saldo aus Nachzahlungen und Erstattungen aus der laufenden Veranlagung verbesserte sich erheblich. Die Veranlagung weiter zurückliegender Jahre (Betriebsprüfungsfälle) ergab ebenfalls ein deutliches Plus.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag gingen gegenüber dem Vorjahresmonatsergebnis um 46,1% zurück. Dieses Ergebnis wird geprägt von einem Sonderfall im Januar 2012, in dem aufgrund einer Ausschüttung im Konzernverbund dem Fiskus rund 1,6 Mrd. € zuflossen und der somit die Basis stark überhöhte. Rechnet man den Sonderfall aus der Basis heraus, ergibt sich ein Zuwachs im Kassenaufkommen von circa 25 %. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern nahmen um 63,8 % ab. Das Bruttoaufkommen vor Abzug der Erstattungen ging um 47,6 % zurück.

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2012	Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr	
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern					
Lohnsteuer ²	13 297	+8,9	157 100	+5,4	
veranlagte Einkommensteuer	713	+40,6	39 800	+6,8	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 464	-46,1	14485	-27,8	
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	2 551	+4,8	8 274	+0,5	
Körperschaftsteuer	678	+108,2	20 570	+21,5	
Steuern vom Umsatz	15 506	-1,8	202 150	+3,9	
Gewerbesteuerumlage	- 97	Х	3 877	+1,2	
erhöhte Gewerbesteuerumlage	-16	X	3 300	-0,2	
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	34 096	+0,4	449 556	+3,7	
Bundessteuern					
Energiesteuer	452	+44,8	39 650	+0,9	
Tabaksteuer	482	+28,0	14450	+2,2	
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	206	+1,3	2 100	-1,0	
Versicherungsteuer	566	+5,0	11 150	+0,1	
Stromsteuer	540	-0,6	6 400	-8,2	
Kraftfahrzeugsteuer	998	+2,6	8 3 0 5	-1,6	
Luftverkehrsteuer	60	+10,9	970	+2,3	
Kernbrennstoffsteuer	0	X	1 400	-11,2	
Solidaritätszuschlag	1 045	+2,7	14050	+3,1	
übrige Bundessteuern	149	+1,1	1 522	+0,0	
Bundessteuern insgesamt	4 498	+12,1	99 997	+0,2	
Ländersteuern					
Erbschaftsteuer	335	-10,4	4247	-1,3	
Grunderwerbsteuer	770	+21,9	7 690	+4,1	
Rennwett- und Lotteriesteuer	165	+27,5	1 486	+3,8	
Biersteuer	52	-11,2	693	-0,5	
Sonstige Ländersteuern	15	-7,5	382	+0,7	
Ländersteuern insgesamt	1 337	+10,5	14 498	+2,1	
EU-Eigenmittel					
Zölle	274	-14,1	4 550	+2,0	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	222	+38,0	2 150	+6,0	
BNE-Eigenmittel	3 056	+109,1	23 950	+20,8	
EU-Eigenmittel insgesamt	3 552	+83,0	30 650	+16,5	
Bund ³	15 473	-6,4	260 463	+1,6	
Länder ³	18 461	-0,3	242 925	+2,8	
EU	3 552	+83,0	30 650	+16,5	
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 717	+8,1	34 563	+5,3	
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	40 204	+1,8	568 601	+3,0	

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2012.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2013

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge stieg im Vorjahresmonatsvergleich um 4,8 %. Der Januar ist mit einem Anteil von circa 30 % am Jahresergebnis der aufkommensstärkste Monat.

Die Steuern vom Umsatz unterschritten im Berichtsmonat Januar 2013 das Vorjahresniveau um 1,8 %. Von den beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz wies die Einfuhrumsatzsteuer mit einem Rückgang von 11,7 % deutliche Einbußen auf. Demgegenüber stieg das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer um 1,5 %. Das Aufkommen aus diesen Steuerarten ist im Jahresverlauf äußerst volatil, sodass über die weitere Entwicklung noch keine belastbaren Aussagen möglich sind.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Januar 2013 Mehreinnahmen von 12,1%. Bei der Energiesteuer sind in diesem Monat mit circa 0,5 Mrd. € nur geringfügige Einnahmen zu verzeichnen. Sie wuchsen gegenüber dem Vorjahresmonat um 44,8% an. Die Zunahme

der Tabaksteuereinnahmen um 28 % kann u. a. darauf zurückgeführt werden, dass sich die Auswirkungen des vorgezogenen Tabaksteuerzeichenerwerbs in Vorwegnahme der Tabaksteuersatzerhöhung zum 1. Januar 2013 zu einem erheblichen Teil erst im Aufkommen des Januars widerspiegeln. Auch die übrigen Bundessteuern nahmen teilweise zu: Solidaritätszuschlag 2,7 %, Versicherungsteuer 5,0 %, Kraftfahrzeugsteuer 2,6 % und Luftverkehrsteuer 10,9 %. Bei der Kernbrennstoffsteuer gab es im Januar 2013 kein Aufkommen. Die Stromsteuer verzeichnete einen Rückgang um 0,6 %.

Die reinen Ländersteuern überschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 10,5 %. Getragen wird dieses Ergebnis wie bereits in den vergangenen Monaten von der positiven Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer (+ 21,9 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 27,5 %). Demgegenüber reduzierte sich das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer um 10,4 %, aus der Biersteuer um 11,2 % und aus der Feuerschutzsteuer um 7,8 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts im Januar 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts im Januar 2013

Finanzierungssaldo

Grundsätzlich sind der unterjährige
Finanzierungssaldo und der jeweilige
Kapitalmarktsaldo keine Indikatoren,
aus denen sich die erforderliche
Nettokreditaufnahme am Jahresende
belastbar errechnen lassen. Zum Ende
des Haushaltsjahres sind allerdings
Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe
der Nettokreditaufnahme möglich. Darüber
hinaus unterliegt die jeweilige Höhe der
Kassenmittel im Laufe des Haushaltsjahres
starken Schwankungen und beeinflusst somit
den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig.
Im Januar beträgt der Finanzierungssaldo
−19,8 Mrd. €.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Januar 2013 auf 37,5 Mrd. €. Sie liegen um 5,1 Mrd. € (–12,1%) unter dem Ergebnis vom Januar 2012.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen lagen im Januar mit 17,7 Mrd. € um 0,5 Mrd. € (– 2,6 %) unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 15,4 Mrd. € und lagen um 1,2 Mrd. € (– 7,2 %) unter dem Ergebnis vom Januar 2012. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 2,3 Mrd. € um 0,7 Mrd. € über dem Januarergebnis von 2012.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013	Ist - Entwicklung ¹ Januar 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	302,0	37,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-12,1
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	17,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-2,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	15,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-7,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-17,4	-19,8
Finanzierung durch:	22,8	17,4	19,8
Kassenmittel (Mrd. €)		-	23,2
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	-0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	22,5	17,1	-3,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts im Januar 2013

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen¹

	So	Ist-Entwicklung		
	20	13	Januar 2013	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	
Allgemeine Dienste	72 949	24,2	5 82	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	63	
Verteidigung	32 807	10,9	2 98	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,4	1 39	
Finanzverwaltung	3 8 7 8	1,3	27	
Bildung, Wissenschaft, Forschung,	18 952	6,3	1 28	
Kulturelle Angelegenheiten	10 932	0,3	1 20	
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	37	
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,5	28	
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	48,1	17 84	
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 861	32,7	141	
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	-	-	-4	
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,6	2 78	
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,3	1 89	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4700	1,6	37	
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	59	
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	27	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	15	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,8	15	
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	0,6	18	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	Ş	
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	11	
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2		
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	i	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,5	98	
Straßen	7 196	2,4	50	
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	1	
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 649	12,8	11 1	
Zinsausgaben	31 596	10,5	30 4	
Ausgaben zusammen	302 000	100,0	37 5	

¹Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts im Januar 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist		Soll		Ist - Entwicklung		Unterjährige	
	20	12	20	13	Januar 2012	Januar 2013	Veränderung ggü. Vorjahr in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio.€	Anteil in %	in M	io.€		
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	267 599	88,6	40 728	35 694	-12,4	
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,4	2 999	3 132	+4,4	
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,9	2 109	2 213	+4,9	
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	890	919	+3,3	
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	8,2	1 851	1 233	-33,4	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 384	0,5	1 343	0,4	49	55	+12,2	
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10 396	3,4	1 078	481	-55,4	
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,3	724	697	-3,7	
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,5	12 750	10 838	-15,0	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	182 271	60,4	23 071	20 408	-11,5	
an Verwaltungen	17 090	5,6	19 419	6,4	977	873	-10,6	
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	53,9	22 436	19 578	-12,7	
darunter:								
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,6	3 088	2016	-34,7	
Renten, Unterstützungen u. a.	26307	8,6	26 456	8,8	2 635	2 729	+3,6	
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	34,3	15 883	14 439	-9,1	
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	57	83	+45,6	
Investive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,5	1 923	1 816	-5,6	
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,8	1 712	1 585	-7,4	
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14 692	4,9	1 574	1 488	-5,5	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	137	41	-70,1	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	3,4	8 862	2,9	0	56	X	
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	211	231	+9,5	
Baumaßnahmen	6 1 4 7	2,0	6 703	2,2	137	133	-2,9	
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	43	51	+18,6	
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	32	47	+46,9	
Globalansätze	-	-	- 402	-0,1	-	-		
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	302 000	100,0	42 651	37 510	-12,1	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts im Januar 2013

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

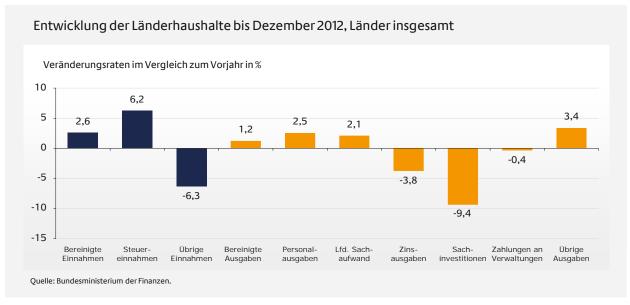
	Ist	t	Soll		Ist - Entv	vicklung	Untoriähriga	
	2012		201	3	Januar 2012	Januar 2013	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		in%	
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	16 590	15 401	-7,2	
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	14791	14781	-0,	
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104528	36,7	6 395	6 5 2 7	+2,1	
davon:								
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	3 587	4 0 3 1	+12,4	
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16852	5,9	216	304	+40,	
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10 028	3,5	7 742	2,7	1 358	731	-46,2	
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	1 071	1 122	+4,8	
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	163	339	+108,0	
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	8 411	8 258	-1,8	
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	- 15	-5	-66,	
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	312	452	+44,9	
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	376	482	+28,2	
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14050	4,9	1017	1 045	+2,8	
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	540	566	+4,8	
Stromsteuer	6 9 7 3	2,5	6 400	2,2	544	540	-0,	
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 3 0 5	2,9	973	998	+2,0	
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	- 154	0	2	
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	203	206	+1,	
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	98	95	-3,	
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	54	60	+11,	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	0	0	2	
BNE-Eigenmittel der EU	-19 826	-7,0	-23 950	-8,4	-1 462	-3 056	+109,0	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	- 161	-222	+37,	
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	- 590	- 599	+1,	
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	0	0	:	
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	1 573	2 289	+45,	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4560	1,6	5 5 1 1	1,9	21	21	+0,0	
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	27	15	-44,4	
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	261	920	+252,5	
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	18 162	17 690	-2,6	

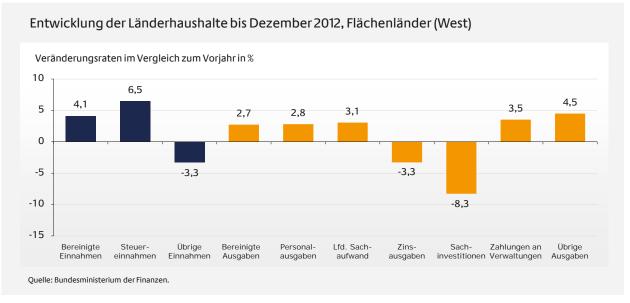
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012

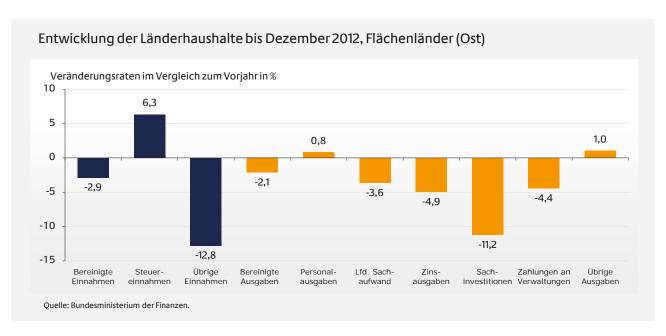
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder im Jahr 2012 (vorläufiges Ergebnis) vor.

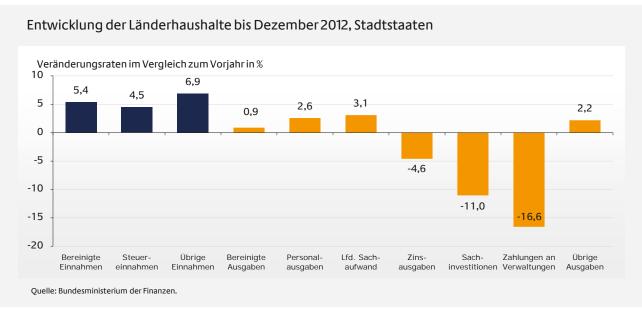
Die Länderhaushalte insgesamt haben sich nach den vorläufigen Abschlussdaten im Jahr 2012 deutlich günstiger entwickelt als im Vorjahr. Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums - 5,6 Mrd. € und unterschritt den Vorjahreswert (vorläufiges Ergebnis
Januar bis Dezember 2011) um 3,7 Mrd. €. Die
Haushaltsplanungen 2012 waren von einem
Defizit von 14,8 Mrd. € ausgegangen. Die
Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im
Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % auf
298,1 Mrd. € und unterschritten die Planungen
um rund 2 Mrd. €. Die Einnahmen erhöhten sich
um 2,6 % auf 292,5 Mrd. €, das sind 6,9 Mrd. €
mehr als geplant. Die Steuereinnahmen
nahmen um 6,2 % zu.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Januar 2013 durchschnittlich 2,99 % (3,05 % im Dezember 2012).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Januar 1,67 % (1,32 % Ende Dezember).

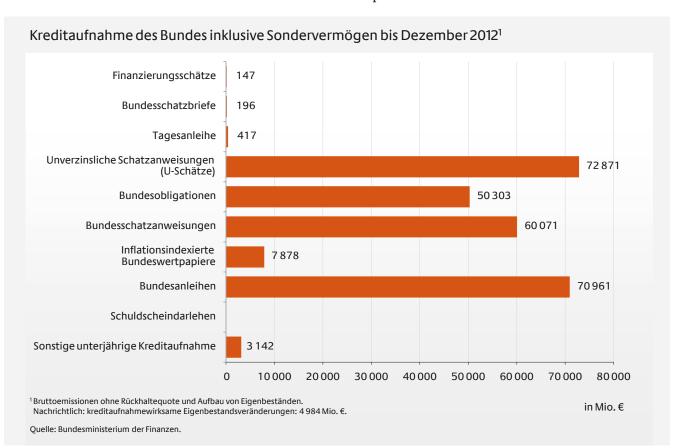
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Januar auf 0,23% (0,19% Ende Dezember 2012).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 7. Februar 2013 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,50 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7776 Punkte am 31. Januar 2013 (7 612 Punkte am 31. Dezember 2012). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 636 Punkten am 31. Dezember auf 2 703 Punkte am 31. Januar.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Dezember bei 3,3 % nach 3,8 % im November und 3,9 % im Oktober.
Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 belief sich in der Zeit von Oktober bis Dezember 2012 auf 3,7 % nach 3,4 % im Dreimonatszeitraum von September bis November 2012.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Dezember - 0,8 % nach - 1,6 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,54% im Dezember gegenüber 0,02% im November.

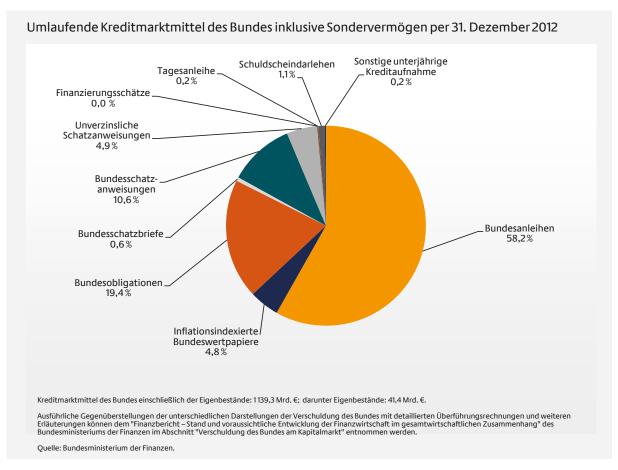
Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich Dezember 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 266,0 Mrd. €. Darunter entfielen auf Bundeswertpapiere im Rahmen des geplanten Emissionskalenders 254,9 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 9,0 Mrd. €, auf die Instrumente des Privatkundengeschäfts 0,8 Mrd. € und auf sonstige Instrumente 3,1 Mrd. €. Ferner wurden netto 5,0 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 276,6 Mrd. € (davon 246,1 Mrd. € Tilgungen und 30,5 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 10,6 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 249,3 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 9,2 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 7,4 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Reditart							in Mrd. €						
Anleihen	25,0	-	-	-	-	-	27,0	-	2,7	-	-	-	54,7
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-	-	-	-	-	16,0	-	-	32,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-	19,0	-	-	18,0	-	-	17,0	73,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0	6,0	7,0	7,0	7,0	6,0	4,0	4,0	81,6
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3	0,1	0,1	0,0	0,1	1,6
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,8
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	0,1	-	-	1,1	-	-	-	1,9
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,2	9,2	28,8	23,1	7,2	25,3	34,2	7,4	29,1	22,2	4,1	21,2	246,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen	11,1	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,3	12,1	-0,3	0,4	2,1	0,3	0,2	30,5
Entschädigungsfonds	11,1	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,5	12,1	-0,5	0,4	۷,۱	0,5	0,2	30,3

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Aufstockung	10. Oktober 2012	5 Jahre/fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN 113739	Aufstockung	17. Oktober 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Aufstockung	24. Oktober 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	31. Oktober 2012	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Aufstockung	7. November 2012	5 Jahre/fällig 13. Oktober 2017 Zinslaufbeginn 14. September 2012 erster Zinstermin 13. Oktober 2013	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137404 WKN113740	Neuemission	14. November 2012	2 Jahre/fällig 12. Dezember 2014 Zinslaufbeginn 16. November 2012 erster Zinstermin 12. Dezember 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Aufstockung	21. November 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Aufstockung	28. November 2012	5 Jahre/fällig 13. Oktober 2017 Zinslaufbeginn 14. September 2012 erster Zinstermin 13. Oktober 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137404 WKN113740	Aufstockung	5. Dezember 2012	2 Jahre/fällig 12. Dezember 2014 Zinslaufbeginn 16. November 2012 erster Zinstermin 12. Dezember 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
			4. Quartal 2012 insgesamt	35 Mrd. €	35 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119691 WKN 111969	Neuemission	8. Oktober 2012	6 Monate/fällig 10. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119709 WKN 111970	Neuemission	29. Oktober 2012	12 Monate/fällig 30. Oktober 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119717 WKN 111971	Neuemission	12. November 2012	6 Monate/fällig 15. Mai 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119725 WKN 111972	Neuemission	26. November 2012	12 Monate/fällig 27. November 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119733 WKN 111973	Neuemission	3. Dezember 2012	6 Monate/fällig 12. Juni 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
			4. Quartal 2012 insgesamt	17 Mrd. €	17 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin Laufzeit		Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	10. Oktober 2012	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	21. November 2012	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			4. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 2,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 11./12. Februar 2013

IWF-Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP)

Die Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, stellte die wesentlichen Empfehlungen der ersten Studie zum EU-Finanzsektor im Rahmen des IWF-Programms zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program - FSAP) vor. Der IWF spricht sich dafür aus, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsund Finanzstabilitätserwägungen bei der Bewilligung von Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor sowie ein angemessenes Maß an Harmonisierung der Bankenregulierung in der EU zu finden. Er fordert zudem eine weitere Stärkung und Überwachung der Bankbilanzen sowie eine effektive und zügige Umsetzung der Reformvorhaben im Bereich Bankenunion. Der Abschlussbericht der Studie ist für März 2013 vorgesehen.

Laufende Gesetzgebungsverfahren

Die Präsidentschaft unterrichtete den Rat der Finanzminister über den aktuellen Stand der laufenden Gesetzgebungsverfahren zum einheitlichem Bankaufsichtsmechanismus, zur Reform der Eigenkapitalanforderungen für Banken, zur Überarbeitung der Finanzmarktrichtlinie, zur Änderung der Marktmissbrauchsrichtlinie, zur Richtlinie über Hypothekarkredite sowie zum sogenannten Two Pack, dem Gesetzgebungspaket zur weiteren Stärkung der finanz- und wirtschaftspolitischen

Steuerung. Für alle Verfahren ist eine zügige Weiterbehandlung vorgesehen.

Entwurf der Empfehlungen zur Entlastung der Kommission für die Durchführung des EU-Haushalts 2011

Der ECOFIN-Rat nahm den Entwurf der Empfehlungen zur Entlastung der Kommission für die Durchführung des EU-Haushalts 2011 an. Die Ratsempfehlungen wurden dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments am 19. Februar 2013 vorgestellt. In diesem Zusammenhang wurde eine künftige Verbesserung bei der Mittelverwaltung diskutiert.

Leitlinien für die Aufstellung des EU-Haushalts 2014

Die Finanzminister verabschiedeten die Leitlinien für die Aufstellung des EU-Haushalts 2014. Dabei äußerten sie die Erwartung, dass die Europäische Kommission bei der Aufstellung des Haushalts 2014 dem Ziel einer wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung Rechnung trägt. Der Beschluss der Haushaltsleitlinien ist der Auftakt für die Aufstellung des Haushalts für das Folgejahr.

Jahreswachstumsbericht 2013

Der ECOFIN-Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zu dem von der Europäischen Kommission vorgelegten Jahreswachstumsbericht 2013. Die Minister stimmten mit der im Bericht vorgeschlagenen Fortführung des

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Kurses einer wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung und der Durchführung von Strukturreformen überein. Nächster Schritt im Rahmen des Europäischen Semesters ist die Verabschiedung von horizontalen Leitlinien zum wirtschafts- und haushaltspolitischen Kurs der EU durch den Europäischen Rat im März 2013.

Frühwarnbericht zum Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten

Verabschiedet wurden von den Ministern Schlussfolgerungen zum Frühwarnbericht der Kommission im Rahmen des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte. In dem Bericht identifizierte Mitgliedstaaten, die nach erster Einschätzung Fehlentwicklungen aufweisen könnten, sollen einer vertieften Analyse unterzogen werden. Nach Abschluss dieser Untersuchungen wird die Europäische Kommission Aussagen darüber treffen, in welchen Volkswirtschaften tatsächlich Ungleichgewichte zu verzeichnen sind und welche Mitgliedstaaten im präventiven oder korrektiven Arm des makroökonomischen Überwachungsverfahrens weiter beaufsichtigt werden sollen. Der ECOFIN-Rat wird sich nach Vorlage diesbezüglicher Empfehlungen der Europäischen Kommission weiter mit dem Thema befassen.

Bericht der Kommission zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen 2012

Der Rat der Finanzminister verabschiedete den vorgelegten Entwurf für Schlussfolgerungen zum Bericht der Kommission zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen 2012.

Ausblick auf die Sitzung des ECOFIN-Rates am 5. März 2013

Für den ECOFIN- Rat am 5. März 2013 ist eine Befassung u. a. mit folgenden Themen vorgesehen:

- Gesetzgebungsvorschläge zur Überarbeitung der Eigenkapitalregeln (CRD IV)
- Gesetzgebungsvorschläge zur Überarbeitung der Regeln für Märkte für Finanzinstrumente (MiFID)
- Gesetzgebungsvorschläge zur Errichtung eines gemeinsamen Bankenaufsichtsmechanismus
- Einrichtung eines Schnellreaktionsmechanismus zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug
- Gesetzgebungspaket zur weiteren Stärkung der finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerung (Two Pack)

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

4./5. März 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
14./15. März 2013	Europäischer Rat in Brüssel
18./19. April 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
19./20. April 2013	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
7. Mai 2013	Deutsch-französischer Finanz- und Wirtschaftsrat in Berlin
10./11. Mai 2013	G7-Finanzminister-Treffen in Buckinghamshire/London
13./14. Mai 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
30. Mai 2013	Europäischer Rat in Brüssel
20./21. Juni 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
27./28. Juni 2013	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

16. Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
20. März 2013	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
Mitte/Ende April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats
26. Juni 2013	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
März 2013	Februar 2013	22. März 2013
April 2013	März 2013	22. April 2013
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805/77 80 90¹ Telefax: 01805/77 80 94¹

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

 $^{^{1}}$ Jeweils 0,14 \in /Minute aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	85
1	Kreditmarktmittel	85
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2011 bis 2016	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	5 1
Ü	2008 bis 2013	92
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
•	Ist 2012	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	. 116
Übor	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	117
obei	sichten zur entwicklung der Landernaushalte	. 11/
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	. 117
Abb.	5 , ,	. 117
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Dezember 2012	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012	. 120
Kenr	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 124
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	124
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
7	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	. 100
,	Potenzialwachstum	131
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
	<u>.</u>	

12	Preise und Löhne	140
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	142
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	143
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	144
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	145
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	146
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	147
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	148
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenguote und Leistungsbilanzsaldo	152

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	30. November 2012	Zullallille	Abhanne	31. Dezember 2012
		in M	lio. €	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	55 000	0	0	55 000
Anleihen ¹	663 000	0	0	663 000
Bundesobligationen	221 000	0	0	221 000
Bundesschatzbriefe ²	6 935	9	126	6818
Bundesschatzanweisungen	134 000	4 000	17 000	121 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	57 223	3 000	4 000	56 223
Finanzierungsschätze ³	242	8	20	229
Tagesanleihe	1 781	15	72	1 725
Schuldscheindarlehen	12 046	0	23	12 022
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	393	1 923	0	2317
Kreditmarktmittel insgesamt	1 151 620			1 139 334

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. November 2012			31. Dezember 2012
		in M	lio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	220 844			219 752
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	367 559			356 500
langfristig (mehr als 4 Jahre)	563 217			563 082
Kreditmarktmittel insgesamt	1 151 620			1 139 334

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $^{^2}$ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^{\}rm 3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. Dezember 2012	Belegung am 31. Dezember 2011					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	135,0	127,4	119,0					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	42,1	39,1					
FZ-Vorhaben	9,0	4,1	3,2					
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,7	109,0					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4					
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1	20,5					

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governr	ment Operations					
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme			
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing			
			in Mio. €/€ m							
2013	Dezember	-	-	-	-	-	-			
	November	-	-	-	-	-	-			
	Oktober	-	-	-	-	-	-			
	September	-	-	-	-	-	-			
	August	-	-	-	-	-	-			
	Juli	-	-	-	-	-	-			
	Juni	-	-	-	-	-	-			
	Mai	-	-	-	-	-	-			
	April	-	-	-	-	-	-			
	März	-	-	-	-	-	-			
	Februar	-	-	-	-	-	-			
	Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222			
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480			
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749			
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178			
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697			
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379			
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24804	122	-5 408			
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515			
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195			
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298			
	März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406			
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254			
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250			
2011	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343			
2011	November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280			
	Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712			
		227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244			
	September	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851			
	August	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202			
	Juli	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335			
	Juni			-22 288 -27 051	9300	94	-36 257			
	Mai	129 439	102 355							
	April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544			
	März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554			
	Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841			
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861			

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	nent Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2010 Dezembe	r 303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
Novembe	r 278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
Septemb	er 230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74930	-32 137	-2388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118
2009 Dezembe	r 292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
Novembe	r 270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Oktober	243 983	204784	-39 150	-14 675	188	-24 287
Septemb	er 218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli	176517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
Juni	141 466	126776	-14 658	11 937	112	-26 483
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-
	Mai	-	-	-	-	-
	April	-	-	-	-	-
	März	-	-		-	-
	Februar	-	-	-	-	-
	Januar					-
2012	. Dezember	219 752	356 500	563 082	1139334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1129734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1129 356	_
		226 581	362 000	524 423	1113 004	_
	April	214 444	351 945	545 695	1112 084	454
	März	217 655	364 983	535 836	1118 475	
	Februar	219 621	344 056	542 868	1106 545	_
2011	Januar	222 506	341 194	553 871	1117 570	378
2011	Dezember	228 850	353 022	549 155	1131 028	576
	November	232 949	346 948	536 229	1116125	_
	Oktober	232 949	341 817	545 495	1110 123	376
	September	239 900				376
	August		357 519	534 543	1129 286	-
	Juli	239 195	350 434	528 649	1118 277	361
	Juni	238 249	351 835	538 272	1128 355	361
	Mai	232 210	364 702	534 474	1131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1117 409	-
	März	240 084	349 779	525 593	1115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514 604	1112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1100 606	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government D	ebt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen ¹
		Outsta	nding debt		
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2010 Dezember	234 986	335 073	534991	1105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1079 243	-
Juni	227 289	332 426	517873	1077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1085 609	-
April	238 248	334 207	499 124	1071 579	-
März	240 583	326 118	502 193	1068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1069 135	-
Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268	-
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1053 686	341
November	251 872	329 401	487 457	1068 730	-
Oktober	254 058	323 454	476 480	1053 992	-
September	257 522	315 355	483 546	1056 424	328
August	251 615	320 988	471 494	1044 097	-
Juli	248 055	320 433	465 971	1034 460	-
Juni	250 611	318 393	482 266	1051 270	325
Mai	239 984	330 289	469 327	1039 601	-
April	229 180	322 200	456 371	1007 751	-
März	214171	306 352	482 537	1003 060	319
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-

 $^{^{1}} Ge w\"{a}hrle ist ungsdaten werden quartalsweise gemeldet.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2011 bis 2016 Gesamtübersicht

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			Mrc	d . €		
1. Ausgaben	296,2	306,8	302,0	302,9	303,3	309,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,4	+3,6	-1,6	+0,3	+0,1	+2,2
2. Einnahmen ¹	278,5	284,0	284,6	289,5	298,3	309,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+7,4	+2,0	+0,2	+1,7	+3,0	+3,8
darunter:						
Steuereinnahmen	248,1	256,1	260,6	269,1	277,3	288,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+9,7	+3,2	+1,8	+3,3	+3,1	+4,0
3. Finanzierungssaldo	-17,7	-22,8	-17,4	-13,4	-5,0	-0,3
in % der Ausgaben	6,0	7,4	5,8	4,4	1,7	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	274,2	249,3	249,8	243,4	242,0	255,6
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	3,1	5,7	-0,3	-1,1	-1,3	2,2
6. Tilgungen (+)	260,0	232,6	232,4	231,4	238,6	253,3
7. Nettokreditaufnahme	17,3	22,5	17,1	13,1	4,7	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	25,4	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	-2,7	+43,0	- 4,1	- 14,6	- 15,3	- 1,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,2	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2013.

¹ Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Finanzierung}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Eigenbestandsver}$ änderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mic). €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 046	28 478
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	20619	20 825
Ziviler Bereich	8 8 7 0	9 269	9 443	9 274	9 289	10 501
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	11331	10 324
Versorgung	6714	6 962	7 079	7 154	7 427	7 653
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 538	2 651
Militärischer Bereich	4 298	4 500	4 620	4 682	4889	5 003
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 703	24 642
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 384	1 3 4 3
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10137	10 287	10396
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10264	12 033	12 903
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	30 446	31 554
an Ausland	3	3	8	-0	-	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	187 734	182 271
an Verwaltungen	12 930	14396	14114	15 930	17 090	19 419
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 529	13 498
Gemeinden	21	18	17	12	8	9
Sondervermögen	4568	5 624	5518	5 2 7 6	5 552	5 912
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	170 644	162 852
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	24 225	25 872
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26307	26 456
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120831	115 398	113 424	103 453
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 668	1 697
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5017	5 3 7 2
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	269 971	266 987

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 760	8 248
Baumaßnahmen	5 777	6830	6242	5814	6 1 4 7	6 703
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	983	964
Grunderwerb	504	643	503	492	629	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	16 005	15 304
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	15 190	14944	14 589	15 524	14 692
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 789	4800
Länder	5 654	5 804	5 142	5 178	5 152	4737
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	56	62
Sondervermögen	-	-	-	-	581	1
an andere Bereiche	8 305	9 338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 892
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 6
Ausland	2 469	2876	3 136	3 287	3 501	3 497
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	480	612
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	480	612
Unternehmen - Inland	2 2 6 7	-	-	260	4	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	129	146
Ausland	225	282	269	311	348	424
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	13 040	11 864
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	2736	3 002
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 3 9 5	2 490	2 662	2 8 2 5	2 735	3 001
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1115	1 070	1 380
Ausland	1 473	1618	1 587	1710	1 666	1 621
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 8 6 2
Inland	26	13	13	0	0	175
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	36 804	35 415
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	36324	34804
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 402
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	306 775	302 000

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	66 542	50 596	25 197	18 867	-	6 532
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 921	5 640	3 535	1 298	-	808
2	Auswärtige Angelegenheiten	19 251	4536	505	173	-	3 858
3	Verteidigung	33 247	32 986	16219	15 764	-	1 003
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 791	3 434	2 179	984	-	272
5	Rechtsschutz	405	392	268	100	-	24
6	Finanzverwaltung	3 925	3 605	2 491	547	-	567
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 668	14 442	559	884	-	12 999
13	Hochschulen	3 978	2 989	11	10	-	2 968
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 435	2 435	-	-	-	2 435
15	Sonstiges Bildungswesen	663	587	10	62	-	515
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 844	7 897	537	808	-	6 552
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	748	534	1	4	-	529
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	153 929	152 494	235	597	-	151 662
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	108 688	108 688	56	-	-	108 632
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	8 129	8 129	-	2	-	8 127
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 394	2 044	-	29	-	2014
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	32 268	32 158	47	313	-	31 798
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	317	317	-	-	-	317
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	2 133	1 159	133	252	-	774
3	Gesundheit und Sport	1 398	906	301	313	-	292
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	464	393	167	179	-	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	464	393	167	179	-	47
32	Sport	130	116	-	4	-	112
33	Umwelt- und Naturschutz	397	245	86	71	-	89
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	407	152	48	60	-	44
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 089	873	-	40	-	833
41	Wohnungswesen	1 391	835	-	1	-	833
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	693	38	-	38	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	909	464	30	167	-	268
52	Verbesserung der Agrarstruktur	560	150	-	1	-	149
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	118	118	-	70	-	48
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	118	118	-	70	-	48
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	231	196	30	96	-	71

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	940	2 835	12 171	15 946	15 924
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	17	-	281	281
2	Auswärtige Angelegenheiten	93	2 653	11 969	14715	14714
3	Verteidigung	212	49	-	261	239
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	241	116	-	357	357
5	Rechtsschutz	13	-	-	13	13
6	Finanzverwaltung	119	0	202	320	320
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	151	3 075	-	3 226	3 226
13	Hochschulen	1	988	-	989	989
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	76	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	149	1 798	-	1 947	1 947
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	213	-	214	214
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	1 426	1	1 435	981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	349	1	351	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	105	-	110	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	972	-	974	974
3	Gesundheit und Sport	313	179	-	492	492
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	59	12	-	71	71
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	59	12	-	71	71
32	Sport	-	14	-	14	14
33	Umwelt- und Naturschutz	9	143	-	151	151
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	246	10	-	255	255
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 215	1	1 216	1 216
41	Wohnungswesen	-	555	1	556	556
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	655	-	655	655
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	440	0	445	445
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	0	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	30	-	35	35

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 179	2 327	63	509	-	1 755
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	794	638	-	385	-	253
621	Kernenergie	315	224	-	-	-	224
622	Erneuerbare Energieformen	70	32	-	3	-	29
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	409	383	-	383	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1384	1 369	-	0	-	1 369
64	Handel	58	58	-	7	-	52
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	817	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 126	252	63	109	-	80
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 110	4 147	1 067	2 009	-	1 071
72	Straßen	7 443	1 093	-	946	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 745	971	524	376	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	315	4	-	-	-	4
	Luftfahrt	180	178	47	19	-	113
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 4 2 6	1 901	496	668	-	736
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 385	12 194	-	1	-	12 193
81	Wirtschaftsunternehmen	11 201	7 020	-	1	-	7018
832	Eisenbahnen	4 165	72	-	0	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 0 3 6	6 948	-	1	-	6 9 4 7
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 184	5 174	-	-	-	5 174
873	Sondervermögen	5 174	5 174	-	-	-	5 174
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	31 565	31 526	593	316	30 487	130
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	168	129	-	-	-	129
92	Schulden	30 491	30 491	-	4	30 487	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	906	906	593	312	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	306 775	269 971	28 046	23 703	30 487	187 734

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 1st 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	118	867	867	1 852	1 852
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	92	64	-	156	156
621	Kernenergie	92	-	-	92	92
622	Erneuerbare Energieformen	-	38	-	38	38
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	26	-	26	26
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	15	-	15	15
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	26	782	-	807	807
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	6	867	874	874
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 215	1 748	-	7 963	7 963
72	Straßen	4934	1 416	-	6 3 5 0	6 350
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	774	-	-	774	774
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	311	-	311	311
75	Luftfahrt	2	-	-	2	2
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	505	20	-	525	525
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	4 181	-	4 191	4 187
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4181	-	4181	4 177
832	Eisenbahnen	-	4 093	-	4 093	4093
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	88	-	88	84
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	+	-	10	10
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	10	10
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	0	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	0	0	0
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 760	16 005	13 040	36 804	36 324

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	!
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7:
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	-3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1.
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes	76	0,1	111,2	00,2	07,0		10,3	04,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 48
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	90:

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
J				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	- 1,
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 17,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 17,3	-22,5	- 17,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12,
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41,
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,
Veränderung gegenüber Vorjahr	wird.e	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 4,
	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/6	0,7	9,7	0,0	9,3	0,0	0,0	11,0	11,
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 17,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	5,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des									
Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	49,
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	-111,2	-37,1	- 54,5	- 67,9	-84,9	- 86
öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0	·	

 $^{^1 \,} Nach \, Abzug \, der \, Ergänzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

 $^{^2 \,} Ab \, 1991 \, Gesamt deutschland.$

³ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	7841/2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	760
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-24 1/2
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Länder ³							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	300 1/2
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	294
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-6
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	190
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	3
			Veränderun	igen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	1 1/2
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Länder							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	-
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7	1
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7	3 1/2

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,2	-1,0	-1
darunter:							
Bund	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7	-0,9
Länder	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4	-0
Gemeinden	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0	-3,3	-3
darunter:							
Bund	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0	-7 1/2
Länder	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5	-2
Gemeinden	1,8	5,1	5,0	-4,2	-3,8	-0,9	1 1/2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,6	26,7	27,5	30,2	28,7	29,8	29 1/2
darunter:							
Bund	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4	11,6
Länder	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4	11 1/2
Gemeinden	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1	7

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Januar 2013.

 $^{^{\}mathrm{2}}$ Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

 $^{^4\,\}mathrm{Kernhaushalte}; bis\,2010\,\mathrm{Rechnungsergebnisse}; 2011:\,\mathrm{Kassenergebnisse}; 2012:\,\mathrm{Sch\"{a}tzung}.$

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen					
	!	davon						
	insgesamt	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		in	%			
		Bundesrepublik	Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9			
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0			
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1			
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5			
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2			
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6			
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5			
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4			
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3			
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6			
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8			
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7			
2012 ²	602,4	304,5	297,9	50,5	49,5			
2013 ²	618,0	314,0	303,9	50,8	49,2			
2014 ²	642,3	332,0	310,3	51,7	48,3			
2015 ²	664,2	348,0	316,3	52,4	47,6			
2016 ²	685,9	363,4	322,6	53,0	47,0			
2017 ²	706,6	378,9	327,8	53,6	46,4			

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Oktober 2012.

² Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzst	atistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,2
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,6	22,7	16,9	38,0	22,1	15,9
2012	40,3	23,4	17,0	39	23	16

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates						
Jahr	:	darunte	er				
Janr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³				
	in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11				
1965	37,1	25,4	11				
1970	38,5	26,1	12				
1975	48,8	31,2	17				
1980	46,9	29,6	17				
1985	45,2	27,8	17				
1990	43,6	27,3	16				
1991	46,2	28,2	18				
1992	47,1	27,9	19				
1993	48,1	28,2	19				
1994	48,0	28,0	20				
1995 ⁴	48,2	27,7	20				
1995	54,9	34,3	20				
1996	49,1	27,6	21				
1997	48,2	27,0	21				
1998	48,0	26,9	21				
1999	48,2	27,0	21				
2000 ⁵	47,6	26,4	21				
2000	45,1	23,9	21				
2001	47,6	26,3	21				
2002	47,9	26,2	21				
2003	48,5	26,4	22				
2004	47,1	25,8	21				
2005	46,9	26,0	20				
2006	45,3	25,4	19				
2007	43,5	24,5	19				
2008	44,1	25,0	19				
2009	48,2	27,1	21				
2010	47,7	27,4	20				
2011	45,3	25,7	19				
2012	45,0	25,5	19				

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁹ bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

^{2012:} Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $^{^4\,\}mathrm{Ohne}\,\mathrm{Schulden}\ddot{\mathrm{u}}\mathrm{bernahmen}\,\mathrm{(Treuhandanstalt;Wohnungswirtschaft\,der\,DDR)}.$

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	277
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-		16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	3654
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	-	_	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009					
			Anteil	ın den Schulden	(in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2					
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5					
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7					
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1					
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7					
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0					
nachrichtlich:												
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8					
		Anteil der Schulden am BIP (in %)										
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4					
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4					
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7					
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6					
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2					
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8					
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0					
nachrichtlich:												
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0					
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,5					
			Schu	lden insgesamt	(€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698					
nachrichtlich:												
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5					
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862					

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite. \\$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld insgesamt	en		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49,
Kassenkredite		16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0,
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40,
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0,
Extrahaushalte		251 813	236 181		12,5	11,7		10,1	9
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite		2 802			0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0.
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes			177		0,0	0,0			0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 110	615 399		29,8	30,6		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651		29,6	30,4		23,8	23
Kassenkredite		4930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4835	3 2 2 0		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	n % der Schuld insgesamt			in % des BIP	
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1,
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3,
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1,
Zweckverbände ³		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6 873		0,3	0,3		0,3	0,
Wertpapierschulden und Kredite	6 3 2 2	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	0
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0,
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	0					0,0	0,
Extrahaushalte ⁴		32	88		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3} Zweck verbände \ des \ Staatssektors \ unabhängig \ von \ der \ Art \ des \ Rechnungswesens.$

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{hau}\mathrm{shalte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetzlichen}\,\mathrm{Sozial}\mathrm{versicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzur	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	crechungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik		
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³	
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-	
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3	
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0	
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5	
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3	
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		-	
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7	
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7	
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2	
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0	
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4	
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8	
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0	
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4	
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8	
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3	
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0	
2012	2,2	-15,6	17,8	0,1	-0,6	0,7	-24 1/2	-1	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2013.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014		
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	-0,2	-0,2	0,0		
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,8	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5		
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,1	-1,1	-0,5	0,3		
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6		
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4		
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5		
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,9	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0		
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,4	-4,5	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1		
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0		
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,8	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8		
Malta	-	-	-	-3,8	-5,8	-2,9	-3,9	-3,6	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6		
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2		
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9		
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5		
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1		
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,0	-5,7	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1		
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0		
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,3	-6,2	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5		
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1		
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7		
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4		
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3		
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0		
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0		
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,4	0,0	-0,3	0,4		
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2		
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,4	4,3	-2,5	-2,9	-3,5		
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9		
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9		
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,4	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7		
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2		

 $^{^{\}rm 1}$ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

 $Stand: November\,2012.$

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP	s BIP						
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014		
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,5	80,5	81,7	80,8	78,4		
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,9	100,5	101,0		
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,1	10,5	11,9	11,2		
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,6	176,7	188,4	188,9		
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	86,1	92,7	97,1		
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,3	86,0	90,0	92,7	93,8		
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,9	92,2	106,4	117,6	122,5	119,2		
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,2	120,7	126,5	127,6	126,5		
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	89,7	96,7	102,7		
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	21,3	23,6	26,9		
Malta	-	-	-	35,3	54,9	69,7	67,6	68,3	70,9	72,3	73,0	72,7		
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	68,8	69,3	70,3		
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,4	74,6	75,9	75,1		
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,2	93,5	108,1	119,1	123,5	123,5		
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	51,7	54,3	55,9		
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,0	59,0	62,3		
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,1	54,7	55,0		
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,4	69,5	70,8	80,6	86,3	88,8	93,6	95,2	94,9		
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	19,5	18,1	18,3		
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,6	42,9	46,6	45,4	44,7	45,3		
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,7	44,5	42,2	41,9	44,3	44,9		
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	41,6	40,8	40,5		
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,4	55,5	55,8	56,1		
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	33,4	34,6	34,8	34,8		
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,5	38,4	37,4	36,2	34,1		
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,1	46,9	48,1		
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	78,4	77,1	76,8		
Vereinigtes Königreich	52,3	51,4	33,0	51,0	41,1	42,2	67,8	79,4	85,0	88,7	93,1	95,1		
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,0	86,8	88,5	88,6		
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,5	210,2	215,3	233,2	240,6	249,5	250,8		
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	68,2	90,1	99,2	103,5	109,6	112,3	113,3		

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lored					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

land				Steuern und	Sozialabgabe	n in % des BIP			
Land -	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	ısgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,2	45,5	45,3
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,1	54,1	54,2	54,3
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	41,2	39,5	37,8
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,5	55,3	54,9	55,1
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	56,0	56,3	56,7	56,7
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,7	50,7	49,6	48,1
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,7	66,1	48,2	42,6	41,5	39,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	51,0	50,5	50,0
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,8	42,0	44,3	44,2	44,7
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	43,8	43,3	42,5	42,3	42,6	43,2	42,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	49,9	49,9	49,8
Österreich	53,6	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,6	51,6	51,3	50,4
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,2	49,4	46,7	47,5	45,3
Slowakei	-	_	48,6	52,1	38,0	34,9	41,5	40,0	38,2	37,6	36,7	36,1
Slowenien	-	_	52,3	46,5	45,3	44,3	49,1	50,3	50,7	48,8	49,7	49,2
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	44,3	42,7	42,3
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,1	46,9	47,1	47,4
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	36,4	37,0	37,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	57,8	57,6	57,9	59,6	57,0	56,0
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	44,5	43,7	38,4	36,8	35,6	34,8
Litauen	-	-	34,4	38,9	33,2	37,2	43,7	40,8	37,4	36,8	36,2	35,4
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,6	42,8	42,2	41,8
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	37,9	36,1	36,0	35,7
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,4	51,4	50,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	43,6	43,3	42,9
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,9	49,0	49,6
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,6	36,8	43,8	47,7	51,4	50,4	48,5	48,4	47,2	45,7
Euroraum	-	_	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,5	49,4	49,1
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,1	48,8	48,2
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,4	39,9	39,6
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,8	41,4	42,8	43,7	43,9

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹			EU-Haus	shalt 2012 ²	
	Verpflichtu	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	- 215,8
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9

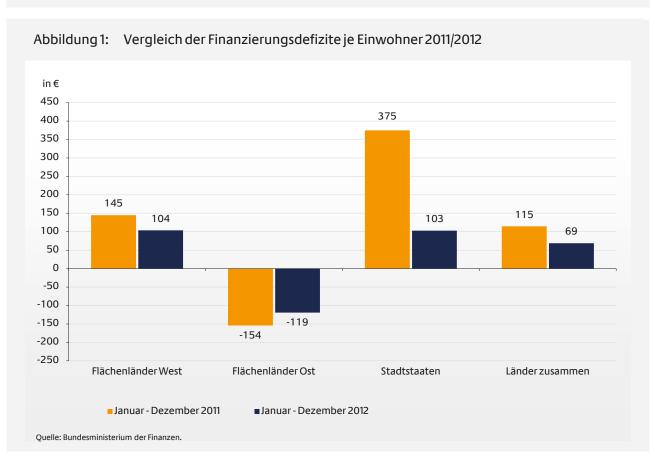
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	ider (Ost)	Stadtsta	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	204 375	209 297	51 033	52 480	36 375	37 730	285 250	292 46
darunter:								
Steuereinnahmen	160 253	162 406	28 344	29 757	22 854	22 785	211 451	21494
Übrige Einnahmen	44 122	46 891	22 690	22 723	13 521	14 946	73 799	77 51
Bereinigte Ausgaben	216 611	215 847	51 463	50 957	38 511	38 345	300 053	298 103
darunter:								
Personalausgaben	83 991	82 882	12 553	12 404	10974	11 845	107 518	107 13
Lfd. Sachaufwand	14062	14070	3 693	3 580	8 296	8 989	26 051	26 639
Zinsausgaben	13 351	12 494	2 997	2 583	3 830	3 487	20 177	18 56
Sachinvestitionen	4320	4107	1 633	1 675	819	802	6771	6 584
Zahlungen an Verwaltungen	61 059	61 895	18 045	18 322	1 132	1 161	73 702	74 332
Übrige Ausgaben	39 829	40 400	12 544	12392	13 461	12 062	65 834	64 854
Finanzierungssaldo	-12 237	-6 550	- 430	1 523	-2 126	- 615	-14 792	-5 64



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2012

		-	ezember 201	1	No	in Mio. € vember 2012			ezember 201	2
Lfd.		L	ezember zur	1	INU	verriber 2012		U	ezembei zon	_
Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	278 520	285 080	544 239	240 077	257 190	479 584	283 956	292 462	556 65
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	272 135	267 049	539 184	236 511	246 116	482 628	278 101	279 941	558 04
111	Steuereinnahmen	248 066	202 331	450 396	219 708	188 873	408 581	256 086	214947	471 03
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 482	51 090	58 572	3 155	46 947	50 103	6 631	54 046	60 67
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 536	2 536	-	2 118	2 1 1 8	-	3 134	3 13
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	6385	18 031	24416	3 565	11 074	14639	5 855	12 520	18 37
121	Veräußerungserlöse	3 307	558	3 865	1 739	1 098	2 838	3 773	1 228	5 00
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 579	107	2 686	1 572	786	2 359	3 530	815	434
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	719	12 659	13 378	380	5 787	6167	379	6 455	6 83
_	Bereinigte Ausgaben ¹	206 220	204 445	574.044	204 560	250 257	F22.04F	200 775	200 402	505.44
2	für das laufende Haushaltsjahr	296 228	294 445	571 311	281 560	269 067	532 945	306 775	298 103	585 11
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	258 436	528 592	252 217	243 681	495 898	269 971	265 554	535 52
211	Personalausgaben	27 856	104 470	132 326	26 586	101 133	127718	28 046	107 131	135 17
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 745	29 724	37 469	7 659	29 444	37 103	7 988	30 997	38 98
212	Laufender Sachaufwand	20 671	26 086	46 757	18 764	23 625	42 389	22 361	26 639	49 00
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 976	17 212	27 188	9 9 4 3	15 178	25 121	11 404	17311	28 71
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	32 800	19 291	52 091	30 642	17 790	48 431	30 487	18 564	49 05
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	15 929	60 667	76 597	15 583	55 838	71 421	17 090	64 188	81 27
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	540	540	-	82	82	-	- 121	-12
2142	Zuweisungen an Gemeinden	12	55 220	55 231	8	51914	51 921	8	59 255	59 26
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 008	62 081	29 343	25 386	54729	36 804	32 549	69 35
221	Sachinvestitionen	7 175	7 2 6 4	14 440	6 2 6 2	4929	11 191	7 760	6 584	1434
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	5 243	13 932	19 175	4261	7 843	12 104	5 790	10 144	15 93
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	25 378	35 253	60 630	28 900	25 062	53 962	36324	32 125	68 44

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2012

						in Mio. €				
		D	ezember 201	1	Nov	ember 2012	2	Dezember 2012		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-17 667 ²	-9 365	-27 032	-41 410 ²	-11 878	-53 288	-22 774 ²	-5 642	-28 41
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	277 327	85 913	363 240	239 427	72 207	311 634	250 914	84343	335 257
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	259 983	83 219	343 202	206 678	80514	287 192	228 434	85 383	313 81
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	17343	2 694	20 037	32 749	-8 307	24 442	22 480	-1 040	21 440
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-10 473	4 141	-6 332	-17 923	5 866	-12 058	-17 665	5 159	-12 50
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14888	14888	-	16 404	16 404	-	15 937	15 93
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	10 473	-885	9 589	17 925	-8341,8	9583	17 875	-5 967	11 90

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	39 010	45 220 ª	9 829	20 431	7 261	25 777	54 572	13 073	3 26
11	Einnahmen der laufenden Rechung	37 886	43 420	9 552	19 839	6 5 4 6	24 403	52 608	12 606	3 16
11	Steuereinnahmen	29 662	35 238	5 787	16 385	3 805	18 893 4	43 415	9711	2 32
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 414	4275	3 146	2 299	2 383	3 014	6 701	2 143	72
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	232	-	182	13	324	145	5
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	528	-	460	116	563	237	10
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 124	1 800 a	278	592	715	1 373	1 964	467	103
121	Veräußerungserlöse	60	0	15	39	5	716	40	37	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	-	714	26	36	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	701	975	-26	474	324	539	1 179	264	7
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	38 944	43 826 b	10 099	22 068	7 098	26 606	58 132	14 209	3 94
	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden									
21	Rechnung	35 496	38 873 b	8 728	19 982	5 8 2 9	24352	52 047	12 427	3 54
211	Personalausgaben	14 835	18 083	2 235	8 063	1 749	9926 2	21 771 ²	5 3 9 7	1 36
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4766	5 243	184	2 641	116	3 180	7 424	1 699	53
212	Laufender Sachaufwand	2 093	3 338 °	604	1 696	427	1814	3 367	1 048	19
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 756	2 633 ℃	509	1 308	374	1 485	2 531	868	17
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 672	1 035 ^d	574	1 396	367	1874	4137	967	50
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	11 573	11 933	3 521	5 680	2 209	6783	13 778	3 004	69
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	2 582	3 798	-	1 726	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8 921	8 029	3 021	3 895	1 758	6781	13 122	2 929	55
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 448	4 953	1 370	2 086	1 269	2 255	6 085	1 782	40
221	Sachinvestitionen	743	1 624	131	696	299	272	483	92	5
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 435	1 720	506	751	395	356	1 958	555	8
223	nachrichtlich:	3 401	4888	1 370	2 058	1 269	2 254	5911	1 759	38

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	66	1 394 °	- 269	-1 637	163	- 830	-3 560	-1 136	- 679
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	7 938	2 830 ^f	3 662	5 983	940	4 045	19 248	8 458	1 540
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 943	3 832 ^f	4363	5 000	1 026	5 952	18 258	7 578	1 17
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5	-1 002 ^g	- 701	983	- 86	-1 907	990	880	36
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	-	165	994	990	622	12
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 094	3 276	23	1 231	91	1 853	780	2	60
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 648	-	219	577	413	- 285	-1 599	- 622	29

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 375,7 Mio. €, b 346,9 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 346,8 Mio. €, e 28,8 Mio. €, f 800,0 Mio. €, g Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von 1001,6 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 1000 Mio. € dargestellt werden.

 $^{^4}$ NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. \in .

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar qebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	16 473	9 814	9 129	9 103	22 568	4 123	11 114	292 462
11	Rechung	15308	9 2 7 6	8 800	8 412	21 556 11 616	4016	10 852	279 941
111	Steuereinnahmen Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 629 5 103	5 420 3 326	6 781 1 486	5 115 2 887	7867	1 386	8 909 897	214 947 54 046
1121	darunter: Allgemeine BEZ	410	231	98	225	1 063	172	- 15	3 134
1122	Länderfinanzausgleich ¹	987	571	161	560	3 433	581	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 165	537	329	691	1 012	107	263	12 520
121	Veräußerungserlöse	1	3	9	42	176	1	77	1 2 2 8
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	29	3	-	2	815
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	574	311	170	312	356	74	158	6 455
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 220	9 783	9 297	8 757	21 941	4 676	11 803	298 103
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 464	8 496	8 510	7 618	20 455	4166	10870	265 554
211	Personalausgaben	3 680	2 416	3 446	2 3 2 4	6 7 6 0	1 424	3 661	107 131
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	203	189	1 224	159	1 694	475	1 267	30 997
212	Laufender Sachaufwand	959	895	516	695	5 3 4 9	720	2 920	26 639
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	688	337	434	374	2 445	338	1 055	17311
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	311	712	908	620	2 092	610	785	18 564
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4839	2 670	2387	2 537	301	197	381	64 188
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	75	-121
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 577	2 204	2 299	2 126	8	12	14	59 255
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 756	1 288	787	1 140	1 487	509	933	32 549
221	Sachinvestitionen	748	249	142	248	283	84	436	6 584
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	894	439	377	313	129	173	55	10 144
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 757	1 288	785	1 139	1 427	502	932	32 125

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

				·	in M	lio. €			·
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 253	31	- 168	346	627	- 553	- 689	-5 642
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	820	4414	2 873	1 364	7 441	9 548	3 240	84343
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	789	4 434	2 967	1 527	8 015	9 281	3 243	85 383
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	31	- 20	- 94	-163	- 575	266	-3	-1 040
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 272	-	-	253	659	75	5 159
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 820	64	-	-	351	494	2 250	15 937
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 382	- 157	101	- 244	- 950	- 686	-5 967

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 375,7 Mio. €, b 346,9 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 346,8 Mio. €, e 28,8 Mio. €, f 800,0 Mio. €, g Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von 1001,6 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 1000 Mio. € dargestellt werden.

 $^{^4}$ NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. \in .

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	ätige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	inderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2012	41,6	+1,0	53,6	2,3	5,3	+0,7	-0,3	+0,4	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,2	3,0	6,8	+0,7	-0,1	+0,2	17,9

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı .		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,4	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2012	+2,0	+1,3	-0,6	+1,7	+1,6	+2,0	+2,7
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,7	+1,0	-0,6	+1,3	+1,5	+1,7	+2,1

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeit nehmer entgelte je Arbeit nehmer stunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2012	+5,2	+4,0	151,9	168,5	51,7	46,0	5,7	6,4
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,6	+4,5	144,2	157,2	47,8	42,0	5,8	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	ir	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5
2012	+1,9	-1,4	+3,6	68,0	69,3	+2,6	+0,5
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,5	-1,3	+3,0	66,3	67,7	+2,1	+0,6

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^{2}\,\}mathrm{Korrigiert}\,\mathrm{um}\,\mathrm{die}\,\mathrm{Ver}$ änderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 16. Januar 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

 Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/.

Die Budgetsensitivität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie der im Juni 2012 durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss notifizierten Aktualisierung des für Abgaben- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission wird diese neue Definition ab dem Frühjahr 2013 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, im Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel_Migration/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-Bundes.html).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 794,9	-18,9	0,190	-3,6
2015	2 891,3	2 878,9	-12,3	0,190	-2,3
2016	2 970,6	2 965,5	-5,0	0,190	-1,0
2017	3 054,7	3 054,7	0,0	0,190	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken					
	preisb	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd.€	in % des pot. BIP		
1980	1 383,5		835,2		32,2	2,3	19,5	2,3		
1981	1 414,3	+2,2	889,5	+6,5	8,9	0,6	5,6	0,6		
1982	1 443,0	+2,0	949,1	+6,7	-25,4	-1,8	-16,7	-1,8		
1983	1 471,9	+2,0	995,3	+4,9	-32,0	-2,2	-21,6	-2,2		
1984	1 502,0	+2,0	1 035,8	+4,1	-21,5	-1,4	-14,8	-1,4		
1985	1 533,2	+2,1	1 079,8	+4,2	-18,1	-1,2	-12,8	-1,2		
1986	1 567,9	+2,3	1 137,4	+5,3	-18,3	-1,2	-13,3	-1,2		
1987	1 604,6	+2,3	1 178,9	+3,6	-33,2	-2,1	-24,4	-2,1		
1988	1 644,5	+2,5	1 228,6	+4,2	-14,8	-0,9	-11,1	-0,9		
1989	1 690,1	+2,8	1 299,0	+5,7	3,1	0,2	2,4	0,2		
1990	1 740,0	+3,0	1 382,9	+6,5	42,1	2,4	33,5	2,4		
1991	1 793,1	+3,1	1 469,0	+6,2	80,1	4,5	65,6	4,5		
1992	1 847,3	+3,0	1 595,1	+8,6	61,7	3,3	53,3	3,3		
1993	1 895,8	+2,6	1 702,2	+6,7	-5,9	-0,3	-5,3	-0,3		
1994	1 935,6	+2,1	1 781,3	+4,6	0,9	0,0	0,9	0,0		
1995	1 970,4	+1,8	1 849,8	+3,8	-1,4	-0,1	-1,3	-0,1		
1996	2 002,1	+1,6	1 891,5	+2,3	-17,5	-0,9	-16,5	-0,9		
1997	2 032,0	+1,5	1 924,8	+1,8	-12,9	-0,6	-12,2	-0,6		
1998	2 061,9	+1,5	1 964,7	+2,1	-5,2	-0,3	-5,0	-0,3		
1999	2 094,0	+1,6	1 999,1	+1,8	1,2	0,1	1,1	0,1		
2000	2 127,5	+1,6	2 017,4	+0,9	31,8	1,5	30,1	1,5		
2001	2 160,5	+1,6	2 071,7	+2,7	31,5	1,5	30,2	1,5		
2002	2 191,6	+1,4	2 131,7	+2,9	0,6	0,0	0,5	0,0		
2003	2 220,1	+1,3	2 183,1	+2,4	-36,2	-1,6	-35,6	-1,6		
2004	2 248,2	+1,3	2 234,4	+2,4	-38,9	-1,7	-38,7	-1,7		
2005	2 275,8	+1,2	2 275,8	+1,9	-51,4	-2,3	-51,4	-2,3		
2006	2 305,3	+1,3	2 312,5	+1,6	1,4	0,1	1,4	0,1		
2007	2 335,3	+1,3	2 380,8	+3,0	46,8	2,0	47,7	2,0		
2008	2 363,6	+1,2	2 428,3	+2,0	44,3	1,9	45,5	1,9		
2009	2 385,3	+0,9	2 479,4	+2,1	-100,9	-4,2	-104,9	-4,2		
2010	2 409,7	+1,0	2 527,9	+2,0	-30,2	-1,3	-31,7	-1,3		
2011	2 439,3	+1,2	2 579,7	+2,0	12,2	0,5	12,9	0,5		
2012	2 471,5	+1,3	2 648,3	+2,7	-3,1	-0,1	-3,3	-0,1		
2013	2 504,1	+1,3	2 731,7	+3,1	-24,9	-1,0	-27,2	-1,0		
2014	2 536,6	+1,3	2 8 1 3, 7	+3,0	-17,0	-0,7	-18,9	-0,7		
2015	2 565,6	+1,1	2 891,3	+2,8	-10,9	-0,4	-12,3	-0,4		
2016	2 594,6	+1,1	2 970,6	+2,7	-4,4	-0,2	-5,0	-0,2		
2017	2 626,2	+1,2	3 054,7	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0		

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,1	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,3	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,3	0,5	0,4	0,4
2013	+1,3	0,6	0,4	0,4
2014	+1,3	0,6	0,3	0,3
2015	+1,1	0,7	0,1	0,4
2016	+1,1	0,7	0,0	0,4
2017	+1,2	0,8	0,1	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1960	689,7		166,7			
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,		
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,		
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,		
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,		
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,		
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,		
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,		
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,		
1969	1013,3	+7,5	340,5	+14,		
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,		
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,		
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,		
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,		
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,		
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,		
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,		
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,		
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,		
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,		
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,		
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,		
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,		
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,		
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,		
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,		
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,		
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,		
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,		
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,		
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,		
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,		
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,		
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,		
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,		
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,		
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,		
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,		
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,		
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4		
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7		
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4		
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7		
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2		
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3		
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0		
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0		
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9		
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0		
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1		
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9		
2012	2 468,4	+0,7	2 645,0	+2,0		
2013	2 479,2	+0,4	2 704,5	+2,3		
2014	2 519,5	+1,6	2 794,9	+3,3		
2015	2 554,6	+1,4	2 878,9	+3,0		
2016	2 590,2	+1,4	2 965,5	+3,0		
2017	2 626,2	+1,4	3 054,7	+3,0		

 $^{^{1}} Verkettete Volumen angaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah	
960	54 632			59,9	32 275		
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4	
1962	54 803	+0,2		60,4	32 839	+0,3	
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2	
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1	
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6	
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3	
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3	
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1	
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6	
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4	
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5	
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6	
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2	
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9	
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5	
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4	
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2	
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0	
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9	
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7	
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1	
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8	
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9	
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9	
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4	
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9	
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4	
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4	
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9	
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2	
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8	
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4	
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3	
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1	
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4	
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2 65,5	37 772	-0,1 -0,1	
1997	63 383	+0,1	65,7		37 716		
1998	63 381	-0,0 +0,1	66,0	66,1	38 148	+1,1	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7		
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3		
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6		
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9		
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3		
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1		
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6		
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7		
2008	63 881	-0,2	68,3	68,1	40 348	+1,2		
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1		
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6		
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4		
2012	63 123	-0,2	69,4	69,6	41 586	+1,0		
2013	62 981	-0,2	69,7	69,8	41 602	+0,0		
2014	62 739	-0,4	70,0	70,0	41 682	+0,2		
2015	62 422	-0,5	70,3	70,3	41 761	+0,2		
2016	62 086	-0,5	70,6	70,7	41 840	+0,2		
2017	61 815	-0,4	70,9	70,9	41 920	+0,2		
2018	61 603	-0,3	71,1	71,1				
2019	61 380	-0,4	71,4	71,4				
2020	61 262	-0,2	71,6	71,6				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre	nd	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	10/1110
1960			2 165		25 095		1,4	
1961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,1
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,5
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,6
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,1
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,7
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30337	+2,0	2,4	4,2
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,2
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAIRU	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4	
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5	
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6	
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7	
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7	
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6	
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4	
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1	
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8	
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4	
2010	1 401	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,9	
2011	1 398	-0,3	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,4	
2012	1 394	-0,3	1 396	-0,7	37 041	+1,1	5,3	5,8	
2013	1 391	-0,2	1384	-0,9	37 068	+0,1	5,3	5,3	
2014	1389	-0,1	1 387	+0,2	37 130	+0,2	5,1	4,8	
2015	1 389	-0,0	1 388	+0,1	37 200	+0,2	4,9	4,5	
2016	1 389	+0,0	1 390	+0,1	37 270	+0,2	4,6	4,4	
2017	1 390	+0,1	1 391	+0,1	37 340	+0,2	4,4	4,3	
2018	1 391	+0,1	1 392	+0,1					
2019	1 393	+0,1	1 393	+0,1					
2020	1 394	+0,1	1 394	+0,1					

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{\}rm 2}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	Abgangssquote	
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 3 0 7, 7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	429,5	-2,1	2,4
2013	12 523,8	+1,1	431,6	+0,5	2,4
2014	12 648,3	+1,0	449,5	+4,1	2,6
2015	12 779,8	+1,0	461,9	+2,8	2,6
2016	12 923,2	+1,1	474,7	+2,8	2,6
2017	13 075,6	+1,2	487,8	+2,8	2,6

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4293
1982	-7,4314	-7,4188
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3674
1987	-7,3662	-7,3524
1988	-7,3450	-7,3361
1989	-7,3180	-7,3189
1990	-7,2866	-7,3011
1991	-7,2573	-7,2837
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2534
1994	-7,2351	-7,2407
 1995	-7,2238	-7,2296
 1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2100
1998	-7,2001	-7,2008
1999	-7,1966	-7,1915
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1546
2004	-7,1585	-7,1468
2005	-7,1532	-7,1394
2006	-7,1223	-7,1320
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1081	-7,1197
2009	-7,1476	-7,1153
2010	-7,1254	-7,1103
2011	-7,1084	-7,1054
2012	-7,1075	-7,1003
2013	-7,1012	-7,0945
2014	-7,0912	-7,0882
2015	-7,0829	-7,0814
2016	-7,0749	-7,0742
2017	-7,0671	-7,0667

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah	
1960	24,2		27,7		83,9		
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9	
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6	
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3	
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4	
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0	
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7	
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2	
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4	
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6	
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7	
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3	
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9	
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8	
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6	
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5	
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1	
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4	
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8	
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3	
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7	
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9	
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1	
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2	
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9	
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0	
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3	
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5	
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2	
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6	
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2	
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0	
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5	
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4	
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6	
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7	
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8	
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3	
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0	
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	coinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı	
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8	
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9	
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6	
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2	
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3	
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7	
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5	
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6	
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6	
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2	
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0	
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5	
2012	107,2	+1,3	110,3	+1,6	1 373,8	+3,6	
2013	109,1	+1,8	112,2	+1,7	1 406,4	+2,4	
2014	110,9	+1,7	114,2	+1,8	1 446,8	+2,9	
2015	112,7	+1,6	116,2	+1,7	1 485,9	+2,7	
2016	114,5	+1,6	118,2	+1,7	1 525,7	+2,7	
2017	116,3	+1,6	120,2	+1,7	1 566,6	+2,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	/eränderun	igen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,8	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	-2,4	+3,4	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,4	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4
Bulgarien		-	+2,9	+5,7	+6,4	-5,5	+0,4	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,8	+1,3	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,6	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,5	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,6	5,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,5	7,7	7,8
Estland	-	-	9,7	13,7	7,9	13,8	16,9	12,5	10,5	9,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	23,6	24,0	22,2
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,1	26,6	26,1
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,7	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	11,9	13,7	14,4	14,8	14,7	14,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,6	11,5	11,8
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,5	5,5	6,4	7,9	12,1	13,1	13,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,4	6,4	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,3	6,3	6,2
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,4	6,1	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,5	16,4	15,9
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	13,5	13,5	13,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,5	9,3	9,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,9	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,5	9,1	9,6	10,1	10,1	11,3	11,8	11,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,7	12,7	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,7	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	15,2	14,3	12,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	13,7	17,8	15,4	13,5	12,4	10,9
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	8,2	9,6	9,7	10,1	10,5	10,3
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,4	7,5	7,5	7,4	6,9
Tschechien	-	-	3,8	8,7	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,3	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,8	10,8	10,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,8
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	10,9	10,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,5	4,4	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,2	7,9	7,5

Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1985\ bis\ 2005: EU-Kommission,\ "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft",\ Statistischer\ Anhang,\ November\ 2012.$

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

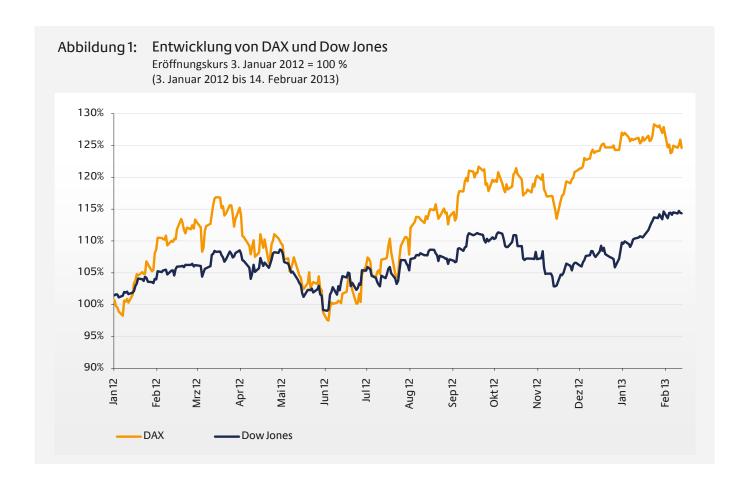
	Reale	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no Fruttoinlan	ominalen idprodukts	5
	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,0	+4,1	+7,2	+10,1	+6,8	+7,7	3,6	4,6	4,2	2,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+3,7	+3,8	+6,9	+8,4	+5,1	+6,6	4,7	5,3	5,2	3,8
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+2,0	+7,4	-2,2	-5,5	-5,6	-6,6
Asien	+9,5	+7,8	+6,7	+7,2	+5,7	+6,5	+5,0	+4,9	2,4	1,6	0,9	1,
darunter												
China	+10,4	+9,2	+7,8	+8,2	+3,3	+5,4	+3,0	+3,0	4,0	2,8	2,3	2,
Indien	+10,1	+6,8	+4,9	+6,0	+12,0	+8,9	+10,2	+9,6	-3,2	-3,4	-3,8	-3,
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,0	+6,3	+5,1	+5,4	+4,4	+5,1	0,7	0,2	-2,1	-2,4
Korea	+6,3	+3,6	+2,7	+3,6	+2,9	+4,0	+2,2	+2,7	2,9	2,4	1,9	1,
Thailand	+7,8	+0,1	+5,6	+6,0	+3,3	+3,8	+3,2	+3,3	4,1	3,4	-0,2	0,
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,2	+3,9	+6,0	+6,6	+6,0	+5,9	-1,2	-1,3	-1,7	-1,9
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+2,6	+3,1	+10,5	+9,8	+9,9	+9,7	0,7	-0,1	0,3	-0,
Brasilien	+7,5	+2,7	+1,5	+4,0	+5,0	+6,6	+5,2	+4,9	-2,2	-2,1	-2,6	-2,8
Chile	+6,1	+5,9	+5,0	+4,4	+1,4	+3,3	+3,1	+3,0	1,5	-1,3	-3,2	-3,
Mexiko	+5,6	+3,9	+3,8	+3,5	+4,2	+3,4	+4,0	+3,5	-0,4	-1,0	-0,9	-1,
Sonstige												
Türkei	+9,2	+8,5	+3,0	+3,5	+8,6	+6,5	+8,7	+6,5	-6,4	-10,0	-7,5	-7,
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,6	+3,0	+4,3	+5,0	+5,6	+5,2	-2,8	-3,3	-5,5	-5,

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2012.

	••	
T 47		
	I IDARSICHT WAITTINGNO	marvta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinanz	lliainte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.02.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	13 973	13 104	+6,6	12 101	14019
Euro Stoxx 50	2 635	2 636	-0,0	2 069	2 749
Dax	7 631	7 612	+0,3	5 969	7 858
CAC 40	3 670	3 641	+0,8	2 950	3 786
Nikkei	11 307	10 395	+8,8	8 296	11 464
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.02.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,00	1,77	-	1,39	2,39
Deutschland	1,64	1,32	-0,4	1,14	2,05
Japan	0,77	0,79	-1,2	0,70	1,05
Vereinigtes Königreich	2,23	1,83	+0,2	1,42	2,44
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.02.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,33	1,32	+1,0	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	93,40	86,74	+7,7	76,18	94,30
Yen/Euro	124,39	113,61	+9,5	94,63	126,88
Pfund/Euro	0,86	0,82	+4,8	0,78	0,87



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8	5,9	5,5	5,6	5,5
OECD	+3,1	+0,9	+0,6	+1,9	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	5,8	5,3	5,5	5,6
IWF	+3,1	+0,9	+0,6	+1,4	+2,5	+2,2	+1,9	+2,1	6,0	5,2	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1	8,9	8,2	7,9	7,5
OECD	+1,8	+2,2	+2,0	+2,8	+3,1	+2,1	+1,8	+2,0	8,9	8,1	7,8	7,5
IWF	+1,8	+2,3	+2,0	+3,0	+3,1	+2,0	+1,8	+1,8	9,0	8,2	8,1	7,7
Japan												
EU-KOM	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2	4,6	4,8	4,7	4,6
OECD	-0,7	+1,6	+0,7	+0,8	-0,3	+0,0	-0,5	+1,3	4,6	4,4	4,4	4,3
IWF	-0,6	+2,0	+1,2	+0,7	-0,3	+0,0	-0,2	+2,1	4,6	4,5	4,4	4,5
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7	9,6	10,2	10,7	10,7
OECD	+1,7	+0,2	+0,3	+1,3	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	9,2	9,9	10,7	10,9
IWF	+1,7	+0,2	+0,3	+0,9	+2,1	+1,9	+1,0	+0,9	9,6	10,1	10,5	10,3
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7	8,4	10,6	11,5	11,8
OECD	+0,6	-2,2	-1,0	+0,6	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	8,4	10,6	11,4	11,8
IWF	+0,4	-2,1	-1,0	+0,5	+2,9	+3,0	+1,8	+1,0	8,4	10,6	11,1	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9	8,0	7,9	8,0	7,8
OECD	+0,9	-0,1	+0,9	+1,6	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	8,1	8,0	8,3	8,0
IWF	+0,9	-0,2	+1,0	+1,9	+4,5	+2,7	+1,9	+1,7	8,0	8,1	8,1	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+2,0	+1,8	+2,4	+2,9	+1,6	+1,4	+1,8	7,5	7,3	7,2	6,9
IWF	+2,6	+2,0	+1,8	+2,3	+2,9	+1,8	+2,0	+2,0	7,5	7,3	7,3	7,1
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6	10,1	11,3	11,8	11,7
OECD	+1,5	-0,4	-0,1	+1,3	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	10,0	11,1	11,9	12,0
IWF	+1,4	-0,4	+0,2	+1,2	+2,7	+2,3	+1,6	+1,4	10,2	11,2	11,5	11,2
EZB	+1,7	+1,5	-0,4	+0,5	+1,6	+2,7	+2,5	+1,9	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8	9,7	10,5	10,9	10,7
IWF	+1,6	-0,2	+0,2	+1,4	+3,1	+2,5	+1,8	+1,6	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO) \ und \ Fiscal \ Monitor, Oktober \ 2012. \ Aktualisierung \ WEO: BIP/Advanced \ Economies \ vom \ 23. \ Januar \ 2013.$

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum); September 2012 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum, Korrektur für 2012 und 2013).

Stand: Januar 2013.

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6	7,2	7,5	7,7	7,8
OECD	+1,8	-0,1	+0,5	+1,6	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	7,2	7,4	7,7	7,7
IWF	+1,8	+0,0	+0,3	+1,0	+3,5	+2,8	+1,9	+1,4	7,2	7,4	7,9	7,7
Estland												
EU-KOM	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3	12,5	10,5	9,8	9,0
OECD	+8,3	+3,1	+3,7	+3,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	12,5	9,9	9,1	8,7
IWF	+7,6	+2,4	+3,5	+3,5	+5,1	+4,4	+3,2	+2,8	12,5	10,1	9,1	8,4
Finnland												
EU-KOM	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2	7,8	7,9	8,1	8,0
OECD	+2,7	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	7,8	7,7	8,0	7,8
IWF	+2,7	+0,2	+1,3	+2,1	+3,3	+2,9	+2,3	+2,2	7,8	7,6	7,8	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4	17,7	23,6	24,0	22,2
OECD	-7,1	-6,3	-4,5	-1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	17,7	23,6	26,7	27,2
IWF	-6,9	-6,0	-4,0	+0,0	+3,3	+0,9	-1,1	-0,3	17,3	23,8	25,4	24,5
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4	14,4	14,8	14,7	14,2
OECD	+1,4	+0,5	+1,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,0	+1,1	14,5	14,8	14,7	14,6
IWF	+1,4	+0,4	+1,4	+2,5	+1,2	+1,4	+1,0	+1,4	14,4	14,8	14,4	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8	4,8	5,4	6,4	6,4
OECD	+1,7	+0,6	+1,2	+2,0	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	5,6	6,1	6,6	6,7
IWF	+1,6	+0,2	+0,7	+1,8	+3,7	+2,5	+2,3	+2,4	5,7	6,2	6,1	5,9
Malta												
EU-KOM	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2	6,5	6,3	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,1	+1,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,5	+2,2	+2,0	6,5	6,0	5,8	5,7
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6	4,4	5,4	6,1	6,2
OECD	+1,1	-0,9	+0,2	+1,5	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	4,3	5,2	5,8	6,1
IWF	+1,1	-0,5	+0,4	+1,4	+2,5	+2,2	+1,8	+1,7	4,4	5,2	5,7	5,3
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9	4,2	4,5	4,7	4,2
OECD	+2,7	+0,6	+0,8	+1,8	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	4,1	4,4	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,9	+1,1	+2,0	+3,6	+2,3	+1,9	+1,9	4,2	4,3	4,5	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3	12,9	15,5	16,4	15,9
OECD	-1,7	-3,1	-1,8	+0,9	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	12,7	15,5	16,9	16,6
IWF	-1,7	-3,0	-1,0	+1,2	+3,6	+2,8	+0,7	+1,1	12,7	15,5	16,0	15,3
Slowakei												
EU-KOM	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	13,5	13,5	13,1
OECD	+3,2	+2,6	+2,0	+3,4	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	13,5	13,7	13,6	13,0
IWF	+3,3	+2,6	+2,8	+3,6	+4,1	+3,6	+2,3	+2,3	13,5	13,7	13,5	12,8
Slowenien												
EU-KOM	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6	8,2	8,5	9,3	9,6
OECD	+0,6	-2,4	-2,1	+1,1	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	8,2	8,5	9,7	9,8
IWF	+0,6	-2,2	-0,4	+1,7	+1,8	+2,2	+1,5	+1,9	8,2	8,8	9,0	8,7
Spanien												
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3	21,7	25,1	26,6	26,1
OECD	+0,4	-1,3	-1,4	+0,5	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	21,6	25,0	26,9	26,8
IWF	+0,4	-1,4	-1,5	+0,8	+3,1	+2,4	+2,4	+1,5	21,7	24,9	25,1	24,1
Zypern												
EU-KOM	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3	7,9	12,1	13,1	13,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,5	-2,3	-1,0	+0,7	+3,5	+3,1	+2,2	+1,8	7,8	11,7	12,5	12,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012. Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 23. Januar 2013.

Stand: Januar 2013

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7	11,3	12,7	12,7	12,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+1,0	+1,5	+2,5	+3,4	+1,9	+2,3	+2,8	11,3	11,5	11,0	10,2
Dänemark												
EU-KOM	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7	7,6	7,7	7,7	7,6
OECD	+1,1	+0,2	+1,4	+1,7	+2,8	+2,4	+1,8	+2,0	7,3	7,5	7,4	7,3
IWF	+0,8	+0,5	+1,2	+1,8	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	6,1	5,6	5,3	4,5
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3	16,2	15,2	14,3	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+4,5	+3,5	+4,2	+4,2	+2,4	+2,2	+2,2	16,2	15,3	13,9	12,3
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0	15,4	13,5	12,4	10,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+2,7	+3,0	+3,5	+4,1	+3,2	+2,4	+2,4	15,4	13,5	12,5	11,5
Polen												
EU-KOM	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4	9,7	10,1	10,5	10,3
OECD	+4,3	+2,5	+1,6	+2,5	+4,2	+3,6	+2,1	+2,1	9,6	10,1	10,5	10,7
IWF	+4,3	+2,4	+2,1	+2,7	+4,3	+3,9	+2,7	+2,5	9,6	10,0	10,2	9,9
Rumänien												
EU-KOM	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3	7,4	7,4	7,3	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,5	+0,9	+2,5	+3,0	+5,8	+2,9	+3,2	+3,0	7,4	7,2	7,0	6,8
Schweden												
EU-KOM	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8	7,5	7,5	7,4	6,9
OECD	+3,9	+1,2	+1,9	+3,0	+3,0	+1,0	+0,9	+1,7	7,5	7,7	7,9	7,6
IWF	+4,0	+1,2	+2,2	+2,5	+3,0	+1,4	+2,0	+2,0	7,5	7,5	7,7	7,0
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1	6,7	7,0	7,3	7,1
OECD	+1,9	-0,9	+0,8	+2,4	+1,9	+3,2	+2,0	+2,1	6,7	6,9	7,2	7,1
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+2,8	+1,9	+3,4	+2,1	+2,0	6,7	7,0	8,0	7,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9	10,9	10,8	10,8	10,6
OECD	+1,6	-1,6	-0,1	+1,2	+3,9	+5,8	+4,8	+3,9	10,9	11,1	11,1	10,8
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+1,6	+3,9	+5,6	+3,5	+3,0	11,0	10,9	10,5	10,4

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO) \ und \ Fiscal \ Monitor, Oktober \ 2012.$

Stand: Januar 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	-0,2	-0,2	0,0	80,5	81,7	80,8	78,4	5,6	5,7	5,0	4,7
OECD	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	80,6	81,8	80,4	79,3	5,7	6,4	5,9	5,3
IWF	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3	80,6	83,0	81,5	79,6	5,7	5,4	4,7	4,4
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2	-	-	-	-	-3,3	-3,1	-2,9	-2,9
OECD	-10,2	-8,5	-6,8	-5,2	102,2	109,8	113,0	114,1	-3,1	-3,0	-3,0	-3,2
IWF	-10,1	-8,7	-7,3	-5,6	102,9	107,2	111,7	113,8	-3,1	-3,1	-3,1	-3,1
Japan												
EU-KOM	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7	-	-	-	-	2,0	0,9	1,1	1,3
OECD	-9,3	-9,9	-10,1	-7,9	205,3	214,3	224,3	230,0	2,1	1,1	1,2	1,5
IWF	-9,8	-10,0	-9,1	-7,2	229,6	236,6	245,0	246,2	2,0	1,6	2,3	2,5
Frankreich												
EU-KOM	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5	86,0	90,0	92,7	93,8	-2,6	-2,2	-1,8	-1,9
OECD	-5,2	-4,5	-3,4	-2,9	86,0	91,2	94,2	95,8	-2,0	-2,1	-2,0	-1,9
IWF	-5,2	-4,7	-3,5	-2,8	86,0	90,0	92,1	92,9	-2,0	-1,7	-1,7	-1,6
Italien												
EU-KOM	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1	120,7	126,5	127,6	126,5	-3,3	-1,2	-0,4	-0,3
OECD	-3,8	-3,0	-2,9	-3,4	120,6	127,8	130,4	132,2	-3,2	-0,9	0,3	0,7
IWF	-3,8	-2,7	-1,8	-1,6	120,1	126,3	127,8	127,3	-3,3	-1,5	-1,4	-1,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9	85,0	88,7	93,2	95,1	-1,9	-3,8	-2,2	-1,1
OECD	-8,3	-6,6	-6,9	-6,0	85,0	89,5	93,7	96,7	-1,9	-3,3	-3,5	-3,1
IWF	-8,5	-8,2	-7,3	-5,8	81,8	88,7	93,3	96,0	-1,9	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,3	-3,5	-3,0	-2,5	83,4	85,8	85,5	86,0	-2,7	-3,6	-4,0	-3,5
IWF	-4,4	-3,8	-3,0	-2,2	85,4	87,5	87,8	84,6	-2,8	-3,4	-3,7	-3,7
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5	88,1	92,9	94,5	94,3	0,3	1,1	1,5	1,6
OECD	-4,1	-3,3	-2,8	-2,6	88,1	93,6	95,4	96,3	0,5	1,4	1,9	2,2
IWF	-4,1	-3,3	-2,6	-2,1	88,0	93,6	94,9	94,7	0,4	1,1	1,3	1,4
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9	83,0	86,8	88,5	88,6	0,0	0,4	0,9	1,1
IWF	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6	82,1	87,2	88,8	88,8	0,2	0,5	0,7	0,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5	97,8	99,9	100,5	101,0	1,0	0,7	0,9	1,2
OECD	-3,9	-2,8	-2,3	-1,7	97,8	99,0	98,7	97,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,3
IWF	-3,9	-3,0	-2,3	-1,5	97,8	99,0	99,4	98,6	-1,0	-0,1	0,3	0,8
Estland												
EU-KOM	1,1	-1,1	-0,5	0,3	6,1	10,5	11,9	11,2	0,3	-0,9	0,1	0,4
OECD	1,2	-1,0	-0,3	0,2	6,1	10,8	12,3	12,0	2,0	-0,3	0,2	0,2
IWF	1,0	-2,0	-0,4	-0,4	6,0	8,2	9,7	9,3	2,1	0,7	-0,1	-1,8
Finnland												
EU-KOM	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0	49,0	53,1	54,7	55,0	-1,1	-1,6	-1,6	-2,0
OECD	-0,9	-1,4	-1,0	-0,4	49,1	53,4	56,6	58,8	-1,3	-1,0	-1,2	-0,7
IWF	-0,8	-1,4	-0,9	-0,3	49,1	52,6	53,9	54,1	-1,2	-1,6	-1,7	-1,6
Griechenland												
EU-KOM	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6	170,6	176,7	188,4	188,9	-11,7	-8,3	-6,3	-5,2
OECD	-9,5	-6,9	-5,6	-4,6	170,5	176,7	188,6	195,2	-9,9	-5,5	-4,6	-2,3
IWF	-9,1	-7,5	-4,7	-3,4	165,4	170,7	181,8	180,2	-9,8	-5,8	-2,9	-2,6
Irland												
EU-KOM	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0	106,4	117,6	122,5	119,2	1,1	2,3	3,4	4,4
OECD	-13,3	-8,1	-7,5	-5,3	106,4	117,3	121,9	122,0	1,1	4,0	5,2	6,4
IWF	-12,8	-8,3	-7,5	-5,0	106,5	117,7	119,3	118,4	1,1	1,8	2,7	3,7
Luxemburg												
EU-KOM	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8	18,3	21,3	23,6	26,9	7,1	4,4	4,9	4,7
OECD	-0,3	-2,0	-1,7	-0,9	18,3	22,3	25,1	26,9	7,1	5,8	7,8	9,3
IWF	-0,6	-2,5	-1,8	-2,0	18,2	21,7	24,6	27,3	7,1	7,3	7,1	7,0
Malta												
EU-KOM	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6	70,9	72,3	73,0	72,7	-0,3	2,1	1,8	1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,7	-2,5	-2,2	-1,9	71,6	71,8	71,1	69,7	-1,3	-1,5	-1,6	-1,7
Niederlande												
EU-KOM	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2	65,5	68,8	69,3	70,3	8,3	9,2	9,8	9,8
OECD	-4,4	-3,8	-3,0	-2,5	65,4	72,1	73,1	73,5	9,7	8,4	8,4	9,0
IWF	-4,7	-3,7	-3,2	-3,6	65,2	68,2	70,2	71,9	8,5	8,2	8,2	8,0
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9	72,4	74,6	75,9	75,1	1,1	1,1	1,2	1,6
OECD	-2,5	-3,1	-2,7	-2,1	72,2	75,6	77,6	78,5	1,9	1,8	2,0	2,5
IWF	-2,6	-2,9	-2,1	-1,8	72,3	74,3	74,9	74,4	1,9	1,9	1,6	1,6

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatsscl	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5	108,1	119,1	123,5	123,5	-6,6	-3,0	-1,8	-1,5
OECD	-4,4	-5,2	-4,9	-2,9	108,1	115,5	123,0	124,5	-6,5	-2,9	-1,5	-0,6
IWF	-4,2	-5,0	-4,5	-2,5	107,8	119,1	123,7	123,6	-6,4	-2,9	-1,7	-1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1	43,3	51,7	54,3	55,9	-2,5	1,4	1,4	2,2
OECD	-4,9	-4,6	-2,9	-2,4	43,3	52,2	54,9	56,2	-2,1	1,7	1,8	3,1
IWF	-4,8	-4,8	-2,9	-2,9	43,3	46,3	47,2	47,6	0,1	0,8	0,3	0,3
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1	46,9	54,0	59,0	62,3	0,1	2,0	2,7	2,3
OECD	-6,4	-4,3	-3,6	-3,0	46,9	53,9	58,5	61,0	0,0	2,5	5,1	6,4
IWF	-5,6	-4,6	-4,4	-2,8	46,9	53,2	57,4	58,7	0,0	1,1	1,0	0,9
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4	69,3	86,1	92,7	97,1	-3,7	-2,4	-0,5	0,4
OECD	-9,4	-8,1	-6,3	-5,9	69,3	86,1	92,6	97,6	-3,5	-2,0	0,5	1,8
IWF	-8,9	-7,0	-5,7	-4,6	69,1	90,7	96,9	100,0	-3,5	-2,0	-0,1	0,7
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0	71,1	89,7	96,7	102,7	-4,2	-6,3	-3,5	-3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-4,8	-5,6	-6,4	71,6	87,3	92,6	97,6	-10,4	-3,5	-2,0	-2,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo	Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1	16,3	19,5	18,1	18,3	1,7	-1,6	-2,1	-2,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-1,1	-1,1	-0,5	15,5	17,9	16,4	18,4	0,9	-0,3	-1,5	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7	46,6	45,4	44,7	45,3	6,6	5,6	4,6	4,2
OECD	-2,0	-4,1	-2,1	-1,7	46,4	45,9	45,8	45,5	5,6	5,6	5,3	4,9
IWF	-1,9	-3,9	-2,0	-1,9	44,1	47,1	47,6	47,8	6,7	5,0	4,6	4,5
Lettland												
EU-KOM	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4	42,2	41,9	44,3	44,9	-2,4	-2,9	-3,1	-3,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,1	-1,3	-1,5	-1,2	37,8	37,4	40,6	38,5	-1,2	-1,6	-2,8	-3,4
Litauen												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3	38,5	41,6	40,8	40,5	-3,7	-2,9	-3,0	-3,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,6	-3,3	-2,9	-2,9	38,5	40,0	40,5	40,8	-1,5	-1,1	-1,4	-2,3
Polen												
EU-KOM	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0	56,4	55,5	55,8	56,1	-4,5	-3,9	-3,3	-3,7
OECD	-5,0	-3,5	-2,9	-2,3	56,5	57,3	58,4	58,5	-4,8	-3,5	-3,0	-2,8
IWF	-5,1	-3,4	-3,1	-2,6	56,3	55,1	55,3	55,0	-4,3	-3,7	-3,8	-3,7
Rumänien												
EU-KOM	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0	33,4	34,6	34,8	34,8	-4,1	-4,1	-4,2	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,1	-2,2	-1,8	-1,4	33,0	34,6	34,5	33,7	-4,4	-3,7	-3,8	-3,9
Schweden												
EU-KOM	0,4	0,0	-0,3	0,4	38,4	37,4	36,2	34,1	6,5	6,4	6,5	6,5
OECD	0,2	-0,3	-0,8	-0,2	38,4	37,7	37,1	36,4	6,5	6,2	6,0	5,9
IWF	0,1	-0,2	-0,2	0,2	37,9	37,1	35,9	34,1	6,9	7,2	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2	40,8	45,1	46,9	48,1	-3,9	-2,9	-2,1	-1,3
OECD	-3,2	-3,3	-3,3	-2,7	40,8	44,1	47,3	49,7	-2,7	-0,1	-0,5	-1,9
IWF	-3,1	-3,2	-3,0	-2,8	40,5	43,1	45,0	45,6	-3,0	-2,4	-2,2	-2,0
Ungarn												
EU-KOM	4,3	-2,5	-2,9	-3,5	81,4	78,4	77,1	76,8	1,0	1,6	2,6	2,6
OECD	4,3	-3,0	-2,7	-2,7	81,4	78,9	77,8	77,1	0,9	1,7	3,4	4,4
IWF	4,2	-2,9	-3,7	-3,8	80,6	74,0	74,2	75,3	1,4	2,6	2,7	0,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Februar 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X